



Seite 15



Seite 3



Seite 14



Seite 14

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Markus Pannermayr:

## Corona heißt Veränderung

125 Jahre alt wird der Bayerische Städtetag im kommenden Jahr. Selten waren die Herausforderungen für den Verband und seine Mitglieder so immens wie heute. Eines der Gesichter, die Bayern durch die Corona-Pandemie führt, ist Markus Pannermayr, seit 2008 Oberbürgermeister der Stadt Straubing und seit 2020 Städtetagschef. Mit ihm sprach die Bayerische GemeindeZeitung über aktuelle kommunale Belange und mögliche Wege aus der Krise. Das Gespräch führte Constanze von Hassel.

**GZ:** Blicken wir zunächst auf die Finanzlage. Ist die Gewerbesteuer tatsächlich nur „ein Teil der Wahrheit der wegbrechenden Finanzierung der Kommunen“, wie dies die Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach, Katja Wolf, festgestellt hat? Ist das, was vor uns liegt, noch dramatischer als das, was wir heute schon für 2020 absehen können?

**Pannermayr:** Die Einschätzung der Kollegin ist zutreffend. Die Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle in Höhe von knapp 2,4 Milliarden Euro Bundes- und Landesmittel bringt den Kommunen zumindest für 2020 eine Erleichterung. Gleichwohl sind die Städte und Gemeinden auf breiter Front betroffen – ich denke hier u.a. an den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer. Blicken wir in die Jahre 2021/22, so haben wir erhebliche Sorgen, was die Stabilisierung der kommunalen Haushalte und den Erhalt der Investitionsfähigkeit angeht. Insofern war beim Spitzengespräch zum Kommunalen Finanzausgleich 2021 eine unserer wesentlichen Forderungen, auf Bundesebene auch 2021 Kompensationsmittel bereitzustellen. Der Freistaat hat dazu seine Unterstützung zugesagt.

**GZ:** An welche Maßnahmen denken Sie?

**Pannermayr:** Für uns war zunächst die Stabilisierung der Verteilungsmasse für die Schlüsselzuweisungen wichtig. Ein Erfolg ist auch die verstärkte Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Zudem haben wir erreicht, dass für die Straßenausbaupauschalen, mit denen der Staat die Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unterstützt, 2021 einmalig 50 Millionen Euro zusätzlich gegenüber dem laufenden Jahr zur Verfügung stehen. Dies bringt Stabilität für den Moment.

### Gesellschaftliche Debatte

Grundsätzlich werden wir aber auch eine gesellschaftliche Debatte darüber führen müssen, wie wir Ausgaben reduzieren können. Vor allem in der Kinder-

### Bericht der Bundesregierung:

## Entwicklung ländlicher Räume

Eine starke kommunale Daseinsvorsorge ist entscheidend für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dies geht aus dem 3. Bericht zur Entwicklung der ländlichen Räume, den die Bundesregierung vorgelegt hat, hervor. Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, der zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrates Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist, hervorhob, „ist Deutschland überwiegend ländlich. Das muss sich auch in der Politik von Bund und Ländern zur Stärkung der ländlichen Räume widerspiegeln.“

Ländliche Regionen in ihrer Entwicklung zu fördern und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und dabei sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogen, also insgesamt nachhaltig zu gestalten, bleibt laut Bericht eine Aufgabe für die kommende Dekade.

### Querschnittsaufgabe

Zu dieser politischen Querschnittsaufgabe müssten die EU, insbesondere über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zahlreiche Bundesressorts sowie die Länder mit Projekten und Programmen beitragen. Die Bundesregierung werde bestehende Förderlinien und Instrumente nutzen, abstimmen und weiterentwickeln. Auf EU-Ebene gelte es, mit dem neuen mittelfristigen Finanzrahmen den ELER ab 2021 zu sichern und mit den Ländern eine neue Förderperiode zu gestalten.

Für die Bundesregierung ist Lebensqualität für alle Generationen mit einer guten und erreichbaren Versorgung mit Ein-



Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Bild: Stadt Regensburg

und Jugendhilfe sind die kommunalen Leistungen in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Jetzt hat die Pandemie dafür gesorgt, dass es auf der Einnahmenseite einen Bruch gibt und wir dieses Ausgaben-niveau deshalb nicht dauerhaft vernünftig finanzieren werden können.

**GZ:** Apropos Ausgaben: Wie beurteilen Sie die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst?

**Pannermayr:** Ich bin froh, dass eine Einigung erzielt wurde. Der Kompromiss ist ausgewogen und für die kommunale Seite nach tragbar. Die Kommunalverwaltung verfügt über hoch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gerade

auch jetzt hervorragende Arbeit leisten. Gute Leistung muss gut entlohnt werden.

**GZ:** Sind die Städte Schwerpunkte für den Widerstand gegen Corona-Maßnahmen – siehe „Maskenpflicht für Grundschüler“ oder Forchheims Absage an der Teilnahme der Langzeitstudie „COVID Kids Bavaria“? Brauchen wir einen Strategiewechsel?

### Das Belastungsniveau steigt

**Pannermayr:** Grundsätzlich hat man schon den Eindruck, dass sich der Widerstand besonders stark eher in den größeren Städten formiert. Nach meiner (Fortsetzung auf Seite 4)

richtungen, Gütern und gewerblichen wie öffentlichen Dienstleistungen verbunden. Eine flächendeckende, gigabitfähige digitale Infrastruktur soll bis 2025 erreicht sein.

### Nachhaltige Strukturen und Kompetenzen aufbauen

Die Kommunen und regionalen Akteure will der Bund dahingehend unterstützen, nachhaltige Strukturen und Kompetenzen in den Landkreisen und Kommunen aufzubauen, um so die Lebensverhältnisse dauerhaft vor Ort verbessern zu können. Dazu gehört auch, die Trends der demografischen Entwicklung, insbesondere der Wanderungsbewegungen, zu beobachten, um gegebenenfalls darauf zu reagieren. Dazu zählt, ein attraktives Lebensumfeld für junge Menschen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass sich die älteren Menschen gut versorgt fühlen.

Für zukunftsfeste Arbeits- und Lebensbedingungen in ländlichen Regionen will die Bundesregierung u.a. Unternehmensnachfolgen erleichtern sowie Gründungen von Unternehmen und

Start-ups unterstützen. Mit Blick auf den Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation in den kommenden 10 bis 15 Jahren werden Fachkräftesicherung, Unternehmensnachfolge und Existenzgründungen eine zentrale Herausforderung.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gelte es weiter zu beobachten, um künftig dynamisch und adäquat reagieren zu können. Hier dürfe es zu keiner Verschärfung der Disparitäten zu Lasten der ländlichen Regionen kommen. Die Entscheidung über Unternehmensansiedlungen oder die Wahl über den Wohnort könne auch von der digitalen Infrastruktur bestimmt sein. Für gerechte Chancen der ländlichen Regionen bei Standortentscheidungen sei es unabdingbar, mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln die Mobilfunkversorgung zu verbessern und 5G auch für Anwendungen in ländlichen Regionen verfügbar zu machen.

### Herausforderungen der Demografie und Digitalisierung

„Aus unserer Sicht sollte die Bundesregierung jetzt konkret zwei Hebel in Bewegung setzen, um die Herausforderungen der Demografie und Digitalisierung im ländlichen Räumen anzugehen“, forderte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

(Fortsetzung auf Seite 4)

Virtuelle Präsidiumssitzung des DStGB:

## Kommunen als Krisenmanager

Mehr denn je sind die Kommunen während der zweiten Welle der Corona-Pandemie als Krisenmanager gefordert. Wie der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Ralph Spiegler, und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg bei einer virtuellen Tagung des Präsidiums in Berlin mitteilten, arbeiteten die Städte und Gemeinden derzeit an der Belastungsgrenze, um die Pandemie einzudämmen und ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

„Bislang können wir stolz darauf sein, was wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erreicht haben. Aber die Pandemie ist noch nicht vorbei“, machten Spiegler und Landsberg deutlich. Gelänge es nicht gegenzusteuern, werde die Pandemie massive Auswirkungen auf Ortskerne und Innenstädte haben. Gemeinsames Ziel müsse es sein, möglichst rasch die Zahl der Neuinfektionen zu senken.

### Das Virus lässt keine Wahl

Der zweite Lockdown durch die Corona-Pandemie trifft die Kommunen hart. Gastronomische Betriebe und das kulturelle Leben seien zum Stillstand gezwungen, das Vereinsleben könne nicht stattfinden und die Weihnachtsmärkte fielen aus. Aus Spiegler und Landsbergs Sicht ist dies nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger eine Beeinträchtigung, sondern bedroht vielfach auch wirtschaftliche Existenzen. „Aber das Virus lässt uns keine Wahl. Bund, Länder und Kommunen setzen alles daran, Deutschland gut durch diese Krise zu kommen“.

Sorgen bereitet den Kommunen dabei die zunehmende Belastung in den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen sowie den örtlichen Gesundheitsämtern und Ordnungsbehörden. „Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort leisten, verdient unseren allergrößten Respekt. Aber es ist klar, dass wir trotz personeller Verstärkung aus anderen Bereichen die Grenze der Belastbarkeit erreicht haben. Deshalb muss es gelingen, die Zahl der Neuinfektionen deutlich zu senken“, warnten die beiden Verbandsvertreter.

Dazu müssten vor allem digi-

tale Hilfsmittel genutzt werden. „Gerade die Corona Warn-App muss dringend weiterentwickelt und gestärkt werden. Wir brauchen auf freiwilliger Basis auch die Möglichkeit, Zeit und Ort der Kontakte freizugeben, um den Menschen zu ermöglichen, ihre Risiken besser einschätzen zu können“, forderten Spiegler und Landsberg. Dies sei auch unter Beachtung des Datenschutzes möglich. „Klar ist: Datenschutzbedenken dürfen nicht zum Hemmschuh der Pandemiebekämpfung werden.“

### Corona wird Spuren hinterlassen

Selbst wenn es bald einen Impfstoff gebe und damit die Hoffnung bestehe, die Pandemie zu überwinden, werde dies nicht ohne Folgen für Innenstädte und Ortskerne bleiben. (Fortsetzung auf Seite 4)



**Gleichgesinnte in der Küche: Sowohl Bürgermeister als auch Vorzimmerperle nutzen die Corona-Zeit, um sich am heimischen Herd auszuprobieren. Wie heißt es doch so treffend: „Kochkunst ist die älteste der Künste, weil Adam mit nüchternem Magen zur Welt kam.“ Seite 15**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Gegen Rechtsextremismus und Rassismus	2
Covid-19-Impfung: Sorge um Sicherheit und Wirksamkeit	2
GZ-Kolumne Constanze von Hassel: Öffentlichkeitsarbeit: Nicht nur ein Gebot der Fairness	3
Erfolgreich gegen Hetze im Netz	3
Ministerin Huml baut Pflegestützpunkte aus	4
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	6 - 7
Abfall • Umwelt • Wasser • Abwasser	8 - 10
Kommunalfahrzeuge • Grünanlagen • Friedhof • Forst	12 - 13
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Bundesregierung beschließt Maßnahmenkatalog:

## Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus beschlossen. Insgesamt 89 Einzelprojekte sollen ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus schaffen, mehr Prävention leisten, Betroffene von Diskriminierung stärker schützen und für mehr Anerkennung einer pluralen Gesellschaft sorgen. Die Bundesregierung will für diese Vorhaben zwischen 2021 und 2024 mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Sofern der Haushaltsausschuss zustimmt, sollen noch weitere 150 Millionen Euro hinzukommen.

Aus kommunaler Sicht erwähnenswert ist laut DSTGB zunächst die Schaffung einer bundesweiten Beratungsstelle mit Hilfehotline, um Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt schnell und unbürokratisch zu helfen. Das psychologisch geschulte Personal wird sieben Tage die Woche erreichbar sein.

Um gleichzeitig Daten für die Forschung zu erhalten, die auch die Opferperspektive einbezieht, erfasst die Hotline deshalb anonymisiert die Beratungsfälle und erstellt daraus ein Rassismus-Barometer.

### Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie

Darüber hinaus empfiehlt der Kabinettsausschuss eine Verbesserung der rechtlichen und haushalterischen Rahmenbedingungen des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus. Dazu werden Bundesinnen- und Bundesfamilienministerium zeitnah Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie erarbeiten und dann vorlegen. Auch sollen die Kommunen durch eine Verstärkung bisheriger (insbesondere „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“) und neuer Bundesprojekte im Bereich Demokratieförderung, bürgerschaftlichen Engagements, Konfliktmanagements durch Erarbeitung von Kriterien zur Erhebung von Bedrohungen und Demokratiefeindlichkeit in Kommunen sowie Stärkung der politischen Bildung gefördert werden.

Die Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz/digitale Hass-

gewalt soll u.a. durch die Erweiterung des Kompetenzzentrums „Hass im Netz“ und einem neuen Modellprojekt effektiver bekämpft werden.

Sogenannte Feindeslisten, auf denen Rechtsextreme öffentlich politische Gegner bedrohen, sollen explizit unter Strafe gestellt werden. Geplant ist auch ein neuer Straftatbestand „für

antisemitische oder rassistische Hetze“, die direkt an die Betroffenen gerichtet ist und deshalb nicht als Volksverhetzung gilt.

Außerdem soll der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz gestrichen werden.

Schärfere Vorschriften sollen künftig für Rechtsextreme und Rassismus in der Bundeswehr gelten. Strafen werden teils verdoppelt, die Möglichkeiten, Dienstgrade abzuerkennen, erweitert.

### Untersuchung des Polizeialltags

Das Paket der Bundesregierung sieht zudem ein For-

schungsprojekt „Untersuchung des Polizeialltags“ vor sowie zusätzliche Maßnahmen, um die „Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ zu stärken. Vorgesehen ist auch die Einführung einer rechtlichen Grundlage zur Quellentelekomunikationsüberwachung für die Nachrichtendienste des Bundes.

### Monitoring zu Rassismus und Diskriminierung

Geschaffen wird ein Monitoring zu Rassismus und Diskriminierung und laut Beschluss dauerhaft gefördert; Migrationsforschungsinstitute wie das DeZim in Berlin sollen ebenfalls auf Dauer mehr Mittel bekommen. Den Vertretern von Minderheiten will man die Wege zur institutionellen Politik verkürzen, für schwarze Menschen, Sinti und Roma werden Koordinierungsstellen geschaffen. **DK**

Vergabe von Frequenzen im Bereich 450 MHz:

## Frequenzen für die Digitalisierung der Energiewende

Die Bundesnetzagentur hat im Benehmen mit dem Beirat entschieden, die 450 MHz-Frequenzen vorrangig für kritische Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bereitzustellen.

„Wir stellen die Weichen für die Digitalisierung der Energie- und Verkehrswende und leisten einen Beitrag für das Erreichen der Klimaziele“, sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

Auch der Beirat der Bundes-

netzagentur hatte sich dafür ausgesprochen, der Energiewirtschaft eine Kommunikationslösung auf Basis der 450 MHz-Funktechnik zur Verfügung zu stellen.

Die Frequenzen werden zur bundesweiten Nutzung in einem Ausschreibungsverfahren ver-

geben. So können Sicherheitsbelange und spezielle Schutzanforderungen der Energie- und Wasserwirtschaft bei der Auswahl des Zuteilungsinhabers besser berücksichtigt werden.

### Ausschreibungsverfahren

Mit der Veröffentlichung der Vergabeentscheidung ist jetzt das Ausschreibungsverfahren eröffnet. Interessierte Unternehmen können bis zum 18. Dezember 2020 ihre Bewerbungen einreichen. Die Auswahl des Bewerbers erfolgt in einem objektiven und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren.

Für die Zuteilung der Frequenzen hat der erfolgreiche Bewerber eine Zuteilungsgebühr in Höhe von rund 113 Mio. Euro zu zahlen. Eine entsprechende Gebührenverordnung wird in Kürze erlassen. Die Zahlungsmodalitäten sehen auch die Möglichkeit von Ratenzahlungen vor.

### Bedarfe der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Mit der Vergabeentscheidung ist der Weg für die Energie- und Verkehrswende geebnet. Gleichzeitig hat die Behörde auch die sicherheitspolitischen Belange in den Blick genommen. So wurden zum einen die zeitlich und räumlich eingeschränkten Bedarfe der Bundeswehr in der Entscheidung berücksichtigt.

Zum anderen wurde auch den Interessen der Behörden und Organisationen (BOS) mit Sicherheitsaufgaben (BOS) weitestgehend Rechnung getragen. Soweit die 450 MHz-Frequenzen nicht für Anwendungen kritischer Infrastrukturen eingesetzt werden, sind Datenübertragungskapazitäten für sicherheitsrelevante Nutzungen der BOS bereitzustellen.

Den Belangen der BOS wurde bereits bei der Widmung der 700 MHz-Frequenzen Rechnung getragen. Die Bedarfe der BOS sollen auch in der zu erarbeitenden Gesamtstrategie gewürdigt werden. Hierzu hatte die Bundesnetzagentur bereits im August einen Frequenzkompass veröffentlicht, der Überlegungen zur künftigen Verfügbarkeit von Frequenzen stellt.

Aufgrund der guten Ausbreitungseigenschaften bieten sich die 450-MHz-Frequenzen an, um kosteneffizient ein funktionsfähiges, ausfallsicheres Funknetz aufzubauen.

Weitere Informationen [www.bundesnetzagentur.de/450mhz](http://www.bundesnetzagentur.de/450mhz). **DK**

Bayerischer Landkreistag:

## Rettungsschirm 2.0 lässt Kliniken im Regen stehen

Ausgleichszahlungen zur Behandlung von COVID-19-Patienten werden bei Häusern der Grund- und Regelversorgung nicht ankommen

Bundestag und Bundesrat haben im Eilverfahren das 3. Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen, mit dem auch die Krankenhäuser erneut vor wirtschaftlichen Belastungen durch die Versorgung von COVID-19-Patienten geschützt werden sollen. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, begrüßt die Initiative des Bundesgesetzgebers, zeigt sich aber verärgert über Details der Ausgestaltung des zweiten Rettungsschirms für die Krankenhäuser.

„Natürlich ist es wichtig und zu begrüßen, dass der Bundesgesetzgeber hier erneut tätig wird. Bundesminister Spahn hat von Beginn der Pandemie an versichert, dass die Krankenhäuser keine wirtschaftlichen Einbußen erleiden dürfen.“ Präsident Bernreiter betont jedoch gleichzeitig: „Bei der Ausgestaltung des komplizierten neuen Rettungsschirms ist aber der Bedeutung der kleineren Krankenhäuser in den ländlichen Regionen für die flächendeckende Versorgung zu wenig Beachtung geschenkt worden.“

### Flächendeckende Krankenhausversorgung von großer Bedeutung

Die Krankenhäuser in der Grund- und Regelversorgung decken in weiten Teilen Bayerns die akutstationäre medizinische Notfallversorgung ab. Sie sollen nach dem neuen Rettungsschirm aber nur dann Ausgleichszahlungen für die Verschiebung von planbaren Operationen, Operationen und Eingriffe erhalten, wenn bei einem nicht mehr kontrollierbaren Infektionsgeschehen die großen Kliniken in einer ganzen Region überlaufen mit COVID-19-Patienten.

„Der Gesetzgeber erkennt hier nicht nur die Bedeutung der flächendeckenden Krankenhausversorgung, sondern blendet auch die Notwendigkeit des vorausseilenden Freihaltens von Bettenkapazitäten aus“, kritisiert Christian Bernreiter. **DK**

„Wenn die Betten in den Maximal- und Schwerpunktkrankenhäusern belegt sind, wird es meist zu spät sein, auch die kleineren Krankenhäuser zu aktivieren. Aus vielen Regionen erhalte ich die Rückmeldung, dass es gerade die Häuser der Grund- und Regelversorgung gewesen sind, die einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Versorgung der Patienten in der ersten Welle der Corona-Pandemie geleistet haben. Diesen Häusern jetzt zu vermitteln, dass ihre Einsatzbereitschaft bei der zweiten Welle eigentlich nicht gewünscht wird, halte ich für schwierig. Da würde es mich nicht wundern, wenn manche Häuser sich für die Versorgung von COVID-19-Patienten abmelden und weiter ihr planbares Geschäft machen. Es liegt auf der Hand, dass das dann in manchen Regionen schlimmer ausgehen könnte, wenn – was keiner will – die Fallzahlen der Intensivbehandlungen weiter hochgehen.“

### Verordnungsermächtigung zu Gunsten der Kommunen

Deshalb fordert Präsident Bernreiter: „Diese Lücken können nur geschlossen werden, wenn auf Bundesebene von der Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht wird und die Häuser der Grund- und Regelversorgung unter erleichterten Voraussetzungen in den Kreis der zu den Ausgleichszahlungen berechtigten Krankenhäuser mit aufnimmt!“ **DK**

## Ehrenamt stärken

Landtags-Grüne fordern Übernahme von Betreuungskosten

Mit einem Gesetzentwurf wollen die Landtags-Grünen die Rahmenbedingungen für die Ausübung eines kommunalen Ehrenamtes in den Kommunalparlamenten verbessern. Im Fokus steht die Vereinbarkeit von Familie, Ehrenamt und Beruf. Dazu sollen die Bedingungen ihres kommunalpolitischen Engagements der Rätinnen und Räte in Bayern an die aktuelle Lebenswirklichkeit angepasst werden. Das soll nicht nur den Gemeinde- und Stadträten, sondern auch den Ratsmitgliedern in den Kreis- und Bezirkstagen helfen.

Wie Johannes Becher, Sprecher für kommunale Fragen in der Grünen-Fraktion, unserer Zeitung gegenüber erläuterte, sind wesentliche Forderungen des Gesetzentwurfs die Regelung eines gesetzlichen Anspruchs auf Freistellung von der Arbeitsverpflichtung für berufstätige Ratsmitglieder sowie die Möglichkeit, dass sich Ratsmitglieder vorübergehend durch ein Ersatzmitglied vertreten lassen können. Diese Vertretungsmöglichkeit soll sich auf längerfristige Auszeiten (ab drei Monate) beschränken und ist maximal auf zwölf Monate beschränkt. Die Landtags-Grünen sehen auch die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Erstattung der Kosten vor, die auf Grund der Betreuung von Kindern und zu pflegender Angehöriger während Gremiensitzungen entstehen. Diese Regelungen sollen auf allen drei kommunalen Ebenen in Bayern gelten.

### Vertretung statt Verzicht

Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden in Bayern für sechs Jahre gewählt. Da sich die Lebenssituation vorübergehend auch ändern kann, sollen Mandatsträgerinnen und -träger in Gemeinderäten, Stadträten, Kreis- oder Bezirkstagen, die Chance erhalten, sich durch ein Ersatzmitglied vertreten lassen können. Bislang gibt es in Bayern eine solche Vertretungsmöglichkeit nicht. Sind Kommunalpolitikerinnen und -politiker längerfristig an der Teilnahme verhindert, bleibt ihnen bislang nur die Möglichkeit des dauerhaften Verzichts auf ihr Mandat. Die Vertretungsregelung soll auch ermöglichen, dass der Vertreter auch bei Ratsentscheidungen stimmberechtigt ist im Sinne des Art. 37 Abs.1 GLKWG.

### Volle Übernahme von Betreuungskosten

Die Landtags-Grünen setzen sich zudem für einen gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung der Kosten für die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftiger Angehörigen des Ratsmitglieds in voller Höhe ein – ebenfalls eine Forderung, die bisher im bayerischen Recht fehlt. Dieser Entschädigungsanspruch soll sowohl Arbeitnehmern, Selbständigen als auch nicht erwerbstätigen Personen zustehen. Den kommunalen Mandatsträgern soll zudem ein gesetzlicher Freistellungsanspruch gegenüber allen öffentlichen und privaten Arbeitgebern für die „erforderliche Zeit“ eingeräumt werden, die sie für die Ausübung ihres kommunalen Mandats benötigen. In Bundesländern wie Baden-Württemberg ist eine entsprechende Freistellungsregelung schon seit längerem in Kraft. **red**

Covid-19-Impfung:

## Sorge um Sicherheit und Wirksamkeit

Eine Impfung gegen das Corona-Virus SARS-CoV-2 rückt in greifbare Nähe, die Zulassung von einem oder mehreren Impfstoffen steht offenbar kurz bevor. Der Verein „Ärzte für individuelle Impfstoffentscheidung“ hat ein aktualisiertes Positionspapier zu Frage der Impfstoffentwicklung, einer möglichen Impfpflicht und einem Immunitätsnachweis vorgelegt.

Dabei wird die verantwortungsvolle Entwicklung wirksamer Impfstoffe als „sinnvoller und notwendiger Baustein internationaler Strategien gegen jedwede Epidemie oder Pandemie“ gewertet. Derartige Impfstoffe sollten weltweit allen Menschen, die sich damit schützen wollen, zugänglich sein.

Da Impfungen grundsätzlich vorbeugende Maßnahmen an gesunden Menschen sind, fordern die Mediziner, dass diese Substanzen prinzipiell höheren Anforderungen an Wirksamkeit und Sicherheit genügen müssen, als z. B. therapeutische Medikamente, bei denen ein bestehender Leidensdruck unter Umständen gewisse Behandlungsrisiken rechtfertigen kann.

„Die derzeit laufenden Zulassungsstudien lassen nach aktuellem Informationsstand auf eine gewisse Effektivität der geprüften Impfstoffkandidaten hoffen“, heißt es in dem Papier. „Allerdings“ – und das ist wichtig – „genügen diese Studien den Ansprüchen an einen seriösen Wirksamkeitsnachweis nach den Regeln der evidenzbasierten Medizin in keiner Hinsicht.“ So sollen die verwendeten Studienprotokolle keinerlei Aussage darüber erlauben, ob sich die Anzahl schwerer Verlaufsformen oder gar Todesfälle da-

mit vermindern lassen, schon gar nicht spezifisch bei Risikogruppen. Auch bleibt offenbar die Frage unbeantwortet, ob durch die Impfung die Infektiosität verringert und dadurch eine Herdenimmunität erzeugt wird. Gerade diese Frage wird jedoch für die gewünschte Wirksamkeit der Impfung auf den Verlauf der Pandemie von entscheidender Bedeutung sein.

Die Infektion mit SARS-CoV-2 führt nach allen Erfahrungen nur bei einem sehr kleinen Teil der Infizierten zu schweren oder gar bedrohlichen Krankheitsverläufen. Die überwiegende Mehrzahl hat keine oder nur leichte grippeähnliche Beschwerden. Die Ärzte gehen davon aus, dass zum Zeitpunkt der Zulassung von SARS-CoV-2-Impfstoffen wesentliche Teile der Bevölkerung zumindest vorübergehend über Antikörper bzw. spezifische Abwehrzellen gegen das Virus verfügen. Inwieweit eine Impfung bei vorbestehender Immunität ein mögliches besonderes Risiko darstellt, sei derzeit nicht untersucht. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung würde von einer Impfung also gar nicht profitieren.

Zudem sei nicht geklärt, ob die Impfung das Risiko der Ansteckung anderer vermindert. (Fortsetzung nächste Seite)

### Wir gratulieren

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Zipfel  
82061 Neuried  
am 6.12.

Bürgermeister Josef Reff  
84144 Geisenhausen  
am 7.12.

Bürgermeister Gerd Schneider  
96117 Memmelsdorf  
am 10.12.

Bürgermeister Christian Nerb  
93342 Saal a.d. Donau  
am 15.12.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Miriam Größ  
89423 Gundelfingen a.d. Donau  
am 3.12.

Landrat Matthias Dießl  
90763 Fürth  
am 6.12.

Bürgermeister Thorsten Schwab  
97840 Hafenhof  
am 12.12.

Bürgermeister Christian Wagner  
85110 Kipfenberg  
am 13.12.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karlheinz Roth  
94518 Spiegelau  
am 15.12.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

# Erfolgreich gegen Hetze im Netz

Hate Speech-Beauftragter stellt Bericht vor

**Kommunalpolitiker haben bei den einzelnen bayerischen Staatsanwaltschaften direkte Ansprechpartner und können Hetze im Netz online direkt bei den Ermittlungsbehörden melden – denn gerade sie sind die häufigsten Opfer von Hate Speech im Internet. Der Hate Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb, berichtete im Rahmen einer Anhörung im Innenausschuss im Bayerischen Landtag über die Erfolge. Die Strafen sind hoch: Wer vorbestraft ist, den kann ein Hasskommentar direkt ins Gefängnis bringen.**

Mittlerweile erhält fast jeder fünfte Amts- oder Mandatsträger in Bayern Todesdrohungen über das Internet. Hartleb ist der zentrale Ansprech- und Koordinierungspartner für die ermittelnden Staatsanwälte und dafür verantwortlich, bayernweit einheitliche Maßstäbe in Bezug auf Hate Speech-Kriminalität zu etablieren. Nach einem Jahr zog er im Innenausschuss des Landtags Bilanz.

## Online-Meldeverfahren erfolgreich

Als wirksames Instrument zur Bekämpfung von Hasskriminalität hätte sich das von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und dem Bayerische Justizministerium neu ins Leben gerufene Online-Melde-

verfahren erwiesen. Damit können Medienunternehmen in Bayern seit dem Jahr 2019 Hate Speech-verdächtige Inhalte, zum Beispiel auf Facebook, an die Ermittler melden. Seit diesem Jahr können sich auch politische Mandatsträger unbürokratisch und online direkt an die Ermittlungsbehörden wenden. Als weitere Maßnahme sind bei den nicht-online begangenen Straftaten zudem direkte Ansprechpartner für Kommunalpolitikerinnen und -politiker bei den einzelnen bayerischen Staatsanwaltschaften benannt worden. Diese Ansprechpartner beraten Betroffene, sorgen für eine zügige Ermittlung des Sachverhalts und vermitteln den Kontakt zur Polizei.

## Hohe Aufklärungsquote

Minderheiten und Politiker seien die häufigsten Opfer von Hatespeech laut Harleb. Rund 80 Prozent der Hassposts kommen dabei aus dem rechtsextremen Bereich. Ein Großteil der Verfahren betrifft den Tatbestand der Volksverhetzung. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres sind 953 Strafverfahren gegen identifizierte Straftäter eingeleitet worden. 165 Verfahren liefen gegen Unbekannt. Die Aufklärungsquote bei den Fällen, die über das im Jahr 2019 installierte Online-Meldeverfahren „Justiz und Medien“ zur Anzeige gebracht wurden, lag bei knapp 90 Prozent. Dass Hasskommentare keine Kavaliärsdelikte sind, zeigten die verhängten Strafen: Strafen, die bis zu vier Netto-Monatsgehältern hoch sind, wurden verhängt – inklusive Eintragung ins Führungszeugnis.

## Spezialisierung der Staatsanwälte

Organisatorisch sieht Hartleb die Justiz in Bayern mittlerweile gut gerüstet. So seien zum Jahreswechsel 2019/20 unterhalb der Stelle des Hate Speech-Beauftragten flächendeckend bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften spezialisierte Sonderdezernate zur Bekämpfung von Netz-Hass gegründet worden. Für Hartleb ist dabei ein hoher Grad an Spezialisierung der Staatsanwälte „einer der Schlüsselpunkte“. Denn die einschlägigen Tatbestände unterlägen nicht nur unbestimmten Rechtsbegriffen, sondern es bedürfe in der Regel auch einer Abwägung der Meinungsfreiheit des Täters mit dem Ehrenschutz des Opfers. All dies erfordere eine hohe Qualifikation der betreffenden Staatsanwälte sowie die Sicherstellung einheitlicher Standards bei der Rechtsauslegung. Im Sinne einer konsequenten Verfolgung der Täter im Netz müssten darüber hinaus die technischen Fähigkeiten der Staatsanwälte geschult werden, da die Täter oftmals unter Alias-Namen auftraten und gezielt Verschleierungstaktiken anwendeten, um ihre wahre Identität zu verbergen.

## Problem: Keinen Zugriff auf Urheberdaten

Die Erfolge der bayerischen Justiz bei der Ermittlung der Verfasser von Hass-Beiträgen dürften jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bisher

nur ein Bruchteil der Straftaten überhaupt verfolgbar sei. Nach wie vor gäbe es weite Bereiche im Internet (wie z.B. bestimmte Gaming-Portale), in denen die Staatsanwälte machtlos seien, weil ihnen der Zugriff auf die Daten der Urheber fehle oder die Hass-Redner sich auf Plattformen bewegten, die Ermittlungen von vornherein unmöglich machen, sagte Hartleb.

Verbesserungsbedarf sieht er zudem bei der Zusammenarbeit mit den sozialen Netzwerken. „Sie reagieren oft gar nicht auf unsere Auskunftsgesuche. Erhebungen der Staatsanwaltschaften haben gezeigt, dass nur jede 20. unserer Auskunftsanfragen bezüglich potenzieller Täter beantwortet wird“. Besonders problematisch sei es auch, dass in Deutschland keine IP-Adressen – die Adresse eines Computers, mit deren Hilfe der Nutzer eindeutig identifiziert werden kann – gespeichert würden. So würden bestimmte Telemedienunternehmen sogar ausdrücklich damit werben, dass Internet-Adressen über sie nicht nachverfolgt werden könnten. „Zumindest eine gewisse Speicherverpflichtung wird man da einführen müssen“, appellierte Hartleb an die Politik.

## Parteien nehmen Bund in die Pflicht

Ob und welche Maßnahmen ausgeweitet werden sollen, war in der anschließenden Debatte im Ausschuss umstritten. CSU und Freie Wähler plädierten für eine längerfristige Speicherung von Verkehrsdaten. So betonte Alfred Grob (CSU), dass gerade die Social-Media Konzerne auch in den USA stärker in die Pflicht genommen werden müssten und zur längeren Speicherung von IP-Adressen verpflichtet werden sollten. Joachim Harnisch (Freie Wähler) ergänzte, dass auch über präventive Maßnahmen gegen Hate Speech sowie eine stärkere „Waffengleichheit“ zwischen Tätern und Opfern nachgedacht werden müsse. Einigkeit bestand in der Diskussion darin, dass der Freistaat Bayern nur einen Teil der Lösung gegen Hetze im Netz liefern könne. So seien die Bundesländer zwar für Strafverfolgungsbehörden, also Staatsanwälte und Polizei zuständig, viele der rechtlichen Vorgaben, etwa Änderungen im Strafgesetzbuch oder Impulse für europarechtliche Vorgaben, müssten jedoch durch die Bundesregierung angestoßen werden.

## Über die Initiative

Das bayerische Justizministerium und die BLM haben die Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ im Oktober 2019 ins Leben gerufen. Seitdem können sich Medienunternehmen in einem einfachen und effizienten Online-Verfahren mit einer Prüfbite oder Strafanzeige an die Justiz wenden – etwa wegen Volksverhetzung oder Beleidigungen auf den von ihnen betriebenen Plattformen. Seit Juni 2020 ist der Hate-Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz Ansprechpartner. Bereits 112 Medienunternehmen unterstützen die Initiative aktuell mit ihrem Logo; 78 davon beteiligen sich aktiv an dem Projekt und haben sich bereits bei der Staatsanwaltschaft in Sachen strafrechtliche Relevanz von Hate-Speech sowie Übermittlung von Prüfbiten schulen lassen.

Weitere Informationen: [www.konsequent-gegen-hass.de/](http://www.konsequent-gegen-hass.de/)

GZ

KOLUMNE

Constanze von Hassel

## Liebe Leserinnen und Leser,

was zeichnet professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit amtlicher Stellen aus in Zeiten, in denen grundgesetzlich verbrieft Rechte auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden (müssen) und gleichzeitig Hate Speech, Fake News, Mobbing und Stalking über vielfältigste Kommunikationskanäle uns alle überfluten?

Kann man die Öffentlichkeitsarbeit eines deutschen Bundesministeriums als seriös bezeichnen, wenn via Facebook aufgefördert wird, gegen alle „Bullshitbingo“ zu spielen, die sich besorgt mit Positionen dieses Hauses auseinandersetzen (Quelle: <https://www.facebook.com/bmg.bund/posts/932832660213246>)?

## Öffentlichkeitsarbeit: Nicht nur ein Gebot der Fairness

Behörden sind zu wahrheitsgetreuer und umfassender Information der Öffentlichkeit gesetzlich verpflichtet. In einer Vielzahl kommunaler Ämter wird diese Aufgabe vorbildlich erfüllt. Gleichwohl gibt es nach wie vor auch viele, die ihr nicht den gebührenden Stellenwert einräumen. Daher bietet die Bayerische Gemeindezeitung in normalen Zeiten Veranstaltungen zum Thema „Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ an.

Obwohl keineswegs datenschutzrechtlich abschließend freigegeben, nutzt man oftmals recht sorglos Auftritte in sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und YouTube. Ein zusätzlicher Nachteil dieser Medien ist, dass es von einem Algorithmus oder der Bereitschaft,



für Werbung zu zahlen, abhängt, ob Beiträge gesehen werden.

Auch bayerische Ministerien schalten bezahlte Werbung auf Facebook für Inhalte, die lokale Medien umsonst aufgreifen. Von der rechtlichen Problematik abgesehen, findet so auch die Wertschöpfung nicht mehr im Inland statt. Viele News-Konsumenten erkennen inzwischen diese ungefilterten Selbstdarstellungswerkzeuge.

Amtlichen Stellen ist zudem gesetzlich vorgeschrieben, Informationen für die Gesellschaft nach den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit zu gewinnen und bereitzustellen.

Wie viel hier inzwischen im Argen liegt, sieht man beispielsweise am Umgang mit Zahlen und Statistiken rund um die Problematik, die die Infektionskrankheit COVID-19 durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 in die Welt gebracht hat. Es ist zu einfach, all jene, die sich – teilweise mit höchster Fachkompetenz – mit diesem Thema auseinandersetzen und differenziert Positionen beziehen, in einen Topf zu werfen mit Radikalen, die man als „Covidioten“ bezeichnet. Und, so nebenbei, dieser inzwischen auch von politischen Amtstragenden gebrauchte Begriff ist doch nichts anderes als vom Mainstream unreflektiert akzeptierte Hate Speech.

Zum „Dilemma mit den sozialen Medien“ hat Netflix eine sehenswerte Doku herausgebracht.

Der britische Historiker, Soziologe und Publizist Cyril Northcote Parkinson (1909-1993) sagte einst: „Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerüchten, Geschwätz und Gift.“

Ihre  
Constanze von Hassel

Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung

## Gesundheits- und Pflegeministerin Huml zur Pandemiebewältigung:

# Ambulante Ärzte sind wichtige Säule

**Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hat sich per Video-Schalte mit Vertretern der ambulanten Ärzteschaft zu Corona-Pandemielage ausgetauscht.**

Die Ministerin betonte anlässlich eines erneuten virtuellen Treffens während der Corona-Pandemie mit den Chefs der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), des Bayerischen Hausärzterverbands e.V. (BHÄV) und des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVJK): „Die ambulanten Kollegen sind eine wichtige Säule unserer flächendeckenden Pandemiebewältigung. Ihrem unermüdlichen Einsatz ist es zu verdanken, dass wir das Pandemiegeschehen bei milden Verläufen weitestgehend unter Kontrolle halten.“

Nach Zahlen der KVB werden etwa 80 Prozent der COVID-19-Patienten in Bayern ambulant versorgt. Die Ministerin unterstrich, dass die koordinierenden Ärzte eine große Hilfe seien, weil sie als Bindeglied zwischen den niedergelassenen Ärzten vor Ort, den KVB-Strukturen und den örtlichen Behörden und Entscheidungsträgern fungieren. „Mir ist bewusst, dass viele der koordinierenden Ärzte ihre Aufgabe neben ihrer eigentlichen Praxistätigkeit ausüben und mit ihrem Engagement einen extrem wichtigen Beitrag leisten, der über ihr eigentliches Pflichtprogramm hinausgeht.“

Durch einen Ministerratsbeschluss vom 10.11.2020 soll diese Struktur nun – angelehnt an die während des Katastrophenfalles eingesetzten Versorgungsärzte – weiterentwickelt werden. Unter anderem ist beispielsweise eine Aufwandsentschädigung für die koordinierenden Ärzte vorgesehen. Das Ministerium erarbeitet derzeit

die Ausgestaltung der erforderlichen Regelungen.

Die Praxen spielen auch bei der Umsetzung der Bayerischen Teststrategie eine entscheidende Rolle. Die Ministerin betonte: „Das Bayerische Testangebot wird zum großen Teil von den ambulanten Praxen gestemmt. Sie leisten auch damit einen wichtigen Beitrag zur Kontrolle des Pandemiegeschehens. Dass

sich in Bayern jeder testen lassen kann, den die Ungewissheit plagt oder der sichergehen will, bevor er Angehörige im Pflegeheim besucht oder der nicht auf weitere Symptome warten will, bis sich der Corona-Verdacht bestätigt, wäre ohne unsere ambulanten Ärztinnen und Ärzte nicht machbar. Sie sind es, die die Bayerische Teststrategie mit viel Einsatz und außerregulären Sprechstunden ermöglichen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.“

# Ministerin Huml baut Pflegestützpunkte aus

**Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml baut die Beratungsstrukturen für Pflegebedürftige und deren Angehörige weiter aus. Die Aufnahme von Pflegestützpunkten in eine Regelförderung ist nach ihrer Auffassung „ein Meilenstein für die Beratung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen“.**

Pflegestützpunkte sind leicht zugängliche Beratungsangebote rund um die Pflege. Sie sind zentrale Anlaufstellen und vernetzen die regional verfügbaren pflegerischen Angebote.

Landkreise, kreisfreie Städte und Bezirke können gemeinsam mit den Pflege- und Krankenkassen Pflegestützpunkte einrichten. Um den weiteren Ausbau von Pflegestützpunkten zu unterstützen, können diese ab 2021 mit jährlich bis zu 20.000 Euro gefördert werden. Zuwendungsempfänger sind Kommunen, die sich an der Trägerschaft eines Pflegestützpunkts beteiligen. Bei einer räumlichen Anbindung an eine Fachstelle für pflegende Angehörige erhöht sich die Förderpauschale für insgesamt maximal drei Jahre um jährlich bis zu 3.000 Euro.

Seit 2019 können Pflegestützpunkte eine Förderung beantra-

gen. Darüber hinaus fördert der Freistaat ein gut etabliertes und in dieser Form in Deutschland einzigartiges Netz von über 100 Fachstellen für pflegende Angehörige mit jährlich bis zu 1,6 Mio. Euro. Die Fachstellen für pflegende Angehörige haben die Aufgabe, pflegende Angehörige auch längerfristig bei ihrer oft kräftezehrenden Aufgabe psychosozial zu begleiten, Beratungs- und Entlastungsangebote, wie z.B. Helferkreise oder Betreuungsgruppen anzubieten sowie insbesondere auch Angehörige von Menschen mit einer Demenzerkrankung zu informieren und zu begleiten.

Anträge auf Regelförderung für das Jahr 2021 können noch bis 31.12.2020 beim Bayerischen Landesamt für Pflege gestellt werden. Weitere Hinweise finden Sie unter [www.pflegestuetzpunkte.bayern.de](http://www.pflegestuetzpunkte.bayern.de).

## Corona heißt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Beobachtung hält der überwiegende Teil der Bevölkerung die Maßnahmen jedoch für richtig und notwendig. Die derzeitige Entwicklung der Fallzahlen und die Wahrnehmung, dass auch in den Kliniken das Belastungsniveau steigt, führen dazu, dass die enorme Herausforderung der Pandemie wieder stärker ins Bewusstsein tritt. Die Menschen haben in den vergangenen Monaten durchaus ein großes Verantwortungs- und Disziplinbewusstsein und dies zu erhalten, sind Klarheit und Besonnenheit sehr wichtig. Regeln müssen möglichst einfach, klar, gut begründbar und damit nachvollziehbar sein.

**GZ: Noch zu Anfang dieses Jahres waren wir der Meinung, demografischer Wandel, Energiewende, Klima- und Artenschutz sowie Digitalisierung seien die Themen, mit denen wir uns in naher Zukunft auseinanderzusetzen haben. Rückt Corona jetzt alles in den Hintergrund?**

**Pannermayr:** Scheinbar ja, weil viel über Corona gesprochen und berichtet wird. Aus meiner Sicht manchmal zu viel. Die Gesellschaft sollte dieses Thema zwar sehr ernst nehmen, aber nicht in Angststarre verfallen. Fakt ist, dass alle genannten Themenbereiche weiter auf der Agenda stehen. Auch vor Corona war bereits deutlich zu spüren, dass es Veränderungen braucht. Die Pandemie hat hier möglicherweise Prozesse beschleunigt. Grundsätzlich besteht die große Generationenaufgabe darin, eine Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und dem sozialen Miteinander herzustellen.

**GZ: In Städten leben meist Bürger, die Energie aus erneuerbaren Energiequellen unterstützen, selbst aber kein**

## Entwicklung ländlicher ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Bundesregierung sollte den „Wenige Schultern“-Effekt in ländlichen Räumen, die besonders von der demografischen Entwicklung getroffen sind, mit Fördermitteln abfedern, so Liebing. In einigen ländlichen Regionen schulterten immer weniger Menschen die Fixkosten für den Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, wie die kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Wenn die Menschen vor Ort die Finanzierung nicht mehr allein schultern können, seien Fördermittel nötig, damit dieser Teil der Daseinsvorsorge immer und überall selbstverständlich bleibt – auch für künftige Generationen.

Auch sollte die Bundesregierung Liebing zufolge bei ihrem aktuellen Entwurf zur TKG-Novelle an drei Stellschrauben drehen, damit Investitionen in den Glasfaser-Ausbau angereizt werden und eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land verhindert wird: „Das beste digitale Geschäftsmodell nützt nichts, wenn der Hidden Champion im Funkloch steckt oder die Schulklasse am alten Kupfernetz hängt. Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen unseres Landes, die noch dazu die Basis für 4G- und 5G-Mobilfunk sind. Bisher werden lukrative Gebiete doppelt und dreifach, andere (ländliche) Gebiete gar nicht angeschlossen. Diesen volkswirtschaftlichen Unsinn kann die Bundesregierung bei der TKG-Novelle stoppen – mit Rechtssicherheit gegen Glasfaserpiraten, einem offenen Netzzugang und Kooperationen.“ **DK**

**Dach haben, um eine PV-Anlage zu installieren. Genauso haben im Vergleich zum ländlichen Raum mehr Stadtbewohner für das Volksbegehren Artenschutz abgestimmt, die Folgen werden aber gerade in der Landwirtschaft sichtbar. Sehen Sie die Städte in der Pflicht, in der Klimaschutz-Diskussion mit gutem Beispiel voran zu gehen und können Sie Beispiele nennen?**

### Kluger Umgang mit Flächenressourcen

**Pannermayr:** Es gilt, vor Ort Konzepte zu finden, die den Kita- und Schulausbau sowie den Wohnungsbau in Einklang bringen mit einem klugen und vernünftigen Umgang mit Flächenressourcen. Dazu brauchen wir die richtigen Instrumente, wie das Aktivieren und Nutzbarmachen bereits versiegelter Flächen im Innenraum.

Auch die Mobilitätswende muss vor Ort stattfinden. In Straubing, einer Stadt mit überschaubaren Entfernungen, ist vor allem das Thema Fahrradfreundlichkeit großgeschrieben. Mit dieser spannenden Perspektive beschäftigen wir uns sehr intensiv. Auch arbeiten wir zum Beispiel an einem neuen Beschaffungskonzept nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten – Stichwort fairer Handel. Das sind kleine Schritte, die alle in die gleiche Richtung gehen. Hier sehe ich die Kommunen klar in der Verantwortung.

### Kreative Ansätze zur Baulandmobilisierung

**GZ: Sie haben die versiegelten Flächen angesprochen. Hat Corona den Wunsch nach einer grünen Lunge in der Stadt zu einer Aufwertung verholfen? Ist denn ein Park auch eine versiegelte Fläche?**

**Pannermayr:** Das ist eine spannende Frage. Hier muss man differenzieren. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man eine Fläche versiegelt oder daraus eine Naherholungsfläche oder werthaltige Naturfläche gestalten kann. Sicher ist, dass in der Corona-Krise viele Menschen die Heimat wieder neu entdeckt haben und das Bewusstsein, sorgsam mit begrenzten Flächenreserven umzugehen, klar gewachsen ist.

**GZ: Was wäre denn eine Maßnahme, um Städten eine Grundstücksmobilisierung zu erleichtern?**

**Pannermayr:** Hier kommt die Grundsteuer C ins Spiel, ein Instrument, das in der Regierungskoalition momentan kontrovers diskutiert wird. Eine Grundsteuer, mit der wir baureife Grundstücke mit einem eigenen Hebesatz belegen könnten, würde uns helfen, diese Flächen zu aktivieren und nutzbar zu machen. Sinnvoll wären auch eine Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen sowie eine steuerliche Begünstigung, wenn zum Beispiel nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Hofgrundstücke an Kommunen veräußert werden. Das sind durchaus kreative Ansätze.

**GZ: Im vergangenen Jahr hat die GZ Veranstaltungen zur lebendigen Ortsmitte organisiert. Was bräuchten Städte, um Ortskerne am Leben zu erhalten? Welche Möglichkeiten haben Sie als Rathauschef, um beispielsweise dem Einzelhandel zu helfen? Und welche Maßnahmen wären nötig, um ein Verdrängen abzuwenden?**

**Pannermayr:** Ein für uns sehr wichtiges Instrument ist die Städtebauförderung, die in den Kommunen vielfach sehr positive Wirkungen erzeugt. Die Erfahrung zeigt: Wenn wir mit öf-

fentlichen Investitionen in Quartieren einen positiven Impuls geben, löst dies auch private Investitionen aus und ermöglicht eine Reaktivierung. Beispiel: In Straubing betreibt die TUM einen Campus für Biotechnologie und Nachhaltigkeit. Um die noch junge Universität in die Innenstadt zu integrieren, kaufte der Freistaat das von Schließung bedrohte Karmelitenkloster, welches nun umgebaut wird und künftig vom TUM-Campus genutzt werden soll.

Aktuell befinden wir uns in einer Situation, in der es leider nicht möglich ist, in den Innenstädten Veranstaltungen und damit besondere Erlebnisse zu generieren. Insofern wird Corona die Probleme der Innenstädte noch verschärfen. Das ist auch der Grund, warum wir uns entschieden haben, unsere Städtetags-Vollversammlung im Juli 2021 unter den Arbeitstitel „Zukunft der Innenstädte und Ortskerne“ zu stellen.

### Rescueprogramm für Kulturschaffende

**GZ: Viele Kunst- und Kulturschaffende stehen vor dem Aus. Für wie wichtig halten Sie die Kulturszene für das Überleben dieser Krise und wie können Städte ihren Künstlern helfen?**

**Pannermayr:** Die Kulturszene gibt Städten eine ganz besondere Identität. Ein vielfältiges, buntes Kulturleben ist eine unverzichtbare Grundvoraussetzung, um Offenheit und Freiheit im Denken zu bewahren. Wirkungsvolle Hilfe für die Künstler ist den Kommunen in der aktuellen Situation ehrlich gesagt leider nur bedingt möglich. Zwar wurden im Sommer diverse Formate angeboten, die auch funktionierten, jedoch waren diese Maßnahmen immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Umso mehr braucht es von Seiten des Bundes ein effizientes und zügig umgesetztes Rettungsprogramm für Kulturschaffende, um den Kulturbereich über den Winter zu stabilisieren.

### Stärkung des ÖPNV

**GZ: Vor Corona ging es um die Stärkung des ÖPNV. Mit Corona erlebt der Individualverkehr eine Renaissance, da der ÖPNV auch aufgrund des Infektionsrisikos gemieden wird. Gleichzeitig werden Parkplätze zu Freischankflächen und Heizpilze wieder salonfähig. Geben Sie den Bemühungen um den Ausbau des ÖPNV eine Chance?**

**Pannermayr:** Klares Ja. Die Stärkung des ÖPNV wird für die Mobilität der Zukunft unverzichtbar sein, wobei die Herausforderungen je nach Region oder Größe des Standorts unterschiedlich sind. Es gibt Bereiche, wo bei uns zum Beispiel die Stadt-Umland-Beziehung mit dem ÖPNV nur sehr sporadisch funktioniert. Derartige Verkehrsbeziehungen zu stärken, ist wesentlich. Am wichtigsten aber ist der Aufbau leistungsfähiger Verbundsysteme. Unser Fernziel muss ein bayernweiter Verbund sein, mit der Möglichkeit des unkomplizierten Umsteigens. Aktuell ist das System sehr komplex und kleinteilig und deshalb so nicht zukunftsfähig. Übrigens birgt z.B. die Umnutzung eines PKW-Parkplatzes in eine Freischankfläche oder auch einen Fahrradparkplatz die Chance, wieder mehr Lebensqualität in die Städte zu bringen. Das muss man den Menschen erklären.

**GZ: Thema Schulen: Masken müssen jetzt auch von Grundschulern oder auch im Sportunterricht selbst im Freien getragen werden. Eine Rückkehr zum Distanzunterricht ist trotz der vielen Corona-Testungen nicht in Sicht. Allerdings hat der erste Lockdown auch gezeigt,**

**dass Homeschooling unter Anleitung einer Lehrkraft funktioniert. Was halten Sie von Homeschooling? Und wären die Schulen derzeit in der Lage, eine Situation wie im März aufzufangen?**

### Großer Gesprächsbedarf bei Schulthemen

**Pannermayr:** Was die Schulen im Frühjahr geleistet haben, war beeindruckend. Den Schülern im Homeschooling wurde vielfach ein gutes Angebot unterbreitet. Gleichwohl hat das Frühjahr auch gezeigt, wie weit wir noch von einem wirklich tragfähigen, flächendeckenden System entfernt sind. Vor Jahren bereits hat der Städtetag an den Freistaat die Forderung nach einem effizienten Gesamtkonzept adressiert. Dazu gehört auch, dass Technik der Pädagogik dienen muss und nicht umgekehrt. Auch wünschen wir uns ein System, das möglichst effizient administrierbar ist.

Großen Gesprächsbedarf gibt es momentan in punkto Ausstattung mit Lehrer-Dienstgeräten. Es ist der Wunsch des Freistaats, dass die Kommunen die Geräte beschaffen. Wir sprechen aktuell darüber, den Freistaat in einer Corona-bedingten Sondermaßnahme zu unterstützen. Aber die Bedingungen dafür müssen passen. Und wir werden im Interesse aller Beteiligten gründlich darüber reden müssen, wie wir die enormen Anforderungen der Digitalisierung künftig dauerhaft und fair in der Schulfinanzierung verankern.

**GZ: Was halten Sie von den Bemühungen der Staatsregierung, Schulen mit Luftfiltern auszustatten?**

**Pannermayr:** Über die Schulen haben wir vor Ort in Straubing den Bedarf abgefragt. Wir werden versuchen, im Rahmen des Förderprogramms schnellstmöglich entsprechende Geräte zu beschaffen. Allerdings muss man dabei die notwendigen Ausschreibungswege und die Verfügbarkeit im Blick haben. Bei manchen Produkten gibt es momentan einfache Engpässe und Lieferschwierigkeiten.

**GZ: Stichwort Kinderbetreuung: Im Oktober haben wir darüber berichtet, dass Sie den Freistaat auffordern, Richtlinien zur Ausbreitung von Bundesmitteln auf den Weg zu bringen. Finanzmittel seien zwar vorhanden, könnten aber derzeit nicht abgerufen werden. Hat sich an der Situation inzwischen etwas geändert?**

**Pannermayr:** Ja, der Freistaat hat nach der Intervention des Bayerischen Städtetags tatsächlich schnell gehandelt. Der Hintergrund ist, dass der Bund zusätzliche Mittel ausgereicht hat, die den Kommunen für den Kita-Ausbau zur Verfügung gestellt werden sollen. Für Bayern ging es um 160 Millionen Euro, mit denen Schätzungen zufolge nun ca. 10.000 Kitaplätze zusätzlich gefördert werden können.

### Globale Entwicklungspartnerschaften

**GZ: Unser Herausgeber Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, hat großen Erfolg mit der Aktion „1.000 Schulen für unsere Welt“, die vom Entwicklungshilfeministerium unterstützt wird. Er bündelt hier ehrenamtliches Engagement in einer Aktion, die doch jedem Einzelnen genügend Spielraum für eigene Ideen lässt. Wie stehen Sie zu kommunaler Entwicklungshilfe?**

**Pannermayr:** Ich halte dies für ein hilfreiches Instrument, wenn es in ein gutes Netzwerk eingebunden ist. Wir beteiligen uns mit unserem Know-how an Aktivitäten, die Bundesminister Dr. Müller gestartet hat. Leider ist jetzt Corona-bedingt alles ein-

bisschen schwierig. Aktuell sind wir in Gespräche involviert, bei denen es um Abwasser-, Wasserversorgungs- und Müllentsorgungskompetenz im Nahen Osten geht. Entsprechende Kontakte wollen wir auch in Afrika aufbauen. Jedem Kommunalpolitiker ist klar, dass das Denken nicht an der Stadtgrenze enden darf. Und so sind Kommunen aus meiner Sicht gerne bereit, ihr Können in eine größere Verantwortung einzubinden.

### Wiederaufbau des Straubinger Rathauses

**GZ: 2016 haben Sie das Straubinger Rathaus brennen sehen, wie steht es um den Wiederaufbau?**

**Pannermayr:** Der Wiederaufbau ist komplexer als man denkt, weil wir es mit mehreren historischen Gebäuden zu tun haben. Es bedurfte vieler Diskussionen, um ein kluges Konzept zu erarbeiten, das auch alle modernen Erfordernisse wie Barrierefreiheit und technische Lösungen berücksichtigt. Momentan startet die Hauptmaßnahme mit der Erhaltung der Gebäudestatik. Wir werden mit dem Wiederaufbau mehr als drei Jahre beschäftigt sein und können dann hoffentlich vermelden, dass wir nicht nur den Zeitrahen, sondern auch den Kos-

tenrahmen eingehalten haben.

**GZ: Zum Abschluss noch zwei Leserfragen: 1. Wie will der Bayerische Städtetag mit der niedrigen Förderung bei den Feuerwehrgerätehäusern umgehen?**

### Fördersätze für Feuerwehrgerätehäuser

**Pannermayr:** Die Stadt Straubing ist mit entsprechenden Forderungen wiederholt auch an den Freistaat herangetreten. Tatsächlich ist es so, dass die Fördersätze absolut gleichgeblieben sind, die Kosten sich aber sehr dynamisch entwickelt haben und damit die Förderquote nicht mehr zeitgemäß ist. Die Fördersätze sind schlicht und ergreifend überholungsbedürftig.

### Behördengänge vereinfachen

**GZ: 2. Frage: Wieso kann man Behördengänge in Bayern nicht vereinfachen?**

**Pannermayr:** Über das Bürgerservice-Portal werden bereits sehr viele Dienstleistungen angeboten, die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist allerdings noch überschaubar. Lösungen müssen plausibel, benutzerfreundlich und durchgängig sein. Auf dem Weg zu einer digitalen Verwaltung gibt es durchaus noch viel zu tun. **DK**

## Kommunen als Krisen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Corona wird Spuren in den Städten und Gemeinden hinterlassen. Nicht alle Geschäfte, Restaurants, Kneipen und Kulturbetriebe werden die Krise überstehen“, unterstrichen die DSt-GB-Repräsentanten.

Die Städte und Gemeinden würden alles daransetzen, Einzelhandel, Gastronomie und Kultur zu stärken, aber das werde nicht immer gelingen. „Wir brauchen nach Corona Konzepte, um Ortskerne und Innenstädte zu stärken und umzugestalten. Die Krise kann auch eine Chance sein. Wenn es gelingt, mehr Grün, mehr Aufenthaltsqualität und mehr Abwechslung in die Kommunen zu bekommen, können wir daraus gestärkt hervorgehen“, erklärten Spiegler und Landsberg.

### Langfristige Krise der Kommunalfinanzen

Auch wiesen sie darauf hin, dass die Corona-Pandemie eine langfristige Krise der Kommunalfinanzen ausgelöst habe. „Trotz der guten Entwicklung der Wirtschaft bis zum Herbst dieses Jahres haben wir weiterhin eine sehr schwere Finanzkrise. Auch wenn Hoffnung auf den baldigen Einsatz eines Impfstoffes besteht, liegt noch ein langer Weg der wirtschaftlichen Erholung vor uns.“ Es stehe zu erwarten, dass auch die Sozialausgaben weiter ansteigen. Dies mache die Situation noch einmal schwieriger. Zu befürchten sei, dass nicht mehr ausreichend Mittel für dringend notwendige kommunale Investitionen zur Verfügung stehen.

### Finanzielle Spielräume nötig

Laut Spiegler und Landsberg wird der wirtschaftliche Aufschwung maßgeblich von der Investitionskraft der Kommunen in Deutschland abhängen. „Die Kommunen müssen auch nach der Corona-Pandemie finanziellen Spielraum behalten. Wir brauchen einen zweiten kommunalen Rettungsschirm. Das bedeutet, dass die gemeindlichen Steuerausfälle zwingend auch in den kommenden Jahren kompensiert werden müssen. Die Verluste der Gemeinden bei der Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei den Gebüh-

ren und Entgelten müssen dabei berücksichtigt werden. Dafür benötigen Städte und Gemeinden langfristige Planungssicherheit sowie Erleichterungen bei Bürokratie und Vergaberecht.“

### Steuermindereinnahmen von rund 13 Milliarden Euro

Nach den Zahlen der November-Steuerschätzung müssen Bund, Länder und Kommunen in diesem Jahr 2020 mit 88 Milliarden Euro weniger auskommen, die kommunalen Steuermindereinnahmen liegen bei rund 13 Milliarden Euro.

Bis zum Jahr 2024 summieren sich die Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Vergleich zur Schätzung vor der Corona-Pandemie auf 50 Milliarden Euro. Die Gewerbesteuer (brutto) bricht im Vergleich zum Vorjahr um 12,4 Milliarden Euro ein. Auch beim Einkommensteueranteil verlieren die Gemeinden erhebliche Einnahmen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Verluste aus Entgelten und z. B. Eintrittsgeldern im kommunalen Bereich. Besorgniserregend ist auch der Anstieg der Sozialausgaben.

### Hoffnung auf massive Unterstützung durch Bund und Länder

„Ohne massive finanzielle Unterstützungsmaßnahmen von Ländern und Bund werden die Kommunen ihre Haushalte nur durch massive Kürzungen bei ihren Investitionen und freiwilligen Leistungen stabil halten können. Dies wäre wiederum Gift für die Konjunktur“, hob die Verbandsspitze hervor. Gegen diese Krise dürfe nicht angespart werden. Bürgerschaft und Wirtschaft dürften zurecht starke und handlungsfähige Kommunen erwarten. Auch in der Krise müsse sichergestellt werden, dass die Disparitäten zwischen finanzschwachen und -starken Kommunen nicht weiter zunehmen, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land sichergestellt werden. „Chancengerechtigkeit und Perspektiven muss es für alle Menschen geben, gleich in welcher Region sie leben“, so Spiegler und Landsberg abschließend. **DK**

# „STECKER REIN – VIREN RAUS.“ WOLF PROFI-LUFTREINIGER FÜR KITA, SCHULE, PRAXIS, RESTAURANT UND MEHR.“

Jetzt Menschen in Kita, Schule und gewerblichen Räumen schützen:  
Der neue WOLF Luftreiniger AirPurifier reinigt Raumluft (Abscheide-  
grad 99,995% / DIN EN 1822) durch HEPA-Hochleistungsfilter H14  
und Aktivkohle-Kombifilter schnell und effizient von Viren, Bakterien,  
Pollen, Staub und Gerüchen. Schnell und einfach aufgestellt.

Prüfen Sie bundesweite und bundeslandspezifische Förderprogramme!  
Für kleine und mittelständische Unternehmen förderfähig mit bis  
zu 90% aus der Überbrückungshilfe!

Mehr auf [wolf.eu/airpurifier](http://wolf.eu/airpurifier).



Professionell konstruiert: nach VDI 6022  
Flüsterleise: Schalldruckpegel\* 34 dB(A)  
im Normalbetrieb, 42 dB(A) im Boost-Modus  
Sichere Luftreinigung: bis zu 1.200m<sup>3</sup>/h  
mit 4- bis 6-facher Luftfilterrate  
Ideal: Ausblashöhe 2,3m - dadurch  
optimale Luftzirkulation dank Luftwalze  
Sorgenfreies Plug & Play: steckerfertig,  
Liefer- und Inbetriebnahmeservice

NEU!



# Wie Kommunen das Mobilitätsverhalten lenken können

Welche Entwicklungstrends bringt der motorisierte Individualverkehr hervor, wie beeinflusst Corona das Mobilitätsverhalten und wie kann die Politik die richtigen Rahmenbedingungen für Kommunen schaffen? Im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr des Bayerischen Landtags diskutierten acht Experten mit den Abgeordneten zum Thema „Zukunft des motorisierten Individualverkehrs“. Dabei wurde deutlich: Es mangelt nicht an Technologie, sondern an der strategischen Umsetzung von Mobilitätslösungen, die vor allem gemeindeübergreifend sein müssten.

Vor allem in Städten fehle ein ganzheitliches Konzept. Prof. Dr. rer. nat. Barbara Lenz, Leiterin des Instituts für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), forderte von der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ganzheitliche Konzepte entwickelt werden können, die gemeindeübergreifend funktionieren. Davon könnten sowohl Städte als auch angrenzende Kommunen profitieren. In dem Zusammenhang nannte sie das Beispiel „Park and Ride Parkplätze“.

„Städte haben kein Recht dazu, kommunales Geld auf dem Territorium anderer Gemeinden zu investieren – auch wenn es ihnen zugutekommt. Erst eine Gesetzesänderung könnte Städte dabei unterstützen, derartige Konzepte zu entwickeln, die auch den Pendlerverkehr berücksichtigen, der von außerhalb in die Städte kommt“, sagte Lenz. Wichtig sei dabei, stets miteinzubeziehen, wie sich Siedlungsräume hinsichtlich ihrer Struktur entwickeln.

## Alternativen bewusst machen

Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen können in diesem Zusammenhang das Nutzerverhalten positiv beeinflussen. Dazu zählen die sogenannten Push & Pull-Faktoren – Maßnahmen, die sowohl Regulierungen enthalten, wie ein geringeres Pkw-Parkplatzangebot, als auch Anreize die zum Umstieg auf den

ÖPNV anregen. Kerstin Hurek, Leiterin des Stabs Verkehrspolitik des ACE Auto Club Europa e.V., wies darauf hin, dass es für Kommunen auch von Vorteil sei, auf einen bewussteren Umgang mit dem Auto aufmerksam zu machen und den Blick auf Alternativen zu lenken. Aktuell sind knapp 47 Millionen Autos auf Deutschlands Straßen. Bis 2030 sollen zwischen sieben bis zehn Millionen Elektroautos zugelassen sein – was bedeute, dass in zehn Jahren voraussichtlich immer noch mehr als 37 Millionen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor unterwegs seien werden. „Dabei sind die Besatzzahlen im Individualverkehr mit einer durchschnittlichen Belegung von 1,1-1,2 Personen pro Auto extrem niedrig“, gab Hurek zu bedenken.

## ÖPNV als Rückgrat der Kommunen

Dabei sei der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen mit mehr als 50 Prozent besonders hoch, fügte Alexander Kreipl, Leiter der Abteilung Verkehr/Technik/Umwelt beim ADAC Südbayern e.V., an. Ein Rückgrat sei deshalb ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Rüdiger Pape, Abteilung Politik und Außenbeziehung der BMW Group, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig der Austausch mit den Bürgern sei. „Viele Menschen wollen

eigentlich gar nicht das Auto nutzen, doch sie haben keine attraktiven Alternativen. Da müssen wir konkret nachfragen, was eigentlich die Anforderungen sind und wie wir Rahmenbedingungen neu definieren können“, sagte Pape. Hier könnten Runden Tische in den Gemeinden helfen, mit den Bürgern in einen Diskurs zu gehen.

## Kooperation mit Stadt und Bahn

Dr. Brian Rampp, Leiter der Abteilung Politik der Audi AG, bezog sich auf den Aspekt der Nachhaltigkeit. „Wir stehen als Audi AG zum Klimaabkommen von Paris und investieren zwölf Milliarden Euro bis 2024 in die Elektromobilität. Das aber alleine reicht nicht. So kooperieren wir zum Beispiel mit städtischen Verkehrsbetrieben, um Pendler vom Auto auf die Schiene zu bringen“, sagte er. Entscheidend dabei seien drei Dinge: Taktfrequenz, Preis und Komfort des Bahnangebots. So wollen Fahrgäste einen Sitzplatz haben, um auch die Möglichkeit zu haben, zu arbeiten. Auch Dr. Kathrin Risom, Director der Abteilung Digital & Marketing bei SIXT, setzt auf Kooperationen zwischen Mobilitätsanbietern und Städten. „Um Kunden

## Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

# Weichen stellen, Chancen eröffnen

Im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wurden Änderungen des Gesetzentwurfes zur Beschleunigung von Investitionen beschlossen. Nach Auffassung von VDV-Präsident Ingo Wortmann sind mit der aktuellen Gesetzesinitiative der Bundesregierung und den wichtigen Änderungen der Koalitionsfraktionen in dieser Legislaturperiode weitreichende Neuregelungen für eine Beschleunigung von Bauvorhaben im Nah- und Eisenbahnverkehr festgeschrieben worden.

„Viele zentrale Punkte, die wir als VDV im Namen der Branche lange gefordert haben, sind jetzt im Gesetzentwurf enthalten. Das betrifft Änderungen im Allgemeinen Eisenbahngesetz, im Personenbeförderungsgesetz, im Raumordnungsgesetz und auch im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung“, betonte Wortmann.

## Bauvorhaben im ÖPNV

Hervorzuheben ist aus VDV-Sicht insbesondere die Ausweitung der neuen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben im ÖPNV. Wird beispielsweise in Zukunft eine bestehende Betriebsanlage für Straßenbahnen erneuert, bedarf das Bauvorhaben keiner weiteren planungsrechtlichen Genehmigung mehr. „Das klingt relativ simpel, ist aber ein wichtiger Schritt für schnelleres Bauen bei unseren Vorhaben. Und genau das benötigen wir, um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor durch mehr ÖPNV-Angebot zu erreichen“, so Wortmann. Die neuen Planungsvereinfachungen für PBefG-Verkehr gelten dabei auch für die weitere Digitalisierung und Automatisierung der Strecken, also für das Errichten von Masten und Telekommunikationsanlagen.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sind künftig beim Eisenbahn-Oberleitungsausbau auch damit verbundene bauliche Anpassungen von Tunneln, Brücken oder Bahnübergängen von der Plangenehmigung erfasst. Wortmann zufolge kann die weitere Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken damit schneller vorangetrieben werden. Auch dies sei wichtig für

attraktive Angebote wie Carsharing machen zu können, sind wir auf die Unterstützung der Politik angewiesen. Dazu zählen unter anderem Push & Pull-Faktoren“, forderte sie. In Großstädten sind zum Beispiel eine Kombination von Mobilitätsangeboten und klaren restriktiven Regelungen beim Pkw-Stellplatzangebot erfolgsversprechend.

## Ändert Corona das Mobilitätsverhalten?

Einig waren sich die Experten darin, dass verstärktes Homeoffice – wie unter der aktuellen Corona-Pandemie – nicht dazu führe, dass Autos weniger bewegt werden. Auch wenn Menschen seltener in die Arbeit pendeln, legen sie nahezu die gleiche Menge an Strecke pro Tag zurück und bevorzugen zudem das eigene Auto vor dem ÖPNV für die verbliebenen Fahrten zum Arbeitsplatz. Vor allem im ländlichen Raum werde das Auto weiterhin Fortbewegungsmittel Nummer eins bleiben, kündigte Hurek an. Unabhängig von der aktuellen Ausnahmesituation, sei jedoch das Mobilitätsverhalten der Menschen und nicht die Technologie entscheidend für die Zukunft des Individualverkehrs, prophezeite Lenz. „Es geht dabei nicht darum, Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern für das Auto zu schaffen, sondern jede Mobilitätsoption an den richtigen Platz zu setzen“, lautete das Fazit der Professorin. red



Bürgermeister Martin Heilig (Mitte) gemeinsam mit Vertretern des Umweltamtes, der WVV und des Kooperationspartners scouter bei der Einweihung der Mobilstation.

Bild: Christian Weiß

## Würzburg:

# Schnell und flexibel von einem Ort zum nächsten

In der Turmgasse ist in Zusammenarbeit mit der WVV und dem Carsharinganbieter Scouter eine neue Mobilstation eröffnet worden. Da diese Station vornehmlich für E-Fahrzeuge gedacht ist, befinden sich dort neben einem Carsharing-Auto von Scouter auch zwei öffentliche Ladepunkte für Elektroautos, die von allen Bürgern mit ihren eigenen Autos benutzt werden dürfen. Zusätzlich ist auch noch eine Fahrradverleihstation von Nextbike angesiedelt.

„Carsharing und Elektromobilität passen gut zusammen. Das sieht man an der neuen Mobilstation Turmgasse. Hier steht ein vollelektrisches Carsharing-Fahrzeug zum Verleih. Zudem gibt es zwei neue Ladepunkte für private Elektroautos, Fahrradabstellanlagen und eine Nextbike-Leihstation. Also ein bunter Strauß an attraktiven Angeboten der nachhaltigen Mobilität in unmittelbarer Nähe zur Straßenbahnhaltestelle Congress-Centrum“, sagt Baureferent Benjamin Schneider.

## Elektromobilität im Alltag erfahren

„Mit den weiteren Fahrzeugen am Sanderring, in der Marktgarage, am Hauger Kirchplatz und auf dem Hubland sind nun schon etwa 10 Prozent der Carsharing-Fahrzeuge in Würzburg elektrisch unterwegs und werden mit Ökostrom betankt. Damit können die Nutzerinnen und Nutzer Elektromobilität im Alltag einfach erfahren und das Plus für die Umwelt wird noch etwas größer. Carsharing an festen Stationen ist eine sinnvolle Ergänzung zu Fahrrad und ÖPNV und ermöglicht so eine umfassende Mobilität auch ohne eigenes Auto. Dass diese Angebote immer stärker angenommen werden, freut mich sehr“, ergänzt Klimabürgermeister Martin Heilig.

Die WVV beteiligte sich ebenfalls an dem Projekt und ist hat die Ladesäulen der Mobilstation errichtet und betreibt sie im Ladenetzwerk der WVV, dass nun 19 öffentliche Ladepunkte zählt. „Ökostrom an allen Würzburger

Ladestationen helfen der Elektromobilität einen wichtigen Beitrag zur Energiewende zu leisten“, so Vertriebsleiter Florian Doktorczyk von der WVV. An der Ladesäule kann sich jeder Fahrer mit einer Ladekarte leicht identifizieren. Die WVV begrüße das weitere Wachsen der Mobilstationen.

Die Mobilstation befindet sich in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Congress-Centrum und ist damit ein zentraler Verkehrsknotenpunkt für viele Bürgerinnen und Bürger. Diese besondere Lage soll eine Wegekette ermöglichen. Denn man kann die Mobilstation dank eines nahegelegenen ÖPNV-Anschlusses wie auch der Fahrradstation mit umweltschonenden Verkehrsmitteln an- aber von dort auch wieder umweltfreundlich abfahren.

## Kostengünstig ans Ziel

Carsharing ist eine sehr innovative Möglichkeit, mit der man einerseits die hohen Haltungskosten eines eigenen Fahrzeugs spart und kostengünstig an das Ziel kommt. Zudem fährt man nachhaltiger und vermeidet eine große Menge an Emissionsausstoß, die sich schädlich auf die Umwelt und das Klima auswirken würden. Als Bewohner in einem Stadtteil kann man in Erwägung ziehen sich nur anhand der Mobilstationen und des ÖPNVs fortzubewegen.

Zur Veranschaulichung: Im ersten Quartal 2020 haben schon rund 2.500 Menschen mit ca. 22.000 Fahrten dieses Transportmittel genutzt. □

setzt sich der Verband daher ausdrücklich für die Fortsetzung der Bundesförderung über das Jahr 2021 ein. Berends: „Auf Basis des bisher Erreichten ist jetzt entscheidend, die Richtlinie den aktuellen Entwicklungen anzupassen und zukunfts-fest zu machen. Hierzu zählt zum Beispiel die Aufnahme der künftigen Förderung von Ersatzinvestitionen sowie Abstellflächen, die für die flexible Organisation von Logistikketten immer wichtiger werden.“

Neben diesen konkreten Anpassungen sollten gemäß VDV-Papier zudem der formale Prozess der Antragsstellung und die Begleitung durch die zuständigen Genehmigungsbehörden, das Eisenbahn-Bundesamt und die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, einheitlich geregelt werden. Berends: „Die formalen Prozesse sind notwendig, können jedoch

an verschiedenen Stellen optimiert werden.“

## Weniger CO2-Emissionen

Wie Berends erläuterte, sei es in den vergangenen 22 Jahren gelungen, den Straßengüterverkehr um jährlich rund 28,4 Milliarden Tonnenkilometer zu vermindern und somit Klima und Umwelt um rund zwei Millionen Tonnen CO2-Emissionen zu entlasten. Darüber hinaus habe der Kombinierte Verkehr in der Covid-Krise seine Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dies gelte insbesondere für die Aufrechterhaltung internationaler Warenströme, die für die exportorientierte deutsche Wirtschaft existenziell sind, sich aber auch beim Import von Waren, beispielsweise im Einzelhandel, als robust gezeigt haben. DK

## Für München und Regensburg:

# BMU fördert 75 neue Elektrobusse

Das BMU fördert die Anschaffung von Elektrobussen in München und Regensburg mit rund 27,5 Millionen Euro. Sie haben entsprechende Förderbescheide erhalten.

Mit Hilfe der Fördermittel werden in den beiden Städten wesentliche Teile der Busflotte mit rein batterie-elektrischen Fahrzeugen ausgestattet. Damit steigt die Zahl der bundesweit durch das Bundesumweltministerium geförderten Elektrobusse auf 1.240. Zu Beginn des Förderprogramms im Jahr 2018 gab es in ganz Deutschland nur rund 100 solcher Busse.

Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold: „München und Regensburg zeigen vorbildlich, wie konkrete Maßnahmen ambitionierte Ziele verwirklichen. Die Verkehrsbetriebe elektrifizieren konsequent den ÖPNV und bringen ihre Städte in Sachen Klimaschutz voran. Denn Elektrobusse sind sauberer und deutlich leiser als herkömmliche Busse und damit gut für die Umwelt und die Lebensqualität in den Städten.“

Das BMU-Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr soll den Markthochlauf von Bussen mit Elektroantrieb unterstützen. Die Anschaffungskosten für ein solches Fahrzeug sind noch immer zwei- bis dreimal so hoch wie bei einem Dieselsbus. Die anteilige Finanzierung der Elektrobusse macht sie für Kommunen zu einer aussichtsreichen, ökologischen Alternative. Zentrales Kriterium der Förderung ist der nachgewiesene Einsatz erneuerbarer Energien beim Laden der Busbatterien. Bundesweit stellt das Bundesumweltministerium für die Elektrobuss-Förderung

620 Millionen Euro zur Verfügung. Aktuell werden Vorhaben in 48 Städten mit insgesamt rund 439 Millionen Euro gefördert. Größte Einzelprojekte sind die Vorhaben in Wiesbaden (120 Busse), Berlin (120), Köln (101) und Hamburg (96). Weitere Bewilligungen werden noch in diesem Jahr erteilt.

## Schadstofffreier Nahverkehr

Im Rahmen der Projekte werden in Regensburg 22 und in München 53 rein elektrisch betriebene Nahverkehrsbusse beschafft. München kommt damit seinem Ziel näher, bis 2030 eine vollständig elektrische Busflotte zu betreiben. In Regensburg sorgen die neuen Elektrobusse für einen leisen und schadstofffreien Nahverkehr in der Altstadt (UNESCO-Welterbe). Neben der Anschaffung der Busse fördert das BMU auch die notwendige Ladeinfrastruktur sowie weitere Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz der Fahrzeuge, wie notwendige Werkstatteinrichtungen oder Schulungen. Dabei werden bei den Fahrzeugen die gegenüber einem Dieselsbus entstehenden Mehrkosten mit bis zu 80 Prozent finanziert. Die übrigen Ausgaben werden mit bis zu 40 Prozent unterstützt.

Eine Übersicht über alle vom BMU geförderten Vorhaben in Deutschland sowie weiterführende Informationen zum Förderprogramm finden Sie auf unserer Website [www.bmu.de](http://www.bmu.de). □

Difu-Studie:

## Corona-Folgen im Stadtverkehr

Mit Reform- und Investitionsoffensive die Verkehrswende vollziehen

Kommunen können die Krisenerfahrung als Chance für die Verkehrswende nutzen. Dies geht aus einer Studie hervor, die der Thinktank Agora Verkehrswende gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erarbeitet hat. Untersucht wurden die Veränderungen im Stadtverkehr seit Beginn der Corona-Pandemie, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und der Handlungsbedarf bei Bund und Ländern.

Die Kooperationspartner rufen alle an der Verkehrswende Beteiligten auf, eine breit angelegte Reform- und Investitionsoffensive für nachhaltige Mobilität zu starten. Im Kern gehe es um die Neuaufteilung des öffentlichen Raums – mit mehr Platz für Fuß- und Radverkehr – und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Insbesondere innerörtlich konnten während der Corona-Krise viele auf das Zufußgehen und Radfahren wechseln. Besondere Aufmerksamkeit wird laut Studie der motorisierte überörtliche Verkehr bekommen, wenn viele aus dem Homeoffice wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Einen Vorgeschmack darauf habe das Ende der Schulferien mit dem Wiederbeginn des Schulbetriebs geliefert. Aufgrund der Abstandsregeln stünden die in vielen Regionen „vor Corona“ herrschenden Kapazitätsengpässe auf der Schiene einer „Normalisierung“ im Wege. Wenn die Verkehrsnachfrage wieder steigt, drohe der (zusätzlich) auf das Auto verlagerte Verkehr auf den Verbindungen mit dem Umland der Städte bereits kurzfristig zu mehr Staus zu führen, während Kapazitätserweiterungen im Regionalverkehr der Bahn erst mittel- und langfristig möglich sein werden.

### Denken in „Personenströmen“

Die stärkere Vernetzung von Stadt-Umland-Verkehren (Regionalbus, Regionalbahnen, öffentlichen Verkehrsmitteln des Stadtverkehrs) über kommunale Grenzen hinweg erfordert, so die Untersuchung, ein Denken in „Personenströmen“ und entsprechen de Angebotsentwicklungen für Pendelnde, aber auch für den Freizeitverkehr sowie eine interkommunal und regional integrierte Gestaltung von Siedlungen und Verkehr. Da die verschiedenen Verkehrsträger in unterschiedlichen Zuständigkeiten verankert sind, gelte es, die Zusammenarbeit durch die Etablierung gemeinsamer Gremien und integrierter Planungen, zum Beispiel in regionalen Nahverkehrs- und integrierten Verkehrsentwicklungsplänen („Sustainable Urban Mobility Plans“) zu verbessern.

Kapazitätserweiterungen im Bussystem seien eine Strategie, möglichst kurzfristig zu handeln, weil hier im Vergleich zum Schienenverkehr die Rahmenbedingungen für eine Betriebsaufnahme einfacher sind und ein Infrastrukturausbau nicht unbedingt erforderlich ist. Bei mehrstreifigen

Ein- und Ausfallstraßen aller Kategorien (einschließlich Autobahnen) sollten möglichst Busspuren freigehalten werden, so dass Busse nicht zusammen mit schwach besetzten Pkw im Stau stehen.

Bund und Länder müssten die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Finanz- und Personalressourcen in den Kommunen erhöht werden können und die Verkehrswende schneller vorankommt, heißt es weiter. Effektive Instrumente seien höhere Parkgebühren, Geschwindigkeitsbegrenzung und Verkehrsberuhigung. Bund und Länder sollten den Kommunen hier mehr Handlungsspielraum eröffnen und die rechtlichen Voraussetzungen anpassen, etwa durch Änderungen im Straßenverkehrsgesetz und in der Straßenverkehrsordnung.

### System effizienter steuern

Der Handlungsbedarf im öffentlichen Verkehr hat sich laut Studie durch die Folgen der Pandemie deutlich verschärft. Verkehrsunternehmen müssten mehr investieren, um Hygienekonzepte umzusetzen, bei weniger Fahrgästen und dadurch weniger Einnahmen. Hinzu komme der ohnehin angestrebte und notwendige Ausbau des Angebots. Neben den aktuellen Sonderförderprogrammen müssten Bund und Länder über den bislang schon geleisteten Eigenanteil der Kommunen hinaus auch langfristig für eine solide Kofinanzierung aus Steuermitteln sorgen. Digitalisierung könne dazu beitragen, das System effizienter zu steuern und Dienstleistungen zu kombinieren.

Eine positive Bilanz zieht die Studie für das Handeln der Kommunalverwaltungen in der Krise. Sie hätten an vielen Stellen schnell und entschlossen reagiert und Experimente gewagt, etwa bei der Einrichtung temporärer Radwege und Freischankflächen. Um darauf aufzubauen und die Verkehrswende langfristig schneller voranzubringen, müssten die Verwaltungen personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Neben zusätzlichen Mitteln aus Bund und Ländern sollten dafür auch Qualifizierungs- und Querinstanzprogramme aufgelegt werden. Schließlich müssten Bund und Länder klimaschädliche Anreize wie das Dienstwagenprivileg abbauen und die Finanzierungsmöglichkeiten erweitern, etwa bei der probeweisen Erhebung von Straßennutzungsgebühren oder von Abgaben für den ÖPNV. **DK**

Erlangen:

## Erste Fahrradstraße im neuen Gestaltungskonzept

Mitarbeiter des städtischen Bauhofs haben die erste Fahrradstraße im neuen und einheitlichen Stil in der Hugenottenstadt markiert und hergestellt. Dafür wurde das vergleichsweise kurze und übersichtliche Stück an der Wöhrmühle ausgewählt.

Auf Basis dieser Maßnahme sollen 2021 weitere Fahrradstraßen neu markiert und beschildert werden. Das hatte der Stadtrat im vergangenen Jahr beschlossen. Vorgegangen war eine Initiative des ADFC Erlangen zur

Aufwertung der Fahrradstraßen. Vorrangiges Ziel ist es, sie als wichtige Elemente im Radverkehrsnetz für alle Verkehrsteilnehmer besser erkennbar zu machen. „Die einheitliche und prägnante Gestaltung aller Fahrradstraßen soll den Wiedererkennungswert heben und zu einer guten Akzeptanz beitragen“ erläutert Baureferent Josef Weber das Konzept.

Bestandteile der Neuerung sind zum Beispiel rote Fahrbahnrandmarkierungen sowie Piktogramme in regelmäßigen Abständen. **□**



## MVV-Packerbüs erleichtert Weihnachtseinkäufe in der Münchner City

Für einen entspannten Weihnachtseinkauf im Einzelhandel vor Ort bietet der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) auch im herausfordernden Jahr 2020 seinen Fahrgästen an den vier Adventssamstagen die Möglichkeit, Tüten und Taschen kostenlos im MVV-Packerbüs zwischenzulagern. Zusätzliche Hygienevorkehrungen gewährleisten eine sichere Nutzung dieses Angebotes.

Der MVV-Packerbüs steht an allen vier Adventssamstagen, jeweils von 11.00 Uhr bis 20.00 Uhr vor dem Jagdmuseum in der Fußgängerzone, an der Ecke Kaufinger- und Augustinerstraße, bereit. Der Service ist für alle kostenlos, die ihre Fahrkarte von MVV, Oberbayernbus, DB, BRB oder ALEX vorzeigen. **Bild: MVV**

ADAC Expertenreihe:

## Verkehrsraum wird immer enger

In deutschen Städten und Gemeinden steht den wachsenden Verkehrsmengen ein knapper werdender Platz gegenüber. Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer konkurrieren untereinander um diesen begrenzten Verkehrsraum.

In der diesjährigen ADAC Expertenreihe ist der ADAC Nordbayern zusammen mit dem ADAC e.V., dem ADAC Südbayern und dem ADAC Württemberg sowie Fachexperten aus Verwaltung, Industrie und Wissenschaft der Frage nachgegangen, wie ein Mobilitätswandel gestaltet werden kann, der die Verkehrsinfrastruktur ebenso miteinschließt wie das Mobilitätsverhalten der Bürger.

„Bei der Neugestaltung städtischer Straßenräume muss in erster Linie dafür Sorge getragen werden, dass Mobilität erhalten bleibt und keine neuen Gefahren im Straßenverkehr entstehen“, stellte Thomas Dill, Vorstand für Verkehr, Technik und Umwelt beim ADAC Nordbayern klar. Die vortragenden Experten zeigten im Anschluss unter anderem auf, welche planerischen Ansätze es zur Auflösung von Flächenkonflikten gibt, wie diese sich auswirken und wie eine gesellschaftliche Akzeptanz für entsprechende Maßnahmen erzielt werden kann.

In den Fachvorträgen wurde deutlich, dass das Auto weiterhin eine wichtige Rolle spielt und Verkehrsraum benötigt. So besitzen 80 Prozent der Haushalte in Deutschland mindestens einen PKW, in Städten sind es jedoch nur 58 Prozent. In einer Großstadt wie Nürnberg ließ sich im Zeitverlauf beobachten, dass der innerstädtische KFZ-Verkehr zwar abnimmt und der Radverkehr zunimmt. Außerhalb des innerstädtischen Kernbereichs besteht jedoch gleichzeitig weiterhin ein ungebrochener Trend zum motorisierten Individualverkehr. Dass die wachsenden Verkehrsmengen zu Flächenkonflikten führen können wird aus einer Umfrage des ADAC deutlich:

So stimmt zum Beispiel nur jeder fünfte Verkehrsteilnehmer der Aussage zu „Das Verkehrsgeschehen in meiner Stadt ist heute von gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt.“ Autofahrende ärgern sich über Fahrradfahrende und umgekehrt. Zufußgehende ärgern sich wiederum über Fahrradfahrende, E-Scooter und parkende Autos.

Um diese Flächenkonflikte aufzulösen und verkehrliche Belastungen in Städten zu reduzieren, bestehen unterschiedliche Möglichkeiten. Denkbare Maßnahmen umfassen unter anderem die stärkere Vernetzung des

Mittelfranken:

## Schieneinfrastruktur ausbauen

CSU-Bezirksvorsitzender Herrmann setzt auf mehr öffentlichen Verkehr

„Die Mobilität im ländlichen Raum und in den Ballungsräumen stellt uns vor besondere Aufgaben“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann beim ersten virtuellen Bezirksparteitag seiner Partei. Gezielt hatte die CSU dabei den Blick auf den Ausbau der Schieneinfrastruktur in Mittelfranken gerichtet, „um attraktive Angebote für Bürgerinnen und Bürger sowie positive Effekte für die Umwelt zu erzielen“.

Auch wenn die Corona-Krise „unsere Gesellschaft gegenwärtig vor enorme Herausforderungen stellt“, dürften andere wichtige Themen nicht aus dem Blickfeld verloren gehen. In dem beschlossenen und vom Ansbacher Landrat Dr. Jürgen Ludwig, der stellvertretenden CSU-Bezirksvorsitzenden Cornelia Trinkl, dem JU-Bezirksvorsitzenden Konrad Körner und vor allen Dingen von Kommunalpolitikern mitinitiierten Leitantrag „Zukunft Schiene – Bahnprojekte in Mittelfranken“ werden zahlreiche Projekte genannt, die sich die CSU „ohne Anspruch auf Vollständigkeit“ vorrangig widmen will.

### Attraktives Mobilitätsangebot schaffen

„Wir setzen Mittelfranken auf richtige Gleis“: Unter dieser Überschrift sieht der Bezirksverband die Notwendigkeit eines forcierten zügigen Ausbaus der Infrastruktur für den Schienenverkehr im Großraum Nürnberg und in den ländlich strukturierten Regionen Mittelfrankens mit entsprechenden weiterführenden Anschlüssen. „Wir wollen ein modernes und attraktives Mobilitätsangebot schaffen, weil für eine starke Region die Mobilität und damit die Verkehrswege und deren Koordinierung von fundamentaler Bedeutung sind“, so Vorsitzender Herrmann. „Deshalb unterstützen wir eine Politik, die vermehrt auf öffentlichen Verkehr setzt.“

Gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Bayern will die CSU-Planungen und Ausbau hierzu im Raum Mittelfranken tatkräftig vorantreiben. „Wir begrüßen ausdrücklich die positiven Weichenstellungen seitens des Freistaates Bayern. Wir setzen uns dafür ein, dass die bereits in Planung befindlichen Projekte zügig umgesetzt und neue notwendige Maßnahmen

in Angriff genommen werden“, heißt es deshalb auch im Leitantrag, der besonders die Schwerpunkte in den verschiedenen Regionen und das „Ausbauprogramm S-Bahn-Nürnberg“ beleuchtet.

So sollen mit dem Ausbau der S-Bahn in der Metropolregion die angrenzenden Landkreise und Städte zielgerichtet angeschlossen werden. Gefordert wird auch „eine Beschleunigung des Verfahrens“ beim so genannten „Fürther Verschwenk“, es werden neue und insgesamt barrierefreie Haltepunkte ebenso genannt, wie Beschleunigungen und Elektrifizierung bei der zu reaktivierenden „Hesselbergbahn“ und der „Romantischen Schiene“ mit Anbindungen zum Beispiel auch nach Baden-Württemberg. Die CSU hält ferner eine Taktverdichtung auf der IC-Strecke Nürnberg-Stuttgart für wichtig und will, „dass ohnehin durch Ansbach fahrende ICE-Züge nach dem barrierefreien Umbau dort auch halten“, was besonders Landrat Dr. Jürgen Ludwig vehement einfordert.

Im Verlauf der virtuellen Diskussion ging es um die Tarifsystematik, um weitere Projekte in den Landkreisen Nürnberger Land und Roth sowie um den für notwendig erachteten Schienenanschluss der Industriestadt Herzogenaurach. Alt-Oberbürgermeister Professor Dr. Siegfried Balleis und der Wahlkreisabgeordnete und frühere Bundesminister Christian Schmidt fordern die Bayerische Staatsregierung dazu auf, „geeignete Bahnstrecken in Mittelfranken zu identifizieren, auf welchen die Einrichtung einer Wasserstoff-Traktion als Pilotprojekt sinnvoll und zeitnah umsetzbar erscheint“. Balleis und Schmidt könnten sich vorstellen, dass zum Beispiel die Zenngrundbahn oder die Gräfenberg-Bahn geeignet wären. **pmw**

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN  
LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL  
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

21. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

## Kreislaufwirtschaft und Deponietechnik

**Verwertung und Beseitigung: Diese beiden Säulen der abfallwirtschaftlichen Daseinsvorsorge bestimmten die diesjährigen Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg, veranstaltet vom Kumas-Umwelt Netzwerk gemeinsam mit den Kooperationspartnern AU Consult, Bayerisches Landesamt für Umwelt und bifa Umweltinstitut.**

Auf die wesentlichen Stellen schrauben bei der Erfassung verwertbarer Abfälle und den Paradigmenwechsel in der Berechnung von Recyclingquoten ging eingangs Dr. Andreas Jaron (Bundesumweltministerium) ein. Nicht mehr nur die getrennt erfasste Menge an Wertstoffen sei nun maßgeblich, sondern die tatsächlich wieder in den Stoffkreislauf zurückgebrachten Mengen. Nun müssten also Verluste im Recyclingprozess berücksichtigt werden und dies habe laut Daten des Umweltbundesamtes zur Folge, dass bei Verpackungen die Recyclingeffizienz auf nur noch 20 % sinke.

### Recyclingquoten

Insbesondere beim Recycling von Verkaufsverpackungen aus Kunststoff stelle sich aber mehr und mehr die Frage nach dem ökologischen Nutzen immer höherer Recyclingquoten, erklärte Jaron. Die Recyclingquote von lediglich 20 % der erfassten Menge lasse sich bei der Vielfalt der eingesetzten Stoffe wohl nur schwer steigern. Eine thermische Behandlung mit entsprechender, optimierter Nutzung des freigesetzten Energieinhalts könnte ggf. gesamtökologisch wohl besser bewertet werden als die Produktion min-

derwertiger Sekundärrohstoffe, für die aktuell kein Absatzmarkt bestehe. Der erhebliche Energieeinsatz für Sammlung, Sortierung und Verarbeitung könne vermieden und so auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

### Entsorgung gemischter Gewerbeabfälle

Otto Heinz, Vizepräsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) und Dr. Siegfried Kreibe, Mitgeschäftsführer des bifa Umweltinstituts, stellten die Studie zur „Entsorgung gemischter Gewerbeabfälle in Bayern“ vor. Wesentliches Ergebnis sei, dass in der Getrennthaltung und -erfassung von Gewerbeabfällen noch großes Potenzial steckt und sich die Recyclingquoten so steigern lassen. Dies führe in der Folge auch zu einer Entlastung der Anlagen für die thermische Behandlung. Als weiteres Potenzial wurde die bereits von Jaron geforderte strikte Trennung biogener Abfälle identifiziert.

Das Forschungsvorhaben „ProBio“ präsentierte Christian Letalik von der Gütegemeinschaft Kompost Region Bayern, München. Erstmals arbeiten hier Fachleute aus der Wissenschaft, der ökologischen Landwirtschaft, der Kom-

postbranche und der Meinungsforschung über mehrere Jahre eng zusammen, um neue Erkenntnisse über den Einsatz von gütegesichertem Kompost im Ökolandbau zu gewinnen. Ziel des Projekts ist, auf der Basis wissenschaftlich abgesicherter Daten über die Wirkung von Komposten auf Boden, Pflanze und Umwelt und damit deren Akzeptanz im Ökolandbau zu steigern.

### Kompostbranche im Visier

Da in dem höchst sensiblen Umfeld aus Nahrungsmittelproduktion (Landwirtschaft) und Verbraucher nur höchste Kompostqualitäten langfristig absetzbar sind, ist die Kompostbranche angehalten, diese bestmögliche Qualität auch bereitzustellen. Für eine optimierte Produktions- und Lieferkette einerseits und für die fachgerechte Anwendung im Ökolandbau andererseits sollen Leitfäden entwickelt werden, die bundesweit in der Kompostbranche und im ökologischen Landbau zum Einsatz kommen.

Der zweite Veranstaltungstag widmete sich traditionell der Deponie als weiterhin unverzichtbarem Bestandteil einer geordneten Abfallentsorgung. Dr. Peter Kersandt von avr – Andrea Versteyl Rechtsanwälte gab zunächst einen Überblicksvortrag zur Entwicklung des Deponierechts in der EU und im Bund. Insbesondere ging er auf die im Jahre 2020 geänderte Deponieverordnung (DepV) ein, die mit Wirkung zum 1. Januar 2024 ein

Deponierungsverbot für Abfälle, die vorbereitend zur Wiederverwendung oder zum Recycling getrennt gesammelt werden und für Abfälle, die einer Verwertung zugeführt werden können, umfasst. Das Deponierungsverbot habe jedoch dort seine Grenzen, wo es „keinen ausreichenden Markt zur Aufnahme des gesamten Aufkommens für die technisch gesehen grundsätzlich verwertbaren Abfälle gibt“, erläuterte Kersandt. Als Beispiele nannte er hierfür vor allem mineralische Abfälle mit einem mengenmäßig hohen Aufkommen.

### Optimierte Nutzung von Deponiestandorten

Die optimierte Nutzung bestehender Deponiestandorte erläuterte Xenia Mittermayr (AU Consult, Augsburg). Mit dem aus der technischen Anleitung Siedlungsabfall resultierenden Verbot der Ablagerung von Abfällen mit organischen Inhaltsstoffen ab 1. Juni 2005 seien die Ablagerungsmengen auf den bestehenden DK I- und DK II-Deponien stark zurückgegangen. Als Folge der geringen Ablagerungsmengen habe sich die Restlaufzeit der bestehenden Deponien erhöht und in den Folgejahren sei nur noch in geringem Umfang neuer Deponieraum benötigt worden.

Zwischenzeitlich ist der ursprünglich vorhandene Deponieraum laut Mittermayr weitgehend verbraucht, so dass vermehrte Aktivitäten zur Schaffung neuer Deponieraums festzustellen sind. Ein weiterer Grund für das Erfordernis neuen Deponieraums sei die Mantelverordnung bzw. die darin enthaltene Ersatzbaustoffverordnung. Es werde erwartet, dass nach Inkrafttreten der Verordnung größere Mengen an Abfällen, die aktuell noch zur Verfüllung von Gruben und Brüchen eingesetzt werden, in DK 0- bzw. DK I-Deponien deponiert werden müssen. Nachdem die Genehmigung neuer Standorte für Deponien in der Regel aufwändig ist und häufig gegen den Widerstand der Anlieger durchgesetzt werden muss, gewinne die optimierte Ausnutzung von bestehenden Deponiestandorten an Bedeutung.

### Deponie Burgau

Anhand von Praxisbeispielen aus der Planungstätigkeit von AU Consult verdeutlichte Mittermayr, dass bei vielen bestehenden Deponiestandorten ein erhebliches Potenzial für zusätzliches oder höherklassiges Deponievolumen besteht. Dies gelte unter anderem für die Deponie Burgau im Landkreis Günzburg (Hochstufung der Deponieklasse mit einer Zwischenabdichtung) ebenso wie für die Deponie Gosberg im Landkreis Forchheim (Einbettung eines neuen DK II-Bereichs in die bestehende Altdeponie).

Die Ertüchtigung der Deponie Gosberg ist aus Mittermayrs Sicht ein Beispiel dafür, dass durch die intelligente Kombination von – bei separater Ausführung kostenintensiven – Einzelmaßnahmen eine insgesamt wirtschaftliche Ausführung des Gesamtvorhabens erreicht werden kann.

Im vorliegenden Fall ergaben sich durch die Kombination der Ertüchtigung des Sickerwassererfassungssystems mit der Herstellung des neuen DK II-Abschnitts vielfältige Synergien, die zu erheblichen Kosteneinsparungen gegenüber der Einzelausführung führen. In Kombination mit der durchgeführten Optimierung der Deponieform sei davon auszugehen, dass sich die Baumaßnahmen für den Landkreis Forchheim mittelfristig zumindest kostenneutral darstellen werden. **DK**



Die Rechen schützen die Turbine und fangen Plastikmüll ab. Bild: LVBW/Otto Mitterfelner

### Entsorgung von Plastikmüll aus Gewässern:

## Wasserkraftanlagen leisten signifikanten Beitrag

**In Bayern entfernen Wasserkraftwerksbetreiber jedes Jahr zehntausende Tonnen Treibgut, Zivilisationsabfall und Plastik aus Bächen, Kanälen und Flüssen, so das Resümee der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten MicBin-Studie. In einem Teilprojekt untersuchten die Projektpartner speziell die Entsorgung von Plastikabfällen im bayerischen Donaueinzugsgebiet.**

Wasserkraftanlagen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Entsorgung von Plastikmüll aus Gewässern. Dies ist das Ergebnis einer Studie im Rahmen des Verbundprojektes „MicBin - Mikroplastik in Binnengewässern“. Sieben Partner aus der Wirtschaft und Forschung sowie von Behörden untersuchten den Eintrag und Verbleib von Plastik in Gewässern im Donaueinzugsgebiet.

Basierend auf unterschiedlichen Szenarien kommen sie zu dem Schluss, dass jedes Jahr bis zu rund 290 Tonnen Makroplastik von Betreibern von Wasserkraftanlagen aus Fließgewässern im bayerischen Donaueinzugsgebiet entsorgt werden. Der Großteil davon sind Verpackungsabfälle wie Kunststoffflaschen, aber auch Abfälle aus dem Agrarsektor wie Folien und Pflanzentöpfe sowie Baumüll wie Styropor werden entnommen und entsorgt.

### Austragung von Plastikmüll im bayerischen Donaueinzugsgebiet

Das MicBin-Verbundprojekt ist im Forschungsschwerpunkt „Plastik in der Umwelt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) angesiedelt. Im Zeitraum 2017 bis 2021 fördert das BMBF 18 Verbundprojekte und ein wissenschaftliches Begleitvorhaben, in denen die Wirkung von Kunststoffen auf die Umwelt erforscht wird.

Im Arbeitspaket 4.1 von MicBin (Untersuchung von Wasserkraftanlagen) wurde erstmals der Eintrag von Kunststoffpartikeln (Makro-, Meso- und Mikroplastik) für ein größeres Einzugsgebiet eines Binnengewässers bilanziert. Exemplarisches Untersuchungsobjekt ist das bayerische Donaueinzugsgebiet. Der Bericht zu diesem Arbeitspaket, der in diesem Jahr veröffentlicht wurde, fasst die Ergebnisse der Analyse von Kunststoffmengen zusammen, die an Staustufen und Wasserkraftwerken ausgetragen werden.

Das Untersuchungsgebiet des Bayerischen Donaueinzugsgebietes erstreckt sich über ein Gewässernetz von rund 19.000 Flusskilometern und Kanälen sowie 39 Seen. Die Donau ist das Hauptgewässer. Das Berechnungsmodell zur Kunststoffaustragung bezieht sich auf rund 3.300 von 4.200 Wasserkraftanlagen in Bayern.

### Umfangreiche Datensammlung

Für die Untersuchung wurden die Mengen erfasst, die in den Jahren 2014 bis 2017 in den Rechen von 66 großen Wasserkraftanlagen abgefangen wurden. Eigentli-

che Funktion der Gitterstäbe (Rechen) ist der Schutz der Turbinen. Weiterhin wurden mit Unterstützung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. zehn Betreiber von kleinen Wasserkraftanlagen befragt. Die VWB lieferte auch die Ergebnisse einer Umfrage zum entnommenen Zivilisationsmüll mit rund 180 Mitgliedern zu. Für die Studie fanden Vor-Ort-Besuche, Online-Befragungen, persönliche und telefonische Expertengespräche statt.

### Austragung und Entsorgung auf eigene Kosten

Die befragten Kraftwerksbetreiber tragen zunächst das in den Rechen angesammelte Gut aus. Anschließend sortieren sie den Abfall manuell und separieren nicht-biogene Stoffe wie Kunststoffe, Glas, Metall, Autoreifen und Sperrmüll. Danach entsorgen sie den Abfall getrennt nach Müllfraktionen: gelber Sack, Papier, Glas, Metall, Altholz und Restmüll. Die Kosten hierfür übernehmen die Anlagenbetreiber.

Die Projektpartner entwickelten drei Szenarien (Minimale Menge, Mittlere Menge, Maximale Menge) für die Menge des ausgetragenen Plastikmülls pro Jahr. Die Austragsmengen von Makroplastik im bayerischen Donaueinzugsgebiet liegen zwischen ca. 80 und 290 Tonnen (= 290.000 Kilogramm) pro Jahr. Darin enthalten sind Abfälle aus Gewässern in Baden-Württemberg, die in die Donau eingeleitet und nach Bayern weitergeleitet werden.

In Szenario C mit der höchsten Austragsmenge werden jedes Jahr rund 348 Tonnen Makroplastik in die Gewässer im Donaueinzugsgebiet eingetragen. Von diesen entfernen und entsorgen Wasserkraftwerksbetreiber rund 293 Tonnen (84 Prozent). „55 Tonnen (16 Prozent) verbleiben laut Studie leider trotzdem noch in den Gewässern, zum Beispiel am Ufer“, sagt Otto Mitterfelner, Mitglied des Vorstands des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG.

Michael Müller, Vorstandsmitglied der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V., fasst zusammen: „Neben der CO2-freien Energieerzeugung, der Grundwasserstabilisierung und dem Hochwasserschutz ist die Austragung von Wohlstandsmüll eine weitere wichtige Funktion der Wasserkraft. Der Allgemeinheit werden so hohe Kosten erspart und der Zustand der Gewässer wird verbessert.“

Die Koordination des Projekts liegt beim DVGW-Technologiezentrum Wasser in Karlsruhe. **□**

„Einmal ohne, bitte“ im Landkreis Pfaffenhofen gestartet:

## Pack die Mehrwegbox ein!

**Mit Müll ist jeder von uns tagtäglich persönlich konfrontiert. Im Gegensatz zu CO2-Emissionen ist er sichtbar und meist relativ einfach zu vermeiden. Trotzdem steigt das Siedlungsabfallaufkommen pro Kopf kontinuierlich an. Das Bundesumweltamt meldet ein Hoch von 107,7 kg Verpackungsabfall pro Kopf für 2018. Damit ist Deutschland trauriger Europameister.**

„Diesem Trend möchten und müssen wir gezielt entgegenwirken. Umwelt- und klimaschonendes Einkaufen soll sich im gesamten Landkreis Pfaffenhofen a.d. l. m. etablieren“, so Landrat Albert Gürtner. Den mittlerweile fast schon obligatorischen Stoffbeutel hätten die meisten Konsumenten dabei. „Doch wie wäre es, künftig mal einen Schritt weiter zu gehen und beim Einkauf von beispielsweise Backwaren, Käse, Wurst und Fleisch oder anderen Lebensmitteln diese in ein mitgebrachtes Behältnis füllen zu las-

sen?“, so Doris Rottler vom Fachbereich Energie und Klimaschutz am Landratsamt Pfaffenhofen.

### Problemloses Befüllen

Damit das verpackungsfreie Einkaufen möglichst einfach und ohne schiefe Blicke machbar ist, hat Doris Rottler Kontakt zum Münchner Verein rehab republic e.V. aufgenommen. Dieser hat die Kampagne „Einmal ohne, bitte“ entwickelt: Bunte Aufkleber an Schaufenstern oder Theken signalisieren, dass die Ware pro-

blemlos direkt in die mitgebrachten Behältnisse gefüllt wird. So soll das verpackungsfreie Einkaufen für Kundinnen und Kunden leichter gemacht werden.

Zusätzlich werden die teilnehmenden Läden in eine bundesweite Online-Karte unter [www.einmalohnebitte.de](http://www.einmalohnebitte.de) aufgenommen, wo sich Verbraucherinnen und Verbraucher schon vor ihrem lokalen Einkauf informieren können. Teilnehmende Unternehmen erhalten ein Merkblatt, worauf die Verkäuferinnen und Verkäufer im Umgang mit kundeneigenen Behältnissen hinsichtlich der Lebensmittelhygiene achten müssen.

Doris Rottler: „Letzten Endes liegt die Entscheidung beim Verkaufspersonal: Erscheint eine Tupperdose oder die Lunchbox nicht sauber oder unbeschädigt, kann die Befüllung abgelehnt werden.“

### Erfahrungswerte

Seit Ende Oktober machen das Kommunalunternehmen Strukturentwicklung (KUS) und das Landratsamt Läden und Gastronomen gezielt auf die Kampagne aufmerksam. Der Anfang wurde gemacht: Von Metzgereien über Bäcker bis hin zu Direktvermarktern und natürlich den Unverpackt-Läden konnten bereits einige Händler und Gastronomen für die Kampagne gewonnen werden. „Gerade einigen Anbietern von Take-Away-Mittagessen ist die Ausgabe von Mittagessen in Styroporpackungen ein Graus, die springen gerne auf die Kampagne auf“, berichtet Doris Rottler von ihren Erfahrungen. Weitere Läden und Gastronomen, die ganz oder teilweise unverpacktes Einkaufen ermöglichen, werden jederzeit gerne mit aufgenommen. **□**

### Innovationspreis Bayern:

## Sonderpreis für Mehrweg-Kaffeekapsel aus Lichtenfels

**Die Müller Mechanik GmbH & Co. KG, Lichtenfels, ist mit dem Sonderpreis der Jury beim Bayerischen Innovationspreis 2020 ausgezeichnet worden. Der oberfränkische Betrieb mit drei Mitarbeitern entwickelte die wiederverwendbare Mehrweg-Kaffeekapsel capseco, die etwa 150 Mal wiederverwendet werden kann.**

capseco ist die umweltbewusste und smarte Alternative zu Einweg-Kaffeekapseln. Durch die Kombination der flexiblen Kapsel mit einem speziellen Filtereinsatz ist das patentierte Kapselsystem einzigartig. Wer umweltbewusst Kaffee zubereiten möchte, füllt seine gemahlene Liebessorte in die wiederbefüllbare Kapsel und genießt alle Vorteile von Kaffee auf Knopfdruck – aber mit gutem Gewissen.

Dank des flexiblen, isolierenden Materials ist die recycelbare Kapsel kinderleicht in der Handhabung und sehr robust. Das Material, das zum Beispiel auch häufig für Babyschnuller verwendet wird, ist silikon- und latexfrei und enthält weder Weichmacher noch Bisphenol A.

Zudem schont capseco nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel, denn eine Tasse Kaffee kostet im Vergleich nur einen Bruchteil. **DK**



# Statusbericht der Deutschen Kreislaufwirtschaft 2020

**Aktuelle Leistungen, die wirtschaftliche Bedeutung und die künftigen Herausforderungen der Kreislaufwirtschaft durch den Klima- und Ressourcenschutz stehen im Mittelpunkt des „Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft 2020“. Darin informieren insgesamt 15 Verbände, Vereine und Unternehmen quer durch alle Werkstoffe und Abfallfraktionen.**

Seit der ersten Veröffentlichung des Statusberichtes im Jahr 2018 haben wichtige Entwicklungen ihren Anfang genommen. Dies gilt zunächst für die Corona-Krise, die nicht nur die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Branche, sondern auch ihre Systemrelevanz für die Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unter Beweis gestellt hat. Das Ansehen der Branche und vor allem der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist seit Anfang des Jahres 2020 in der Bevölkerung deutlich gestiegen.

„Kreislaufwirtschaft fängt nicht beim Abfall an, sondern beim Produktdesign. Nur recyclingfähige Produkte können im Kreislauf geführt werden. Die Produkte wiederum sollten aus recyceltem Material hergestellt und von öffentlicher Hand, Gewerbe, Industrie und Privatkonsumenten nachgefragt werden“, machte Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, deutlich. Von diesem Ziel sei man leider noch ein ganzes Stück entfernt.

„Was nützt Recycling, wenn die Recyclingprodukte nicht eingesetzt werden?“, fragte Rehbock. Aus seiner Sicht fehlt nach wie vor der Wille, das Ruder herumzulenken. Machbar wäre dies, denn allein Bund, Länder und Kommunen verfügen über ein direktes Beschaffungsvolumen von jährlich mehr als 122 Milliarden Euro. „Sie haben es in der Hand der Kreislaufwirtschaft den entscheidenden Impuls zu geben und aus Worten endlich Taten werden zu lassen.“

Zu einem richtigen Verständnis von Kreislaufwirtschaft gehöre auch zu erkennen, dass der weltweite Handel mit aus Abfällen gewonnenen Sekundärrohstoffen sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch sinnvoll ist. „Wir haben beispielsweise in Deutschland ein gut funktionierendes Erfassungssystem für alle wichtigen Sekundärrohstoffe, wie beispielsweise Fe- und NE-Metallschrotte oder auch Altpapier. Es wird dabei mehr gesammelt als in Deutsch-

land oder der Europäischen Union wiedereingesetzt werden kann. Da ist es gut und richtig, dass diese Sekundärrohstoffe dorthin exportiert werden, wo sie benötigt werden“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer. Genauso richtig sei es aber auch zu verhindern, dass Müll aus Deutschland an den heimischen Aufbereitungsanlagen vorbei irgendwo billig im Ausland verklappt wird.

## Kommunale Abfallgebühren

Laut Studie ist der Leistungsumfang der Kreislaufwirtschaft durch die hohen Standards für die Behandlung der Abfälle und die Kreislaufführung der Rohstoffe sehr umfangreich. In Anbetracht des hohen Aufwandes liegen die durchschnittlichen Kosten der privaten Haushalte für die Abfallentsorgung mit etwa 70 bis 120 Euro je Einwohner und Jahr wohl deutlich unter dem, was die Bürgerinnen und Bürger vermuten würden: Nach Umfragen des INFA werden die kommunalen Abfallgebühren von den Bürgerinnen und Bürgern bis zu 5 mal so hoch eingeschätzt, wie sie in den jeweiligen Kommunen tatsächlich anfallen.

Die kommunalen Abfallgebühren decken die Kosten für die Sammlung, den Transport und die umweltgerechte Entsorgung insbesondere der Restabfälle, des Sperrmülls sowie der Verwertung von Bioabfällen und Papier. Die Kosten für die Verwertung von Verpackungsabfällen (gelber Sack bzw. Behälter) werden über Lizenzentgelte gedeckt, die vom Hersteller für jede einzelne Verpackung an die Dualen Systeme zu entrichten sind und die die Verbraucher bereits beim Kauf des Produktes/der Verpackung bezahlen. Zusätzlich zu den Abfallgebühren entstehen den Bürgerinnen und Bürgern weitere Kosten von rund 14,90 Euro pro Jahr bzw. rund 1,24 Euro pro Monat und Einwohner. Die durchschnittliche Monatsbelastung teilt sich wiederum auf in Beträge für die Verwertung von Glas in Höhe von 7 Cent, die Verwertung von Papier, Pappe, Karton (PPK) in Hö-

he von 27 Cent und von Leichtverpackungen (LVP) in Höhe von 90 Cent.

Kritisch beobachtet der bvse, dass die Recyclat-Nachfrage deutlich eingebrochen ist. Der Grund hierfür sei banal: Die Kunststoffverarbeitende Industrie setzt wieder verstärkt auf Neuware, weil diese inzwischen konkurrenzlos günstig zu haben ist. „Wir brauchen ein Level Playing Field, das Recyclaten und damit dem Kunststoffrecycling als wichtigem Part im Um- und Ausbau einer Kreislaufwirtschaft eine faire Chance gibt. Der klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bleibt bei der Preisbildung bislang nämlich völlig außen vor. Dies muss sich dringend ändern. Klimaschutz und Recycling müssen gleichermaßen gestärkt werden. Wenn mehr Recyclate und weniger Kunststoffneuware eingesetzt werden, reduzieren sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden“, lautet daher die bvse-Forderung.

## Klimaschutzpotenziale

Nach Ansicht von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp macht der veröffentlichte Statusbericht deutlich, wie wichtig es ist, die Klimaschutzpotenziale der Kreislaufwirtschaft mehr in den Fokus zu rücken. Das bisher Erreichte sei eindrucksvoll: Die Emissionen im Sektor Abfallwirtschaft sind seit 1990 von 38 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>eq um 75 Prozent auf knapp 10 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>eq im Jahr 2018 gesunken. Wesentliche Ursache dafür ist die Schließung von Deponien für die Ablagerung unvorbehandelter Siedlungsabfälle im Jahr 2005 und ihre sukzessive Abdichtung gegen Methanemissionen. Dies sei dem Engagement der kommunalen Unternehmen zu verdanken.

## Stoppt das Müll-Debakel in den Altkleidercontainern!

**Die bvse-Alttextilstudie, die in diesem Jahr veröffentlicht wurde, zeigt eine deutliche Zunahme der tatsächlichen Sammelmengen von Alttextilien in den letzten Jahren. Von rund 1 Million Tonnen im Jahr 2013 um 300.000 Tonnen auf rund 1,3 Millionen Tonnen Alttextilien. Eigentlich eine gute Nachricht.**

Leider ergab die Studie aber auch einen hohen Schad- und Störstoffanteil in der Textilsammlung von rund 11 % der Gesamtmenge. Aktuell stellen die Altkleidersammler zudem fest, dass die Vermüllung der Altkleidercontainer seit Beginn der Corona-Pandemie noch einmal sprunghaft angestiegen ist.

Neben der Kleiderflut findet immer mehr textilfremder Müll den Weg in die Altkleidercontainer. Der Müll verschmutzt die gut erhaltenen Kleidungsstücke und macht sie für die weitere Verwendung, sowohl im Second-Handbereich als auch für das Recycling, unbrauchbar.

Für die privatwirtschaftlich und karitativ tätigen Unternehmen und Organisationen bedeutet der damit einhergehende Verlust wertvoller Alttextilien sowie die zusätzliche Belastung durch hohe Kosten für die Entsorgung des Restmülls einen enormen und existenzbedrohenden wirtschaftlichen Schaden.

Neben dem gegenüber dem Jahr 2015 verdoppelten Beseitigungsanteil nicht mehr recycelbarer Textilien sind auch die Beseitigungskosten in den Müllverbrennungsanlagen rasant gestiegen. In der Folge werden

Der Blick in andere EU-Staaten zeige, dass noch zu viele Abfälle zu Lasten des Klimas ungenutzt deponieren. Erst bis 2030 soll dieser Umgang mit Abfällen beendet werden. „Das ist bedauerlich, denn die Beendigung der Deponierung ist eine vergleichsweise kostengünstige Form des Klimaschutzes“, erklärte Hasenkamp.

Seit einigen Jahren beschleunigt sich ein Trend, der sich ebenfalls positiv auf die Klimabilanz der Branche auswirkt. Kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe leisteten oft in Kooperation mit anderen Unternehmen einen zunehmenden Beitrag zur dezentralen Energieerzeugung und -versorgung sowie zur Sektorenkopplung: Sie übernehmen laut Hasenkamp die Versorgung von Industriestandorten mit Strom und Dampf, versorgen Bürgerinnen und Bürger mit Fernwärme, betanken Fahrzeuge mit aus Bioabfällen erzeugtem Biogas, wandeln Energie in speicherbaren Wasserstoff um oder nutzen Sonnen- und Windkraft auf abfallwirtschaftlich geprägten Flächen. „Damit trägt die Fernwärmeversorgung aus der Abwärme der Abfallverbrennung konkret zum Kohleausstieg bei.“

Besonderes Augenmerk der kommunalen Entsorger liege auf den Bioabfällen: 2017 wurden mehr als 10 Millionen Tonnen unter Regie der kommunalen Abfallwirtschaft getrennt gesammelt. Das war etwa ein Drittel mehr als noch im Jahr 2005. Die Bioabfälle werden zu Biogas und Komposten verwertet. Die Kompostierung bindet mehr als 30 Kilogramm CO<sub>2</sub>eq pro Tonne auf dem Acker, insgesamt also rund 300.000 Tonnen pro Jahr.

Hasenkamp zufolge sind die Potenziale der Bioabfallersorgung auch in Deutschland noch nicht vollständig genutzt. Zudem beeinträchtigt der hohe Anteil an Plastiktüten aus sogenanntem Bioplastik in der Biotonne die Qualität des erzeugten Komposts. Die kommunalen Entsorger werben daher in zahlreichen Kampagnen dafür, Abfälle konsequent und sauber getrennt zu sammeln. „Unsere Botschaft: ‚Wer seinen Müll sauber trennt, betreibt aktiven Klimaschutz!‘“ DK

## Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“

**Noch bis zum 31. Dezember 2020 haben kommunale Wertstoffhöfe die Möglichkeit, sich am Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zu beteiligen. Der Wettbewerb wurde in diesem Jahr erstmalig ausgeschrieben und richtet sich an Wertstoffhöfe, die mit innovativen Konzepten einen herausragenden Beitrag zum Umweltschutz leisten.** Bei der Beurteilung der Bewerbungen spielen ein guter Service, ein gutes Informationsangebot sowie die Umsetzung der Abfallhierarchie eine entscheidende Rolle. Moderne Wertstoffhöfe sollten als einladende, serviceorientierte und informative Orte der Kreislaufwirtschaft ausgestaltet werden. Auch umfassende Informationsangebote für Bürgerinnen und Bürger zu den Themen Abfallvermeidung, einer korrekten Abfalltrennung und dem Umgang mit Problemstoffen sind wichtig. Entsprechend der europäischen Abfallhierarchie sollten auch Wiederverwendungsangebote gefördert werden.

**DUH-Projektseite zum kommunalen Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“ und den Ausschreibungsunterlagen:** <https://www.duh.de/projekte/wertstoffhoefe/wettbewerb> □

## „Unsere Öko-Modellregion hat enormes Potenzial“

**Die Öko-Modellregion ‚Region Regensburg‘ ist eine von 27 Öko-Modellregionen in Bayern. Mit ‚Nürnberg, Nürnberger Land, Roth, Oberallgäu Kempten‘, ‚Amberg-Sulzbach und Stadt Amberg‘ sowie ‚Stadt.Land.Augsburg‘ teilt sich die ‚Region Regensburg‘ das Alleinstellungsmerkmal: Stadt und Land in einem Öko-Modellregion-Verband. „Unsere Öko-Modellregion hat enormes Potenzial“, bekräftigt Matthias Sabatier, einer der drei Projektmanager der Öko-Modellregion ‚Region Regensburg‘.**

Der Geograf und Landwirt, der seit 1. Oktober 2020 von Monika Ernst unterstützt wird, kennt die Stärken des Landkreises Regensburg mit seinen gut 2.000 Landwirten, davon mehr als 200 Bio-Bauern, während Elke Oelkers, die die Öko-Modellregion seitens der Stadt Regensburg koordiniert, ein gutes Gespür für das Potential der städtischen Strukturen und die Bedürfnisse der gut 150.000 Stadtbewohnerinnen und -bewohner hat. Die zentrale Aufgabe der Troika ist nun, über Stadt und Land ein engmaschiges Netz aus „Regional“, „Bio“ und „Bio-regional“ zu legen.

## Von „maximalen Individuen“ und Öko-Modellpionieren

„Think Big – Think Bio!“ – wenn es so einfach wäre, würden ein paar Netzwerktreffen und eine ‚Bio-Regional-Strategie‘ reichen. Aber so einfach ist es nicht, die Kernziele einer Öko-Modellregion zu verfolgen, die da wären:

- Steigerung der Öko-Anbaufläche
- Verbindung von Regionalität und ökologischer Erzeugung
- Erschließung vorhandener Potenziale sowie Belebung und/oder Aufbau von Strukturen mit engagierten Akteurinnen und Akteuren.

Hierfür braucht es ein Heer von „maximalen Individuen“, die die Themen „Bio“, „Regional“ und „Bio-regional“ vorantreiben. Eine dieser „maximalen Individuen“, wie Sabatier die Öko-Modellpioniere nennt, ist Melanie Ebner. Mit ihrem Mann und sechs Mitarbeiterinnen betreibt die Diätetisch geschulte Köchin in Wenzelbach ein Catering-Unternehmen, zugleich kocht sie täglich für mehrere Dutzend Schülerinnen und Schüler der Grundschule der Vielfalt und Toleranz in der Isarstraße in Regensburg zu 100 Prozent biologische Mahlzeiten.

„Bio-regional ist nicht immer einfach“, sagt Melanie Ebner. Die Strukturen sind (noch) nicht so ausgebaut, dass man zum Beispiel in einer hiesigen Großküche ausschließlich Bio-Produkte aus der Region verarbeiten könnte. Ein Beispiel: „Wenn man für 200 Kinder kochen muss, der Bauer aus der Region aber gerade nur für 100 Essen Rote Beete liefern kann, dann wird es eng“, erklärt Ebner. Wenn sie ausschließlich bio-regionale Mahlzeiten anbieten wollte, würde sie statt in der Küche am Telefon stehen, um die Bio-Bauern in der Region nach den benötigten Mengen Obst, Gemüse, Getreide, Fleisch, Eier, Nudeln et cetera abzuklap-

pern. Zeit zum Kochen bliebe keine mehr.

Eine Entscheidung musste her und die fiel auf 100 Prozent Bio. „Vorerst“, denn Melanie Ebner würde 100 Prozent Bio aus der Region begrüßen. Vielleicht gelingt ihr 2030 die komplette Umstellung auf „bio-regional“, denn die bayerische Staatsregierung hat sich im Landesprogramm „BioRegio Bayern 2030“ zum Ziel gesetzt, die Öko-Anbaufläche bis zum Jahr 2030 auf 30 Prozent auszudehnen.

Das Potenzial von Stadt und Landkreis Regensburg in puncto „Bio-regional“ ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Ein vielversprechender Ansatz ist das Stichwort ‚Gemeinschaftsverpflegung‘. Per definitionem bedeutet Gemeinschaftsverpflegung die regelmäßige Verpflegung von Menschen in Betrieben, im Außer-Haus-Markt und in Gesundheitseinrichtungen. Klassische Beispiele sind Mensen, Kantinen, Großküchen in Krankenhäusern. Um das Thema in Stadt und Landkreis stärker zu platzieren, planen Sabatier, Ernst und Oelkers noch in diesem Jahr einen Workshop für interessierte Caterer und Kantinen in Schulen und Kindergärten. Dabei sollen Fragen rund um die Beschaffung, Kalkulation und Speiseplan-Umgestaltung behandelt werden. „Durch den Ausbau beziehungsweise die Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf Bio könnten wir den Hebel umlegen“, sind sich die Öko-Modellregion-Manager einig. Was bedeutet das konkret? „Höhere Preise und eine komplette Speiseplan-Umstellung“, erläutert Matthias Sabatier. Das Wichtigste ist jedoch eine Bewusstseinsänderung innerhalb der Bevölkerung – egal ob Stadt oder Land.

## Weitere Öko-Modellpioniere willkommen

Was also braucht es, um dem Label Öko-Modellregion ‚Region Regensburg‘ gerecht zu werden? Matthias Sabatier, Monika Ernst und Elke Oelkers formulieren ihre Ziele wie folgt: Weitere Bio-Caterer, mehr bio-regionale Gemeinschaftsverpflegung, eine Bewusstseinsänderung innerhalb der Bevölkerung hin zu mehr Regionalität und Bio-Produkten, sowie eine bessere Vernetzung der Akteurinnen und Akteure untereinander, auch Öko-Modellregion-übergreifend, um den Aufbau (regionaler Bio-)Wertschöpfungsketten, sprich Erzeuger-Verarbeiter-Verbraucher-Ketten, weiter voranzutreiben. □

## Umweltminister Glauber:

## Bayerische Behörden sollen klimaneutral einkaufen

**Ein neuer Leitfaden unterstützt Bayerns Behörden dabei, beim Einkaufen auf klimafreundliche und ressourcenschonende Waren und Dienstleistungen zurückzugreifen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Veröffentlichung in München: „Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir haben ein klares Ziel: Der Freistaat soll bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Auf diesem Weg wollen wir alle Akteure der öffentlichen Hand mitnehmen und sie bestmöglich unterstützen. Der Leitfaden zeigt, wie öffentliche Auftraggeber gezielt umwelt- und klimafreundliche Waren einkaufen können.“**

Behörden sind Glauber zufolge große Auftraggeber: „Sie kaufen Bürobedarf, Technik und Verpflegung ein und vergeben viele Aufträge. Unser neuer Leitfaden ist ein praktischer Wegweiser, wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei Einkauf, Anschaffungen sowie im täglichen Verwaltungshandeln zur Richtschnur werden können. Ein Beispiel ist der Verzicht auf Einwegplastik. Mit dem Ratgeber setzen wir einen weiteren Baustein der Bayerischen Klimaschutzoffensive um und stärken die Vorbildfunktion unserer bayerischen Verwaltung.“

Bund, Länder und Kommunen in Deutschland beschaffen jährlich Waren und Dienstleistungen

im Wert von über 350 Milliarden Euro. Diese reichen von Bürobedarf und Computern über Textilien bis hin zu Reinigungs- oder Verpflegungsdienstleistungen.

Der Leitfaden, den das Bayerische Landesamt für Umwelt im Auftrag des Umweltministeriums entwickelt hat, stellt Informationen zu verschiedenen Produktgruppen und passende Ausschreibungskriterien zur Verfügung und gibt Tipps und Hilfestellungen zur praktischen Umsetzung. Dabei orientiert sich der Leitfaden an den einzelnen Phasen des Vergabeverfahrens. Die Behörden können so noch zielgerichteter zum Klima- und Ressourcenschutz beitragen. □

Bayerischer Heilbädertag:

## BHV fordert Rettungsfonds

Der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) sieht auf seine Mitglieder am Ende des Corona-Jahres existenzielle Nöte zukommen. Die beiden Lockdowns hätten für die Heilbäder und Kurorte dramatische finanzielle Folgen, erklärte Vorsitzender Alois Brundobler beim virtuellen Bayerischen Heilbädertag. In einem Brief an Ministerpräsident Markus Söder fordert der BHV einen Rettungsfonds.

„Allein bei den Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen haben wir bisher ein Minus von mindestens 10,4 Millionen Euro. Da sind die Folgen des zweiten Lockdowns noch gar nicht mit eingerechnet“, erläuterte Brundobler. Heilbäder und Kurorte seien dringend auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen. Mit einer Brutto-Wertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro und 100.000 Arbeitsplätzen im ländlichen Raum seien sie ein starker Pfeiler in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus.

In den vergangenen Jahren hätten die Mitglieder kräftig investiert. Die Abzahlung der Kredite werde lange dauern, so

Brundobler, der vor einer Zahlungsunfähigkeit warnte. Dies wäre nicht nur für das Gesundheitswesen, sondern auch für den Tourismus verhängnisvoll.

Der BHV-Vorsitzende verwies darauf, dass Kurorte im Vergleich zu anderen Kommunen hohe Ausgaben für den Unterhalt von Kurparks, Kurorchestern und Thermen hätten, was laut Gemeindeordnung freiwillige Leistungen seien. Bad Füssing beispielsweise müsste nun einen Kredit aufnehmen, um diese Kosten zu finanzieren. Dies sei jedoch nicht möglich, weil auf freiwillige Leistungen keine Kredite aufgenommen werden dürfen. Die Bedarfszuwei-

sung im Kommunalen Finanzausgleich werde auch nur für Kosten gewährt, die Pflichtleistungen betreffen.

### Für langfristige Strategie nach Corona

Brundobler forderte die Bundesregierung und die Staatsregierung auf, eine langfristige Strategie für die Zeit nach Corona zu erarbeiten. „Es müsste ein Anliegen der Politik und der Krankenkassen sein, dass die Strukturen im Gesundheitswesen, für das Deutschland international anerkannt ist, erhalten bleiben. Dazu gehören auch und besonders die Heilbäder und Kurorte. Die Prävention muss in Zukunft eine herausragende Rolle in der Gesundheitspolitik spielen.“

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zufolge ist Bayern Deutschlands beliebtestes Ge-

sundheitsreiseland. In keinem anderen Bundesland würden so viele Reha-Leistungen in Anspruch genommen wie im Freistaat. Dies werde auch so bleiben. Schließlich habe die Pandemie deutlich gemacht, wie wichtig Gesundheit ist. Das Geschäftsmodell von Heilbädern und Kurorten sei also aktueller denn je. „Ich bin deshalb überzeugt, dass unsere Heilbäder nach der aktuellen Krise wieder an diesen Erfolg anschließen werden. Die Betriebe werden die aktuelle Belastungsprobe mit Unterstützung der Hilfsmaßnahmen von Freistaat und Bund meistern.“

### Kurorte als Teil der Lösung

Nach den Worten des bisherigen langjährigen BHV-Vorsitzenden und jetzigen Staatssekretär für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, „engagiert sich der Freistaat für die Kurorte in Bayern, nicht nur weil sie vor besonders großen Herausforderungen stehen etwa mit Blick auf die Instandhaltung der Infrastruktur von Bädern, Thermen und aller anderen Einrichtungen für Kuren, sondern weil sie Teil einer Lösung sind, dass Menschen schneller wieder gesund werden oder gar nicht erst krank“.

Aus diesem Grund stelle der Freistaat für die bayerischen Kurorte und Heilbäder jetzt zehn Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich für einen pauschalen Ausgleich von Mindereinnahmen aus Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen zur Verfügung. Dies sei zumindest ein erstes positives Signal.

Zum Abschluss präsentierte die Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, Barbara Radomski, einige Marketingstrategien. Sie wies darauf hin, dass das Thema Vernetzung für den Erfolg im Gesundheitstourismus äußerst wichtig sei. Die BayTM stehe für die Dachmarke für Bayern und vermarkte die Marke „Gesundes Bayern“ des Bayerischen Heilbäder-Verbandes. In diesem Zusammenhang verlieh Radomski ihrer Freude über die Partnerschaft mit Philipp Lahm, dem Ehrenspielführer der Deutschen Fußballnationalmannschaft, Ausdruck. **DK**

### Kommunale Kläranlagen:

## 32. DWA-Leistungsnachweis

Die Anforderungen der europäischen Kommunalabwasserrichtlinie wurden 2019 durch die kommunalen Kläranlagen im bundesweiten Mittel erfüllt oder deutlich übertroffen. Das stellt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) als eines der Ergebnisse ihres jährlich durchgeführten Leistungsnachweises kommunaler Kläranlagen fest. 2019 beteiligten sich bundesweit 5.310 Kläranlagen. Die Ergebnisse zeigen ein repräsentatives Bild ihrer Reinigungsleistung.

Besonders betrachtet wurde in diesem Jahr der Anfall von Klärschlamm auf den Kläranlagen und dessen Phosphorgehalt. Für DWA-Präsident Prof. Dr. Uli Paetzel sind die Ergebnisse des Leistungsnachweises durchaus positiv: „Die Leistungen von Kläranlagen für die Bürgerinnen und Bürger, besonders aber für eine intakte Umwelt, werden in der Öffentlichkeit oft als allzu selbstverständlich hingegenommen oder überhaupt nicht wahrgenommen. Dabei tragen die Kläranlagen im Land durch ihre sehr guten Reinigungsleistungen viel zu einer intakten Umwelt bei. Auch spiegeln sich hier die Leistungen des Personals wider, das die Anlagen betreibt. Diesem gilt in den Zeiten der Covid-19-Pandemie unser besonderer Dank.“

Die Abbaugrade für Verschmutzungen liegen weitestgehend konstant auf einem hohen Niveau. Regionale Unterschiede – besonders im Norden und Nordosten – dürften auf Trennsysteme (getrennte Rohre für Regen- und Schmutzwasser)



### Füllstandsüberwachungssystem eingebaut

Im November haben Fachleute der Firma Detectronic aus Bad Windsheim gemeinsam mit Konrad Ettengruber vom Klärwerk der Stadt Abensberg ein Füllstandsüberwachungssystem für den Stauraumkanal in Offenstetten installiert. Das Füllstandsmessgerät läuft mit Batterie und speist die erfassten Wasserstandsdaten über Mobilfunknetz in eine Cloud, da am Einbauort in der Nähe des Öxlauweihers weder Strom noch Festnetz-Internet vorhanden sind; von der Cloud aus können die Daten, auch die Durchflussmengen, abgerufen werden.

Stadtwerke-Leiter Dr. Rainer Reschmeier, der ebenfalls mit dabei war, erklärt, wozu das gut ist: „Mit dem neuen Messgerät können wir genau berechnen, wie viel Wasser im Falle eines Regenereignisses in den Offenstettener Graben abgeleitet worden ist.“ Sichtbar ist der Stauraumkanal nicht – der ist unterirdisch angelegt, nur einige Kanalschächte sind zu sehen.

Unser Bild zeigt v.l.: Roland Deinlein von Detectronic, Konrad Ettengruber und Dr. Rainer Reschmeier.

Bild: Knott, Stadt Abensberg

### Regierung von Unterfranken:

## Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

Die Regierung von Unterfranken hat der Gemeinde Aidhausen (Landkreis Haßberge) eine Förderung von 90.000 Euro für eine Kooperation zur Gründung eines Zweckverbandes zur gemeinsamen Trocknung und Verwertung von Klärschlamm bewilligt. Kooperationspartner werden zahlreiche Gemeinden, Marktgemeinden, Städte und Abwasserzweckverbände aus den Landkreisen Haßberge, Bad Kissingen, Schweinfurt und gegebenenfalls noch weiteren Landkreisen sein.

Grundlage der Förderung ist die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Regierung von Unterfranken hat die Kooperation als vorbildhaft und förderungswürdig anerkannt.

Die Förderung beträgt 85 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bis zu einer Höchstgrenze der Förderung von 90.000 Euro. Die

Höchstgrenze wurde vorliegend bei zuwendungsfähigen Kosten von insgesamt rund 113.000 Euro bezogen allein auf die Kosten der Geschäftsstelle voll ausgeschöpft.

Die staatliche Förderung erfolgt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts. **□**

## Alle Regionen und Anbauformen sind wichtig

Bewerbungsverfahren für umweltverträgliche landwirtschaftliche Bewässerungsprojekte startet

Das Förderprogramm des Umweltministeriums für innovative umweltverträgliche und großräumige Bewässerungskonzepte in der Landwirtschaft geht in die nächste Runde. Noch bis Mitte Dezember läuft das bayernweite Bewerbungsverfahren für bis zu drei Pilotprojekte, deren Umsetzung vom Umweltministerium finanziell unterstützt wird. Bewerben können sich alle Teilnehmer der vorangegangenen vom Umweltministerium geförderten Konzeptphase, deren Konzept in naher Zukunft fertig ist.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu: „Wir gestalten jetzt die Bewässerung der Zukunft. In Zeiten des Klimawandels und zunehmender Trockenheit wird die Ressource Wasser auch in Bayern ein kostbares Gut. Insbesondere für die Landwirtschaft ist eine gute Wasserversorgung elementar. Wassernutzung wie Bewässerung darf aber nicht zu Lasten der ökologischen und wasserwirtschaftlichen Belange der Gewässer gehen. Das Umweltministerium unterstützt deshalb intelligente Projekte, mit denen Wasser effizient, schonend und nachhaltig zu den Feldern gebracht wird. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Speicherung von Wasser für Trockenzeiten. In einem nächsten Schritt werden wir konkrete Pilotprojekte auswählen und deren Umsetzung kraftvoll unterstützen. Alle Regionen und Anbauformen sind wichtig. Wir haben eine Verantwortung für ganz Bayern: vom Wein in Franken über den Gemüseanbau bis hin zu Obst- und Hopfenanbau. Jetzt geht es um die Umsetzung der besten Ideen. Alle erfolgreichen Teilnehmer der Konzeptphase sind aufgerufen, sich zu bewerben.“ Das Bewerbungsverfahren wird

abgewickelt durch die Wasserwirtschaftsämter.

Das Umweltministerium hat 2016 ein Förderprogramm für die Erstellung von „Konzepten zur nachhaltigen und umweltverträglichen Bewirtschaftung der Wasserressourcen“ aufgelegt. Insgesamt 19 nachhaltige Bewässerungskonzepte hat das Umweltministerium seitdem in der Konzeptphase mit rund 2 Millionen Euro gefördert. Nach einem erfolgreichen Abschluss der drei Pilotprojekte soll die Förderung von großräumigen Bewässerungsprojekten weitergeführt werden.

### Drei ausgewählte Konzepte

In dem Pilotprogramm wird die Umsetzung von bis zu drei ausgewählten konkreten Bewässerungskonzepten gefördert. Das Umweltministerium wird dabei die Baukosten einer neuen Bewässerungsinfrastruktur zur Hälfte und je Vorhaben mit maximal 10 Millionen Euro fördern. Dafür stehen jährlich aktuell 2 Millionen Euro bereit. Diese Summe soll nach der Vorstellung von Umweltminister Glauber weiter aufgestockt werden. Darüber hinaus soll auch das Landwirtschaftsministerium

die Möglichkeit bekommen, sich stärker an der Finanzierung zu beteiligen. Glauber: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir den Verteilungsschlüssel für die Förderung ändern. Wenn das Landwirtschaftsministerium ebenfalls die Hälfte der anfallenden Kosten fördern würde, käme bei unseren Landwirten deutlich mehr Geld an. Das würde die Umsetzung der Projekte weiter beschleunigen. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein.“ Bislang fördert das Umweltministerium den Aufbau einer Bewässerungsinfrastruktur, die Wasserverteilung auf dem Feld kann vom Landwirtschaftsministerium gefördert werden. Ohnehin werden aktuell gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium nachhaltige Bewässerungsstrategien für die Landwirtschaft entwickelt.

Die Unterstützung der Bewässerung in der Landwirtschaft ist eine von drei Säulen der Bayerischen Wasserstrategie. Die zentrale Säule ist die Trinkwasserversorgung. Eine dritte Säule befasst sich mit dem Schutz des natürlichen Wasserhaushalts, etwa in Wäldern, Mooren oder Feuchtwiesen, aber auch im Bereich der Stadtnatur. Auch die Bürger sollen für das Thema Wasserschutz sensibilisiert werden. Durch den Klimawandel werden abnehmende Niederschläge im Sommerhalbjahr und länger anhaltende Trockenphasen auch in Bayern häufiger. Die Folgen sind vor allem in Franken bereits spürbar. **□**



Feldbach 25  
D-86647 Buttenwiesen  
Telefon +49(0)8274 1001  
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de  
www.jumbo-group.de

### Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:  
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit  
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Unimog als Bewässerungsfahrzeug:

## Mit Gießarm und Tankanhänger im Kommunaleinsatz

Einen solch heißen Sommer haben die Mitarbeiter der Banzhaf Gartenbau GmbH in Essen noch nie erlebt – obwohl sie sich schon seit 1987 um das Wohl der Vegetation kümmern. Die 30 Mitarbeiter sind im gewerblichen und kommunalen Bereich im Einsatz. Stets mit dabei sind ihre zuverlässigen Fuhrparkmitglieder von Mercedes-Benz: Ein Arocs und zwei Sprinter dienen als Pritschenfahrzeuge. Im April 2020 wurde zudem ein Unimog U 430 als Bewässerungsfahrzeug angeschafft. Die Dienste des orangefarbenen Gartenhelfers waren sofort überraschend gefragt.

Zunächst wurde der Unimog eingesetzt, um für die Stadt Essen neu gepflanzte Jungbäume zu bewässern. Die 1.500 Bäume

ne Aufgabe, welcher der Unimog mit seinem Gießarm-Aufbau von Ecotech und dem 4.000 Liter fassenden Tank mit Leichtigkeit gewachsen war.

### Spezialauftrag wegen extremer Sommer

Die außergewöhnlich trockenen Sommer der letzten Jahre stellen Kommunen vor besondere Herausforderungen, was

Bayerische Bioökonomiestrategie:

## Wirtschaftsminister stellt 50 Maßnahmen vor

Aiwanger: „Das Potenzial unserer Land- und Forstwirtschaft für die biobasierte Wirtschaft besser nutzen“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwianger hat die Bayerische Bioökonomiestrategie vorgestellt. Damit hat der Freistaat als eines der ersten Bundesländer ein eigenes Konzept für eine biobasierte, nachhaltige Wirtschaft entwickelt. Aiwianger: „Wir wollen fossile Import-Rohstoffe Schritt für Schritt durch heimische nachwachsende Rohstoffe ersetzen. Davon profitiert die Land- und Forstwirtschaft genauso wie die Umwelt und die Wirtschaft mit neuen Produkten. Produkte, die bisher aus Erdöl hergestellt wurden, sollen künftig aus biologischen Materialien wie Holz, Stroh oder Pflanzenteilen entstehen. Von Treibstoff über Plastikfolien bis zu Innenverkleidungen von Autos können zahlreiche Produkte auf Biobasis produziert werden.“

Aiwanger sieht darin auch eine große Chance für die heimische Land- und Forstwirtschaft, die sich seit Jahren in einer wirtschaftlichen Dauerkrise befindet und dringend neue Perspektive braucht.

### Nachhaltig und biobasiert ist zukunftsfähig

Die Strategie mit dem Namen „Zukunft.Bioökonomie.Bayern“ ist in enger Abstimmung mit dem Sachverständigenrat Bioökonomie Bayern, der interministeriellen Arbeitsgruppe Nachwachsende Rohstoffe und Bioökonomie sowie Vertretern aus Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft erarbeitet worden. Aiwianger: „Wir haben ein eindrucksvolles Paket mit 50 Maßnahmen entwickelt. Damit nehmen wir eine Vorreiterrolle im Bundesvergleich ein. Vieles ist schon in der Umsetzung oder beginnt in Kürze.“

Die Bioökonomie steht für einen grundlegenden Strukturwandel, auch in Richtung Kreislaufwirtschaft. Eine auf fossilen Rohstoffen basierende Wirtschaft soll kontinuierlich in eine zukunftsfähige, weil nachhaltige und biobasierte Wirtschaftsweise überführt werden. Sie hat erhebliches Potenzial, berücksichtigt die Begrenzung natürlicher Ressourcen und trägt zum Erhalt der Biodiversität bei. „Hier in Bayern haben wir die besten Voraussetzungen für die ökologische Transformation. Land- und Forstwirtschaft stellen eine Vielzahl von hochwertigen biogenen Rohstoffen in großer Menge zur Verfügung. Hervorragende Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen garantieren die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Produkte. Bayerns Industrie ist traditionell innovativ, zukunftsorientiert und mit hochleistungsfähigen Unternehmen für die neuen Herausforderungen gerüstet“, erklärte Aiwianger.

Wichtiger Partner bei der Strategieentwicklung war der Sachverständigenrat Bioökonomie Bayern. Dessen Sprecher Professor Dr. Volker Sieber, Rektor des TUM Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit, hebt hervor: „Mit der Bayerischen Bioökonomiestrategie folgt die Staatsregierung einer

zentralen Forderung des Sachverständigenrates und stellt die Weichen für eine nachhaltige, biobasierte Wirtschaftsweise in Bayern. Durch die Strategie rechnet man mit einem spürbaren Rückenwind für die bayerische Bioökonomie.“

Die Bayerische Bioökonomiestrategie verfolgt acht Hauptziele. Durch die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Rohstoffe soll ein Beitrag zu Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz geleistet werden. Um Akzeptanz und Verständnis für die Bioökonomie in der Gesellschaft zu erreichen, wird der offene Dialog gefördert. Wissenschaft und Wissenstransfer werden gezielt gestärkt. Durch die Bioökonomie werden heimische nachwachsende Rohstoffe in Wert gesetzt und neue Arbeitsplätze gesichert.

### Wettbewerbsfähigkeit stärken und neue Märkte erschließen

Wirtschaftsminister Aiwianger: „Mit der Entwicklung neuer und alternativer Materiali-

Forstschäden-Ausgleichsgesetz:

## Unzulässiger Eingriff in den Markt

Der Bundesrat sprach sich für eine Aktivierung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes aus. Mit einer Beschränkung des Fichteneinschlags auf 85 Prozent soll auf das Überangebot im Rohholz und den Einbruch des Holzpreises reagiert werden. Steffen Rathke, Präsident des Deutschen Holzwirtschaftsrates (DHWR), sieht in dem Verordnungsentwurf eine untragbare ordnungspolitische Maßnahme.

„Nach wie vor lehnt die Holzwirtschaft ordnungspolitische Eingriffe in den Holzmarkt strikt ab. Eine Marktregulierung kann nur im äußersten Notfall in Erwägung gezogen werden und hat dem Schutz der Marktteilnehmer und der Sicherung des Wettbewerbs zu dienen. Dies ist hier insgesamt nicht gegeben: Die Unternehmen der Forstwirtschaft und Holzindustrie haben in den letzten drei Jahren auf das Überangebot infolge von Sturm und Käferkalamitäten reagiert. Es wurde auf betrieblicher Ebene der Einschlag beschränkt, die Holzimporte wurden durch die Industrie zugunsten eines regionalen Einkaufes zurückgefahren und die Rohholzlager, wo behördlich zugelassen, massiv ausgebaut.“

Die Bundes- und Landespolitik hat nach drei Jahren Krise im Wald immer noch nicht die notwendige Novellierung des über 30 Jahre alten und gegen EU-Recht verstoßenden Forstschäden-Ausgleichsgesetzes eingeleitet. Was wir brauchen, sind keine Markteingriffe, sondern unbürokratische Genehmigungsverfahren und bundesländerübergreifende Regelungen für temporär höhere Transportgewichte; eben ein ganzheitliches Krisenmanagement. Der Bundesregierung stehen zudem auf Grundlage des Einkommenssteuergesetzes alle regulatorischen Mittel zur Verfügung, um die für die Waldbesitzer notwendigen Steuererleichterungen auch ohne dieses Gesetz sicherzustellen.“

den Erhalt der Pflanzenwelt betrifft – so auch im Fall dieses „Überraschungsauftrags“, wie ihn Christian Weinert, Geschäftsführer der Firma Banzhaf, beschreibt.

### Durstige Platanen

An der ältesten deutschen Autobahn A 55, die 1932 durch den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer eingeweiht wurde, stehen zahlreiche Platanen. Zwar haben diese Bäume tiefe Wurzeln, doch die Dürreperiode machte ihnen so sehr zu schaffen, dass eine schnelle und effiziente Lösung gefunden werden musste. Über einen Baumpfleger, der für die Autobahnmeisterei Köln arbeitet, wurde der Kontakt mit der Gartenbau-Firma in Essen hergestellt. Christian Weinert kann heute zufrieden resümieren: „Das war ein wirklich verzwickter Auftrag, aber mit dem Unimog haben wir es geschafft.“

### Vom Gülleanhänger zum Pflanzenschützer

Die Herausforderung bestand darin, die 50 Bäume möglichst „in einem Aufguss“ mit dem lebenspendenden Nass zu versorgen, denn die Sperrung eines Standstreifens ist eine kostenintensive Angelegenheit. Mit dem vorhandenen 4.000 Liter-Tank des Unimogs ging die Rechnung nicht auf, da jede der Platanen rund 500 Liter Wasser benötigt. Die Lösung fand sich in einem Gülleanhänger der Firma RKF-Bleses GmbH. Der Unimog



Ein Unimog U 430 als Bewässerungsfahrzeug Bild: Mercedes-Benz/Unimog

Partner stellte dem Gartenbaubetrieb dieses Vorführfahrzeug kostenlos zur Verfügung und es wurde für diesen Spezialauftrag umfunktioniert. Tank und Gießarm-Aufbau des Unimogs wurden mit dem Tankanhänger verbunden, sodass weitere 20.000 Liter zur Verfügung standen. Mit dieser Wassermenge war es möglich, alle Platanen mit nur einer Ladung zu gießen. Nun konnte der Standstreifen auf einer Länge von circa einem Kilometer gesperrt werden und der Unimog mit seinem außergewöhnlichen Wasserreservoir ging ans Werk.

### EasyDrive für präzise Anfahrt

Die individuelle Versorgung der Bäume konnte aufgrund des hydrostatischen Fahrantriebs EasyDrive wirtschaftlich und mit großer Präzision durchgeführt werden: Der Hydraulik-antrieb ermöglichte es, die kurzen Abstände zwischen den Bäumen möglichst verschleißfrei zurückzulegen. Durch die stufenlose Änderung der Geschwindigkeit manövrierte der Fahrer zentimetergenau an die Zielobjekte heran. Die pflanzenschonende Gießfunktion des Multiwash-Systems von Ecotech versorgte alle Gewächse zielgerichtet mit Wasser. Der Durst aller Platanen war bald gestillt. □

### Mit zwei Rationen durch den Sommer

Innerhalb von zwei Tagen im September wurden alle Platanen bewässert, zwei Wochen später erhielten die altherwühr-



## Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrantrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](https://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz  
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Jubiläum:

## Zehn Jahre Bundesverband Fuhrparkmanagement

Der Bundesverband Fuhrparkmanagement e. V. (BVF) war der erste Verband, der die Interessen von Unternehmen und Organisationen mit Fuhrparks im Fokus hatte. Am 27. Oktober 2010 fand die Gründungsversammlung in Stuttgart statt. „Wir starteten mit dem Motto ‚Von Fuhrparkmanager/innen für Fuhrparkmanager/innen‘“, berichtet der Vorstandsvorsitzende Marc-Oliver Prinzing. Den Gründern war klar, dass es rund um das Thema Fuhrparkmanagement viele verschiedene Interessensgruppen gibt und eine starke Meinungsvertretung der Flottenbetreiber unerlässlich war. „Uns wurde erst in der Diskussion richtig bewusst, dass es da zu diesem Zeitpunkt weit und breit nichts gab“, so Prinzing. Inzwischen hat sich der Fuhrparkverband zu einem anerkannten Sprachrohr für Fuhrparkbetreiber entwickelt.

Die zentralen Punkte stehen schon in der Gründungssatzung: Der Verband kümmert sich um die Entwicklung von Branchenstandards und fördert und begleitet die Qualifizierung der Mitglieder und deren Mitarbeiter, er will Branchenkontakte vermitteln, den Erfahrungsaustausch intensivieren und Know-how bereitstellen. Auch der Dialog mit der Industrie und der Politik kommt dabei nicht zu kurz. Der Verband steht zum Austausch bereit und wird immer mehr wahrgenommen. Grundlage dazu ist ein inzwischen stark gewachsenes Netzwerk von und für Mobilitäts- und Fuhrparkmanager/innen.

### BVF: Begleiten, Verbinden, Fördern

Später wurden die drei Buchstaben BVF, die für den Verband bald als Abkürzung standen, mit den Begriffen ‚Begleiten, Verbinden und Fördern‘ aufgeladen. „Dieses Motto steht wiederum

für unseren Anspruch und die Aktivitäten für unsere Mitglieder“, unterstreicht Axel Schäfer, Geschäftsführer des BVF.

**Begleiten:** Der Verband vertritt die Interessen der Mitglieder, indem er sich einmischt und mit fachlichem Input und Vorschlägen politischen Entscheidungsträgern Rede und Antwort steht. Bei Fragen zu Mobilitäts- und Fuhrparkmanagement ist der fachliche Austausch seit Anbeginn ebenso wichtig wie die persönlichen Kontakte. Dazu stehen gestandene Praktiker aus dem Unternehmen, Fachreferenten des Verbandes sowie Juristen, Mediziner und Steuerexperten mit ihrem Know-how zur Verfügung. Eine online zur Verfügung stehende Wissensplattform bietet darüber hinaus fundierte Informationen zu nahezu allen Themen und direkt nutzbare Checklisten und Dokumente für die Arbeit im Unternehmen.

**Verbinden:** Erfahrungsaustausch in überregionalen Ver-

anstaltungen sowie Regio-Treffs vor Ort finden genauso statt wie Fach- und Arbeitskreise zu spezifischen Fragestellungen (Kommunen, Elektromobilität) oder Webmeetings. Die aktiven Mitglieder wissen, wen man bei welcher Frage ansprechen kann und wo es schlanke Lösungen für die täglichen Fragen gibt.

### Weiterbildungsangebot

**Fördern:** Wissen sowie Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für erfolgreiche Arbeit in der interdisziplinären Querschnittsfunktion in den Unternehmen und Organisationen. Es galt deswegen, grundlegende Qualifikationsprofile, eine auf die theoretischen und praktischen Anforderungen abgestimmte Prüfungsordnung und verschiedene Ausbildungsgänge ins Leben zu rufen. Heute werden die Lehrgänge „Zertifizierte/r Fuhrparkmanager/in (Dekra)“ und „Zertifizierte/r Mobilitätsmanager/in (BVF)“ flankiert von Fleetricity, einem Online-Kurs zur Einführung in das Management von Elektromobilität im Fuhrpark. Außerdem steht ein umfassendes Weiterbildungsprogramm mit Seminaren/Workshops und Onlinekursen zur laufenden Qualifizierung in den verschiedensten Themen zur Verfügung.

Die zehn Jahre seien wie im Flug vergangen, meint Mitgründer Axel Schäfer. Wenn man sich die Liste der Ideen und umgesetzten Aktivitäten anschaut, sind auch viele Mitstreiter beeindruckt. „Ich glaube nicht zu



Eine Urnenbestattung an einem Baum ermöglicht die Friedhofsverwaltung der Stadt Würzburg jetzt auch am Hauptfriedhof. Hier wurde ein sogenannter Baumgarten geschaffen unter dem bis zu 20 Grabstellen Platz haben. Jede dieser Grabstellen, in der zwei Urnen untergebracht werden können, ist mit einer eigenen Muschelkalkplatte verschlossen, auf der Namen und Daten der Verstorbenen angebracht werden können. Die Grabgebühren von 119 Euro im Jahr beinhalten bereits sämtliche Pflanz-, Gieß- und Grabpflegeleistungen. Auf dem Bild zu sehen sind Kommunalreferent Wolfgang Kleiner (M.) zusammen mit Thomas Götz, Leiter der Friedhofsverwaltung (2.v.r.), Stellvertreterin Stefanie Sprenger (2.v.l.), Steinmetz Joachim Borst und Gärtnerin Gabriele Loibl bei der Fertigstellung des Baumgartens.

Bild: Christian Weiß

übertreiben, wenn ich sage: Wir haben den Markt, die Zusammenarbeit der Akteure und auch den Rahmen für die Qualifizierung verändert“, so Prinzing. Das Kernteam Vorstand und Geschäftsführung sei dabei sicher so etwas wie der Motor gewesen, aber ohne die vielen Unterstützer des Verbandes sei das in dieser Form sicher nicht umgesetzt worden. „Sie waren der Kraftstoff und die Räder. Ohne sie hätten wir weder unsere PS auf die Straße gebracht noch so an Fahrt aufnehmen können“, sagt der Verbandschef.

### Krisen helfen Weichen stellen

„Wir sind noch jung und haben noch einiges vor“, meint Schäfer. „Das Jubiläum nehmen wir zum Anlass, unser Profil zu überprüfen und zu schärfen. Aus der Idee und einem anfangs kleinen Verein wurde inzwischen ein an-

sehnlicher Verband. Das heißt für uns, dass wir zum einen auf einem guten und richtigen Weg sind, aber noch viel Arbeit vor uns haben. Die Positionierung des Verbandes und die kontinuierliche Weiterentwicklung sind uns wichtig“, konkretisiert der BVF-Geschäftsführer. Auch der Markt sei schon seit Jahren in Bewegung und die Krisen unserer Zeit wie die Klimaveränderungen und Covid-19 würden teilweise sogar helfen, dass wir die Weichen richtig stellen, dass

notwendige Entscheidungen beschleunigt werden und Trends zur gelebten Realität werden. Unternehmen bräuchten effiziente Mobilitätslösungen, um nachhaltig und betriebswirtschaftlich sinnvoll zu wirtschaften. Aus diesem Grund sei eine übergeordnete Sicht auf die betriebliche Mobilität, strategische Partnerschaften und Kooperationen zum Nutzen aller Marktteilnehmer angesagt.

Informationen: <https://www.fuhrparkverband.de/>

### Schüler pflanzen Bäume für den Klimaschutz:

## Projekt „100.000 Bäume für den Landkreis Donau-Ries“

Bereits im Januar entschlossen sich Schülerinnen und Schüler der Hans-Leipelt-Schule, Spenden zu sammeln, um ihren Beitrag zum Landkreis-Projekt „100.000 Bäume für den Landkreis Donau-Ries“ zu leisten. Rund 1.300 € kamen auf diese Weise zusammen – genug für 25 Apfelbäume, bei denen es sich durchweg um seltene Sorten handelt. Die Pflanzung fand auf einer kreiseigenen Fläche neben der Schule statt.

Landrat Stefan Rößle, der das Projekt vor etwa einem Jahr ins Leben gerufen hat, dankte allen Beteiligten. „Es freut mich sehr, dass die Schülerinnen und Schüler der Hans-Leipelt-Schule ein solch starkes Engagement für den Klimaschutz zeigen. Dies ist ein tolles Beispiel dafür, dass jede Generation ihren Beitrag leisten kann!“, so Rößle.

Verena Kugler, die Lehrkraft, die das Projekt an der FOS/BOS Donauwörth ins Leben gerufen hat, sagt: „In Zeiten von ‚Fridays for Future‘ sehen wir uns als Schule in der Verantwortung, die junge Generation bei ihren Aktionen für mehr Umweltschutz zu unterstützen. Deshalb haben wir uns sehr gerne am Projekt des Landratsamts beteiligt.“

„Der Klimaschutz war der wichtigste Beweggrund für die Unterstützung der Pflanzaktion“, betont Bleona Bicaj aus der Klasse F12T1, „aber es ist auch ein tolles Gefühl, der Hans-Leipelt-Schule eine Erinnerung an unsere Zeit hier zu hinterlassen, die man in 30 Jahren hoffentlich

noch immer besuchen kann.“

Der Elternbeirat sowie die Firma Sigl, ein Partnerunternehmen der Hans-Leipelt-Schule, unterstützte die Schüler bei der Finanzierung der Apfelbäume mit einer Spende.

### Landkreisweite Baumpflanzaktion

Das Projekt des Landkreises soll ein Zeichen für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit setzen. Alle Bürger, Kommunen, Vereine und Firmen im Donau-Ries sind aufgerufen, Bäume zu pflanzen und so zur CO<sub>2</sub>-Speicherung, Luftreinhaltung und Kühlung der Städte beizutragen. Diese landkreisweite Baumpflanzaktion wurde vom Landkreis gemeinsam mit Vertretern der Waldbesitzervereinigung, den Bayerischen Staatsforsten und dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie den Kreisfachberatern für Gartenbau und Landschaftspflege und den Mitarbeitern der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit initiiert.



V.l.: Arved Hein (Projektkoordinator Landratsamt Donau-Ries), Sebastian Storch (Kreisfachberater für Gartenkultur und Landschaftspflege), Paul Buß (Kreisfachberater für Gartenkultur und Landschaftspflege), Landrat Stefan Rößle, Uli Spitzenpfeil (SMV), Verena Kugler (Lehrkraft und Umweltbeauftragte der Hans-Leipelt-Schule), Markus Sauset (Verbindungslehrer), Doris Barth-Rieder (Schulleiterin), Vian Liu (Verbindungslehrer), Leonie Roßkopf (SMV), Vera Schmitz (SMV), Josef Stempfle (Elternbeirat).

Bild: Stephanie Sieber-Starnik



### Kompetenz für Kommunen.

Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

### In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- **Kalkulation der Friedhofsgebühren**
  - Prüfen der Umlagefähigkeit von Kostenpositionen
  - Kalkulation von Grabnutzungsgebühren, Bestattungsgebühren und sonstigen hoheitlichen Gebühren
  - Anlageverzeichnisse für die Friedhöfe
  - Prüfen oder Ausarbeiten der Gebührensatzung
- **Beschaffung von Kommunaltechnik**
  - neutrale, herstellerunabhängige Leistungsbeschreibung
  - Begleitung bis Auftragserteilung inkl. aller Bekanntmachungen und Benachrichtigungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München

Germaniastraße 42, 80805 München

089/44 23 540-0

bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin

Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin

0385/30 31-251

info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

### In Zeiten der Pandemie:

## Friedhöfe als Orte der Trauer unverzichtbar

Auf die unersetzbare Bedeutung der Friedhöfe für die Trauerarbeit in Zeiten der Pandemie machten zum Totensonntag die führenden Verbände des deutschen Friedhofswesens aufmerksam. Besonders für Menschen, die aufgrund der Kontaktbeschränkungen geliebte Menschen nicht beim Sterben begleiten können, erweise sich der Friedhof als wichtiger sozialer Ort, der helfe, diese menschlichen Tragödien zu verarbeiten.

Durch die aktuelle Pandemie und die eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 ereignen sich persönliche Tragödien im Kontext von Sterben und Trauern. Angehörige können Sterbende im Altenheim, Krankenhaus oder Hospiz nicht persönlich begleiten, und Sterbende sind in der letzten Phase ihres Lebens zwar medizinisch gut versorgt, doch häufig sozial ausgegrenzt.

### Sterben ist ein sozialer Prozess

Viele Menschen möchten in ihren letzten Tagen und Stunden von denen begleitet werden, die sie lieben. Es braucht Nähe, Berührung und darin Geborgenheit, wenn Menschen aus dem Leben scheiden. Die Angehörigen, die haupt- und ehrenamtlichen Betreuerinnen und Begleiterinnen machen das Sterben zu einem sozialen Prozess rund um die Sterbenden. Doch in Zeiten einer globalen Pandemie sind die Einschränkungen massiv und verhindern dies häufig.

Ein guter, ein gelungener Abschied kann im Trauerprozess heilsame Wirkungen entfalten. Doch auch hier ist aktuell Vieles, was notwendig ist, nicht möglich. Die dadurch entstehenden seelischen Verletzungen können schwer sein und werden Trauernde und damit unsere Gesellschaft noch lange beschäftigen.

Im Gegensatz zum ersten Lockdown im Frühjahr können nun wieder deutlich mehr Trauerveranstaltungen teilnehmen, doch auch hier gelten, je nach Räumlichkeiten, zahlenmäßige Beschränkungen.

### Das Grab hilft Trauer zu verarbeiten

Der Friedhof ist ein ruhiger Ort, der dazu beitragen kann, solche Traumata zu überwinden. So der persönliche Abschied nicht möglich war, können im Angesicht des Grabes Ersatzrituale stattfinden, die einen innerlichen Abschied vorbereiten. Das Grab ist ein Ort, an dem Trauernde aktiv werden und dadurch in Kontakt zu den Toten treten können. Gestaltung und Pflege eines Grabes können somit zu einer stellvertretenden Handlung werden, um Gefühle wie Traurigkeit, Schuld oder auch Wut zu verarbeiten.

Am Totensonntag gedenken zahllose Menschen ihrer Verstorbenen. 2020 waren viele Tausende mehr dabei, denen ein persönlicher Abschied verwehrt geblieben ist. Friedhöfe als soziale Orte können helfen, indem sie menschliche Beziehungen und Gemeinschaft im Tod symbolisieren und Trauernde zusammenführen. Besonders in Notzeiten ist dies ein Trost, der das Leiden am Verlust lindern kann.



Best Practice-Beispiel für faire Berufskleidung der Erlanger Feuerwehr. Bild: Metropolregion Nürnberg / Jürgen Schnabel

## Fair, fair, fair sind alle unsere Einkäufe

### 2. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg setzt Akzente für verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung

**Nachhaltig und fair einkaufen: Am 26. und 27. Oktober fand die zweite Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg statt. Über 70 Teilnehmende aus den Kommunalverwaltungen, kommunalen Eigenbetrieben und Agenda-Gruppen der Metropolregion Nürnberg befassten sich mit der Frage „Wie können wir gemeinsam die öffentliche Beschaffung nachhaltig gestalten?“**

Der Gastgeber der digitalen Veranstaltung, Erlangens Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, begrüßte die Teilnehmenden: „Faire Produktionsbedingungen sollten aus meiner Sicht Standard werden bei den Produkten, die wir einkaufen und konsumieren. Fair sollte nicht eine Nischenbewegung sein. Als Städte können wir ein konkretes Zeichen setzen indem wir bewusst und nachhaltig einkaufen.“ Seit 2012 hat die Stadt Erlangen eine Fachstelle für Nachhaltige Beschaffung eingerichtet, als eine der ersten Kommunen überhaupt.

Ein gutes Praxisbeispiel, das die Stadt Erlangen bei der Werkstatt vorstellte, ist die Faire Berufskleidung der Feuerwehr. Die Kleidung wird von einem fränkischen Familienunternehmen bezogen, das auf faire Kriterien bei der Produktion setzt. In den Produktionsländern geht es zum Beispiel um höhere Löhne für Näherinnen und Näher und das Verbot von Kinderarbeit. 85 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 500 ehrenamtliche Feuerwehrdienstleistende sowie ca. 100 Jugendliche in den Freiwilligen Feuerwehren in und rund um Erlangen tragen mittlerweile faire Kleidung.

#### Langfristige Aufgabe

Aber auch in vielen weiteren Kommunen der Metropolregion ist Faire Bauhofkleidung bereits im Einsatz. Zum Beispiel in Langgenn, Neumarkt in der Oberpfalz, Neuendettelsau, Herzogenaurach und Stein. In der unterfränkischen Stadt Ebern testen die Bauhofmitarbeitenden aktuell unterschiedliche Modelle.

Eines zeigte die Fair Trade Werkstatt: nachhaltige Beschaffung ist eine langfristige Aufgabe, die zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der öffentlichen Verwaltung erfordert. Mit dem Pakt zur nachhaltigen Beschaffung gehen 70 Kommunen dies seit 2019 an. Große Interesse gab es daher an einem Workshop, bei dem es um das Erstellen von Handlungsleitlinien für nachhaltige Beschaffung ging. Handlungsleitlinien können unter anderem festlegen, in welchen Produktgruppen auf Sozial- und Umweltstandards geachtet werden soll. Der Workshop wurde gestaltet von der Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg, die mit drei Projektmitarbeiterinnen die Kommunen in der Umsetzung des Paktes unterstützt. Denn in der Umsetzung ist nachhaltige Beschaffung kein leichtes Unterfangen. Welche Gütezeichen gibt es? Wie können diese vergaberechtlich korrekt be-

rücksichtigt werden? Hier sind umfassende Kenntnisse notwendig, für die oftmals nur sehr geringe Personalressourcen zur Verfügung stehen. Die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion oder die bundesweit tätige Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stehen daher mit Beratung, Informations- und Netzwerkveranstaltungen oder guten Praxisbeispielen zur Seite.

Beim 2. Fair Trade Gipfel am 23. September 2021 im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz soll ein Resümee zum zweijährigen Bestehen des Paktes zur nachhaltigen Beschaffung gezogen werden. Parallel zum Fair Trade Gipfel wird am gleichen Tag die bundesweite Auszeichnung „Hauptstadt des Fairen Handels“ von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt verliehen, da aktuell die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz den Titel trägt. □

*Gerd Müller zur Schweizer Volksabstimmung:*

## Signal für Lieferkettengesetz

**In der Schweiz tritt ein vom Parlament vorgeschlagener Entwurf in Kraft, der vorsieht, dass Schweizer Unternehmen zu Menschenrechts- und Umweltschutz weltweit verpflichtet werden. Das ergab eine Abstimmung über die so genannte „Konzernverantwortungsinitiative“. Diese Abstimmung hat die Mehrheit der Bevölkerung erzielt, aber nicht die zusätzlich erforderliche Mehrheit der Kantone.**

Entwicklungsminister Gerd Müller: „Das Signal der Wahl ist ganz klar: Die Menschen wollen, dass Konzerne mehr Verantwortung für Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in ihren Lieferketten übernehmen. Sie wollen nicht länger Produkte kaufen, in denen Kinder- und Zwangsarbeit steckt.“ Das Ergebnis ist denkbar knapp. Die Mehrheit der Schweizer war dafür. Aber es muss auch eine Mehrheit der Kantone zustimmen, was nicht erreicht wurde. Jetzt kommt der Parlamentsentwurf zum Zug. Die Schweiz bekommt so erstmals ein Gesetz, das Verantwortung von Unternehmen in globalen Lieferketten regelt.

„Auch Deutschland muss jetzt handeln und ein Sorgfaltspflichtengesetz verabschieden“, fordert Müller. Im Gegensatz zur Schweiz ist das bei uns im Koalitionsvertrag eindeutig festgelegt. Die Eckpunkte von Arbeitsminister Heil und Entwicklungsminister Müller liegen vor. Er fordert ganz klar: „Die Blockade einiger Wirtschaftsverbände darf nicht dazu führen, dass ein Gesetz in dieser Legislaturperiode verhindert wird. Wir müssen vor Weihnachten zu einer

## 1000 ABIOLA SolarKits für Afrika

In vielen Entwicklungsländern gibt es noch immer keine Stromversorgung. Dadurch sind viele Menschen vom Tageslicht abhängig. Gleichzeitig ist ein Smartphone für diese Menschen oft die Lebensgrundlage, die für ihre Arbeit sehr wichtig ist. Meist können Smartphones jedoch nur stationär an Sammelstellen geladen werden, die meist viele Kilometer entfernt sind. ABIOLA will helfen. Die gemeinnützige Organisation hat sich auf die Herstellung und den Vertrieb sogenannter OffGrid-Systeme auf Solarbasis spezialisiert.

ABIOLA hat sich zum Ziel gesetzt, den Ausbau der erneuerbaren Energien in afrikanischen Ländern zu unterstützen. Es wurden bereits über 1.000 ABIOLA SolarKits gespendet. Zusammen mit befreundeten Organisationen, Vereinen und Unterstützern strebt man große Ziele an.

#### Beispiel: Bildungshilfe für Mädchen in Nordkamerun

„Selbstbestimmung durch Bildung“ – Bildungshilfe für Mädchen in Nordkamerun. Das Projekt „Selbstbestimmung durch Bildung“ hat das Ziel, möglichst vielen Mädchen, die es sich nicht leisten können, die Schule zu besuchen oder eine Ausbildung zu machen, den Weg zu ihrer ökonomischen und persönlichen Selbstständigkeit zu ebnet.

#### Das Projektgebiet

Die Mafa sind mit etwa 400.000 Menschen die größte und politisch dominante Ethnie der Bevölkerungsgruppen in Nordkamerun. Sie leben auf den mit durchschnittlich 150 Einwohnern je km<sup>2</sup> äußerst dicht besiedelten Übergangshängen des nordwestlichen Mandarara-Gebirges. Ihre Ernährung besteht hauptsächlich aus Hirse, die sie mit Hacken auf terrasierten Feldern angebaut wird. In den Gehöften halten die Menschen einige Ziegen und Schafe und vereinzelt auch einen Stier. Das Mandara-Gebirge ist nicht an das Stromnetz angeschlossen. Sommer wie Winter wird es

nach 18 Uhr dunkel und gegen 6 Uhr morgens wieder hell.

#### Die Situation der Frauen

Die Mafa-Gesellschaft ist streng patriarchalisch. Die Erde und alles, was aus ihr hervorgeht, gehört den Männern – auch die Kinder, die im Scheidungsfall bei ihrem Vater oder bei dessen Verwandten zurückbleiben müssen. Es gilt als normal, wenn ein Vater seine Tochter im Alter von 15 Jahren verheiratet, häufig sogar mit einem Mann seines Alters.

Im Durchschnitt heiraten die Mafa-Frauen zwei bis dreimal und bringen acht Kinder auf die Welt, von denen auf Grund der schlechten hygienischen Bedingungen und der mangelhaften Gesundheitsversorgung die Hälfte stirbt, ehe sie zehn Jahre alt sind.

In über der Hälfte aller Haushalte leben zwei oder mehr Frauen mit einem Mann und ihren Kindern. Oft heiratet ein Mann eine weitere Frau, die dann verlangt, dass die erste Frau vertrieben wird. Sie darf nur mitnehmen, was sie am Leib trägt. Viele Männer gehen in die Stadt, um Geld für Steuern, Kleidung, Schulgebühren, Konsumgüter oder auch den Brautpreis für eine weitere Frau zu

verdienen. Die Frauen müssen dann mit der gesamten Feldarbeit, der Hausarbeit und der Versorgung der Kinder alleine zurechtkommen.

Viele Frauen wünschen ihren Töchtern ein besseres Los als ihr eigenes und tun deshalb, was ihnen möglich ist, um sie in die Schule zu schicken – in der Hoffnung, dass sie dann einen Beruf ergreifen und ihre Mütter im Alter unterstützen mögen.

#### Die Schulbedingungen

Obwohl in Kamerun Schulpflicht besteht, gibt es in vielen Dörfern keine Schule. In den Bergen liegt die Einschulungsquote nur etwa bei 30 Prozent. Die Kinder nehmen oft kilometerweite Wege auf sich, um eine Schule besuchen zu können. Durch Elterninitiativen werden neue Schulen gegründet, indem ein Lehrer bezahlt wird, der den Unterricht im Schatten eines Baumes abhält.

Offiziell ist in Kamerun der Schulbesuch kostenlos. Aber längst nicht alle Lehrer werden vom Staat bezahlt, so dass dennoch Gebühren erhoben werden. Hinzu kommen Ausgaben für Hefte und Stifte. Bücher oder einen Ranzen nennen die wenigsten Kinder in den Bergen ihr Eigen.

Wer eine weiterführende Schule besuchen will, muss die Mittel für Schulbücher und auch für eine Schuluniform aufbringen. Das alles ist sehr teuer für die Eltern. Sie müssen Hirse oder Ziegen verkaufen, die für den Eigenbedarf benötigt werden. Nur die Männer dürfen über die Arbeitsprodukte ver-

fügen. Sie bringen das Schulgeld lieber für ihre Söhne als für ihre Töchter auf. An den Grundschulen sind daher nur etwa ein Drittel der Kinder Mädchen. An weiterführenden Schulen machen Mädchen kaum zehn Prozent aus.

#### Der Mond ist die einzige Lichtquelle

Wenn die Sonne kurz nach 18 Uhr untergeht, stehen den meisten Haushalten nur noch eine trübe Petroleum- oder Taschenlampe zur Verfügung. Oft fehlt das Geld für Petroleum oder Ersatzbatterien. Dann ist der Mond – sofern er scheint – die einzige Lichtquelle oder auch mal ein paar brennende Hirsestängel als Fackel. Die Mädchen, die nach der Schule noch auf dem Feld oder im Haushalt helfen müssen, haben dann keine Gelegenheit mehr, für die Schule zu lernen.

#### Licht für die Schulumädchen!

Deswegen lautet die ABIOLA-Bitte: Spenden Sie den Schülerinnen in Nordkamerun Licht!

Mit Unterstützung der DAFRIG und weiterer Partnerorganisation können immer mehr Mädchen einen Schulabschluss und eine Ausbildung machen und sogar ein Studium aufnehmen. Sie werden als selbstbestimmte junge Frauen ein Vorbild für andere Mädchen in der Region sein. Geplant ist, dass alle ca. 100 Schülerinnen ein ABIOLA Familien SolarKit bekommen (Lampe + Solarpanel).

Initiator: ABIOLA und TERRE DES FEMMES e.V. Menschenrechte für die Frau.

Weitere Information unter: <https://abiola.eu/> □

**KOMPETENZEN VERBINDEN FÜR DIE EINE WELT**

**Akteure von Migration und Entwicklung vernetzen**

Kommunale Entwicklungspolitik profitiert von den Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten, die ihr Wissen und ihre Netzwerke in das gemeinsame Engagement einbringen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vernetzt und berät kommunale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · [www.kommunal-global-engagiert.de](http://www.kommunal-global-engagiert.de)

mit ihrer **ENGAGEMENT GLOBAL** Service für Entwicklungsinitiativen

Im Auftrag des **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT** Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

## GZ ZU GAST BEI ...

### Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Oberbürgermeister der wunderschönen Stadt Schweinfurt mit rund 55.000 Einwohnern.

### Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Ich habe mein Amt als Oberbürgermeister im Mai 2010 angetreten.

### Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin in einem politischen Haushalt aufgewachsen und war schon als Jugendlicher politisch interessiert. 2001 wurde ich gefragt, ob ich für den Schweinfurter Stadtrat kandidieren möchte. Nach der Wahl 2002 begann schließlich meine politische Laufbahn.



### Sebastian Remelé

Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt

### Wie haben Sie sich vorbereitet?

Auf das Amt des Oberbürgermeisters kann man sich nicht vorbereiten.

### Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Durch die hervorragende Arbeit meiner Vorgängerin Gudrun Grieser galt es, gleich von Beginn an hohen Erwartungen zu entsprechen. Gleichzeitig musste ich aber auch neue Impulse setzen und auf neue Herausforderungen neue Antworten geben.

### Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wie wir alle beschäftigt mich momentan natürlich die Coronakrise. Aber auch die einbrechende Gewerbesteuer, was die Stadt Schweinfurt als Industriestadt besonders betrifft, und die demographische Entwicklung unserer Stadt sind wichtige Themen.

### Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich muss und will mich mit der weiteren Entwicklung unserer Konversionsliegenschaften, dem Ausbau der Kindergartenlandschaft und dem Klimaschutz in und für unsere Stadt auseinandersetzen. Eine weitere Aufgabe ist und wird es sein, das Miteinander der verschiedenen Ethnien, die in Schweinfurt leben, zu fördern und den „common sense“ zu stärken.

### Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Behutsam starten, gut zuhören, viel aufsaugen und letztlich den eigenen Weg beschreiten. Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Mir ist der ständige Austausch und die direkte Begegnung wichtig. Ich halte das noch immer für die beste Form der Kommunikation. Das heißt, eine hohe Präsenz im städtischen Raum zu zeigen und auf die Mitbürger offen zugehen. Aber natürlich ist heute auch die Nutzung der Sozialen Medien und grundsätzlich der digitalen Kommunikationswege wichtig.

### Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird alle Lebensbereiche revolutionär verändern, auch die Kommunalpolitik. Auch hier müssen sicher in Zukunft neue Wege beschritten werden.

### Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Dankbar zurückblicken, mutig nach vorne sehen und stets auf Gott vertrauen!

### Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich möchte vor allem als humor- und verständnisvoll, weitsichtig, berechenbar und lebensbejahend in Erinnerung bleiben.



Gemeinsam nahmen Erster Bürgermeister Winfried Roßbauer (re.) und Schulleiter Rektor Franz Hottner (Mitte) die Luftreinigungsgeräte in Betrieb. Bernhard Steppe (li.), Geschäftsführer Vertrieb der Wolf GmbH, erläuterte die Geräte. Die kurzfristige Vollaussstattung zur Luftreinhaltung in der Grundschule Pürkwang sorgte für allgemeine Freude.

Bild: Roswitha Rossbauer

### Erste Schule im Landkreis Kelheim mit Vollaussattung:

## Schnelle Entscheidung zum Wohl der Kinder

Vier Luftreinigungsgeräte beschafft und schon montiert  
Lehrerkollegium zufrieden

Wildenberg. Nicht nur die Kinder der Grundschule Pürkwang, auch das gesamte Lehrerkollegium freut sich, dass die Gemeinde Wildenberg so schnell reagiert hat. Innerhalb einiger Wochen wurden vier neue Luftreinigungsgeräte der Firma Wolf aus Mainburg beschafft, die in Schulen, Kitas oder auch in der Gastronomie Aerosole stark reduzieren.

Der neue Wolf AirPurifier trägt dazu bei, dass ab sofort die Räume der Grundschule Pürkwang sowohl mit Hilfe guter Belüftung wie auch mit Luftfilterungsanlagen eine Übertragung von Viren über Aerosole so gering wie möglich halten.

### Sofort einsatzfähiges Umluftgerät

Der Raumluftexperte Wolf aus dem niederbayerischen Mainburg kam dabei mit seinem Luftreiniger AirPurifier, einem platzsparenden und sofort einsatzfähigen Umluftgerät zur Filterung von Aerosolen gerade rechtzeitig auf den Markt.

Wie Bürgermeister Winfried Roßbauer feststellte, wurden die vier Geräte erst kürzlich beschafft und sofort aufgestellt. Sie sind schon im Einsatz und filtern die Raumluft mit einem HEPA Hochleistungsfilter sowie einem zusätzlichen Aktivkohlefilter.

Die Geräte eignen sich für Räume in öffentlichen und gewerblichen Gebäuden wie Schulen, Kitas, Universitäten, Pflegeeinrichtungen und auch Fitnessstudios.

Raumlufthygiene an Schulen braucht jetzt eine Lösung – darüber war sich der Gemeinderat der Gemeinde Wildenberg mit seinem Jugendbeauftragten Markus Hirsch schnell einig. Die vier Geräte wurden einstimmig im Gemeinderat beschlossen und sofort beschafft.

### Erhebliche Herausforderungen in Schulen

„Die aktuelle Corona-Pandemie stellt unsere Schulen und auch Kitas vor erhebliche Herausforderungen. Stoßlüften reduziert die Aerosolkonzentration zwar deutlich, kann aber in der kommenden kalten Jahreszeit nicht immer konsequent durchgeführt werden. Nun sind schnelle und effiziente Lösun-

## Corona-Viren „weglüften“

Landratsamt Neu-Ulm hat 340 CO2-Messgeräte beschafft  
Nach den Weihnachtsferien folgen 50 Luftreinigungsgeräte

Regelmäßiges Lüften ist derzeit in den Schulen notwendiger denn je. Damit die Konzentration an Corona-Viren in der Luft nicht gefährlich hoch wird, muss den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrkräften immer wieder Frischluft zugeführt werden. In welchen Abständen die Fenster zu öffnen sind, zeigen die insgesamt 340 Kohlendioxid-Messgeräte, die das Landratsamt Neu-Ulm für seine zwölf kreisweiten Schulen beschafft hat.

„Die Kosten dafür belaufen sich zusammengerechnet auf circa 35.000 Euro“, informierte Heiko Schleifer, der Leiter des Fachbereichs „Schule, Kindergarten, Sport und Kultur“ im Landratsamt Neu-Ulm. „Die Sensoren der Messgeräte überprüfen fortlaufend die Luftqualität; sie sollen die Schulen beim bedarfsgerechten Lüften während der Corona-Pandemie – speziell in den Wintermonaten – unterstützen“, erläuterte Schleifer.

### Übergabe an Lehrer und Schüler

Wenn der CO2-Gehalt in der Raumluft vom grünen, über den gelben, in den roten Bereich wandert, „dann muss wieder Sauerstoff in die Klassenzimmer gelassen werden“, so Landratsamtvertreter Franz-Clemens Brechtel. Er überreichte vor Ort die 36 etwa handgroßen Messgeräte, die für die Christoph-Probst-Realschule Neu-Ulm bestimmt sind, an die stell-

vertretende Schulleiterin Julia Kauder sowie die beiden Schülersprecherinnen Iva Brahimi und Bianca Diaconu.

### Anschaffungskosten übernimmt der Freistaat

Nach den Weihnachtsferien wird das Landratsamt Luftreinigungsgeräte folgen lassen. „Sie sind für Schulräume gedacht, die sich nicht so gut lüften lassen. Das sind zum Beispiel Lehrerzimmer, Klassenzimmer oder Fachräume, die nur über kleine Fenster oder Oberlichter verfügen“, erklärte Brechtel. Für die insgesamt zwölf Schulen, deren sogenannter Sachaufwandsträger der Landkreis Neu-Ulm ist, werden Mitte Januar 2021 zusammengekauft 50 mobile Luftreinigungsgeräte mit Filterfunktion angeliefert.

Die Anschaffungskosten für die genannte Menge beider Gerätetypen übernimmt vollständig der Freistaat Bayern, nur für die Folgekosten muss jeweils der Landkreis aufkommen. □

## Erste Schritte beim Projekt „Regio 2030“

Bezirk will Kantinen in eigenen Einrichtungen nachhaltiger machen – Arbeitsgruppe plant die schrittweise Umsetzung

Mainkofen. Im Rahmen der Sitzung des Bezirksausschusses am Dienstag in Mainkofen informierte Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten, die Bezirksräte über den Stand des im Dezember 2019 beschlossenen Projektes „Regio 2030“.

Der fraktionsübergreifende Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CSU, SPD und Freie Wähler hatte das Ziel, die Verwendung von regional produzierten Lebensmitteln auch in Bioqualität in den Bezirkseinrichtungen schrittweise zu erhöhen – bis 2030 auf mindestens 30 Prozent an regionalen Produkten und 30 Prozent an Bioprodukten. Bevorzugt eingekauft werden soll in der konventionellen Landwirtschaft Niederbayerns, so dass kurzfristige Nachlieferungen möglich sind und die Landwirtschaft vor Ort gestärkt wird. Zudem will man durch eine gezielte Umstellung der Speisepläne versuchen, der Verschwendung von Lebensmitteln entgegen zu wirken und so zumindest einen Teil der Mehrkosten für den Einkauf von regional er-

zeugten Produkten und Bioprodukten auszugleichen.

Anfang 2020 wurde nun eine feste Arbeitsgruppe installiert, sie besteht aus: Lukas Dillinger, Projektleiter Genussregion Niederbayern; Christian Fenzl, Verwaltungsleiter Mainkofen; Margit Huber, Verpflegungsleiterin Agrarbildungszentrum Landschut-Schönbrunn (ABZ); Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten; Günther Putz, Gutshof Mainkofen; Martin Scholz, Verwaltungsleiter ABZ; Dorothee Trautzettel, beim AELF Landshut Leiterin des Fachzentrums Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung; Manfred Weikl, Verpflegungsleiter im Bezirksklinikum Mainkofen; Robert Zimmerer, Verwaltungsleiter am Institut für Hören und Sprache in Straubing (IfH) sowie

Hildegard Zißler, Verpflegungsleiterin am IfH.

In zwei Treffen wurde in diesem Jahr zunächst das organisatorische Vorgehen besprochen sowie die ersten Themenschwerpunkte definiert. Ins Detail ging man bereits mit einem Fachvortrag zur rechtssicheren Ausschreibung von regionalen und Bio-Produkten.



Dr. Olaf Heinrich. Bild: Bezirk Ndb.

„2021 wollen wir konkrete Schritte hin zur Umsetzung machen“, so Katrin Landes. Dabei sollen zu den jeweiligen Schwerpunkten Referenten und Experten hinzugeholt werden, um die Theorie in die Praxis zu überführen. Eine große Rolle spielen dabei die Küchenverantwortlichen, die so wichtige Impulse zur Umsetzung bekommen sollen.

Inhaltlich soll in 2021 die Biozertifizierung angegangen und das Thema Vermeidung von Lebensmittelverschwendung forciert werden. Auch soll eine Zusammenarbeit mit regionalen Lieferanten aufgebaut werden, die die Kantinen mit regionalen Erzeugnissen beliefern können.

Die Bezirksräte waren erfreut, dass sich die Kantinen immer mehr nachhaltig aufstellen und sehen es als richtigen Weg, die Landwirtschaft zu stärken. „Trotz der vielen Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie wurden einiges an Vorarbeit geleistet. Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr dann bereits über die Umsetzung berichten können“, fasste es Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich zusammen. ml

### Wegen hoher Infektionszahlen im Landkreis:

## Drastische Maßnahme in Markt Schwaben

Wegen der allgemein hohen Infektionszahlen im Landkreis Ebersberg hat Markt Schwabens Gemeinderat beschlossen, dass in den kommenden Monaten von den 25 gewählten Mitgliedern des Gremiums künftig nur noch maximal zehn bei der Gemeinderatssitzung anwesend sein und Beschlüsse fällen dürfen. Konkret soll der Sonderausschuss ab einem kreisweiten Corona-Inzidenzwert von 100 einberufen werden. Derzeit liegt dieser bei knapp unter 200 (Stand: 29. November). Damit wählt Markt Schwaben landkreisweit die höchste Sicherheitsstufe aller politischen Gremien.

Nach wie vor verzichtet der überwiegende Teil der insgesamt 19 Gemeinden und zwei Städte im Landkreis auf Sonderausschüsse. Ausnahme ist die Gemeinde Anzing, in der das Corona-Gremium allerdings nur dann einberufen wird, wenn der Inzidenzwert kreisweit über 200 steigt. Vaterstetten wiederum hat zwar Kriterien für einen Sonderausschuss festgelegt, dieser soll jedoch nur tagen, wenn in Bayern der Katastrophenfall gilt. DK

gen in der Grundschule Pürkwang im Einsatz, die den Regelbetrieb unserer Einrichtung in den kommenden Monaten gut ermöglichen“, so Bürgermeister Winfried Roßbauer.

Deshalb ist er froh, dass der gesamte Gemeinderat hinter der Anschaffung des AirPurifier von Wolf gestanden habe. Die Firma Wolf, ein Raumluftexperte leistet dabei einen guten Beitrag für die Schulen.

Beim Aufstellen des Wolf AirPurifier legten die Bauhofmitarbeiter mit Hand an. So konnten die Geräte unkompliziert und schnell aufgebaut und eingeschaltet werden.

### Einfachste Installation

Das Luftreinigungssystem ist jetzt einsatzfähig. Es musste lediglich über einen handelsüblichen Schuko-Stecker an den Stromkreis angeschlossen werden. Die Geräte laufen – und davon überzeugten sich schon einige Interessierte – relativ leise und gewährleisten mit einer sechsfachen Luftfiltrationsrate pro Stunde auch bei geschlossenen Fenstern, dass Gerüche, Schadstoffe und Aerosole in der Luft effektiv reduziert werden.

Die glatten Oberflächen stellen den hygienischen Betrieb streng nach VDI 6022 sicher. Entwicklung und Produktion des AirPurifiers in Deutschland gewährleistet zudem eine hohe Qualität. Darüber freuten sich alle Anwesenden bei der Übergabe der Geräte ganz besonders. □

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel  
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:  
Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020

Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags  
und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern:

## Wechsel an der Spitze

Die bayerische Arbeitsgemeinschaft der Euregio Egrensis hat einen neuen Präsidenten: Der Wunsiedler Landrat Peter Berek löste die frühere Marktredwitzer Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder an der Spitze der grenzüberschreitenden Organisation ab. Neuer erster Stellvertreter Berek ist Roland Grillmeier, Landrat aus Tirschenreuth, als zweiter Stellvertreter wurde Klaus Peter Söllner, Landrat des Landkreises Kulmbach, wiedergewählt.

Bei der turnusmäßigen Mitgliederversammlung in Marktredwitz, die Ende Oktober unter strenger Beachtung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln stattfand, wurde Dr. Birgit Seelbinder aus ihrer Funktion verabschiedet, die sie seit der Gründung der Euregio im Jahr 1992 innehatte. Sie war damit Gründungsvorsitzende des Verbundes, der nach den historischen politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa in den Jahren nach 1989 auf den Weg gebracht wurde, um die Beziehungen zwischen den Nachbarregionen Bayern, Böhmen sowie Sachsen und Thüringen wieder mit Leben zu füllen.

### Seelbinders Lebenswerk

Aus dem vormaligen Präsidenten bedankte sich der bisherige erste Stellvertreter und ehemalige Tirschenreuther Landrat Wolfgang Lippert bei „einer der profiliertesten unter den Kommunalpolitikern in der Region, wenn es um die Zusammenarbeit mit den tschechischen Nachbarn geht“ mit Worten des Respekts und der Anerkennung. Die Euregio bezeichnete er als „Lebenswerk“ Seelbinders.

Der neu gewählte Euregio-Präsident Peter Berek sagte an seine Vorgängerin gewandt: „Die Euregio Egrensis wird immer Ihre Euregio bleiben.“ Er wolle nicht in Seelbinders Fußstapfen treten, die ohnehin zu groß für ihn seien, sondern eigene Spuren hinterlassen.

Zuvor hatte die scheidende Präsidentin ihren letzten Rechen-

schaftsbericht abgegeben und die beiden früheren Landräte Dr. Karl Döhler aus Wunsiedel und Wolfgang Lippert für ihre Verdienste um die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu Ehrenmitgliedern der Euregio ernannt.

### Ausblick auf die künftige EU-Förderpolitik

In ihrem Ausblick auf die künftige EU-Förderpolitik ab 2021 wies Seelbinder darauf hin, dass im Entwurf der künftigen Interreg-Verordnung Kleinprojekte verstärkt zur Anwendung kommen sollen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Die Euregios würden regelmäßig in den Abstimmungsprozess zwischen Wirtschaftsministerium und tschechischem Ministerium für Regionalentwicklung durch Videokonferenzen einbezogen. Erkennbar sei der erklärte Wille der Europäischen Kommission, die Regularien für die Kleinprojekteförderung deutlich zu erleichtern, indem vereinfachte Kostenoptionen wie Pauschalen verstärkt zur Anwendung kommen sollen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Die Auswahl der Themen für das künftige Förderprogramm untermauert die Euregio Egrensis Seelbinder zufolge durch eine Entwicklungsstudie, die Teil des Netzwerkprojekts „Neue Impulse für den Grenzraum“ ist. Mit der Erstellung beauftragte die Euregio das Institut für Systemisches Management und Public Governance an der Universität St. Gallen, zusammen mit ihrem tschechi-

schen Partner, der Ostböhmischen Entwicklungsagentur. Zielsetzung dieser Studie ist es, einerseits Themen zu ermitteln, die aus Euregio-Sicht im künftigen Kooperationsprogramm Bayern-Tschechien 2021-2027 bei Großprojekten förderfähig sein sollen (z.B. Kultur, Tourismus) und andererseits Projekt-konstellationen zu benennen, die im Kleinprojektefonds förderfähig sein sollen.

Darüber hinaus sollen auch allgemeine Themen herausgearbeitet werden, die im Euregio-Gebiet für so wichtig erachtet werden, dass sich die Euregio Egrensis in der neuen Förderperiode mit ihnen beschäftigen sollte. Bisherige Bestandteile der Studie waren zum Beispiel eine Stärken-Schwächen-Analyse für den Euregio-Raum und eine Reihe von Telefoninterviews mit fachlichen Experten aus Oberfranken und der Oberpfalz zu künftigen Förderthemen. Diese Erkenntnisse wurden bei einem Arbeitstreffen Ende September vertieft und erweitert.

### Historischer Schritt

Wie Seelbinder betonte, nutzen die drei Euregio-Arbeitsgemeinschaften ihr erstes Treffen nach der Wiederöffnung der Grenze im Gemeinsamen Präsidium Ende Juni, um ihre Zusammenarbeit auf eine neue Stufe zu heben: Durch den gegenseitigen Beitritt der drei selbstständigen Vereine wird die seit 1993 bestehende Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften Bayern, Böhmen und Sachsen/Thüringen weiter intensiviert. Dieser Schritt ist aus Sicht der ehemaligen Präsidentin wahrhaft historisch, weil die Euregio Egrensis damit gerade in der Zeit der Corona-Pandemie ein starkes Zeichen für eine gemeinsame Region ohne Grenzen setzt. **DK**

### Bezirke Mittel- und Unterfranken:

## Prämierte Beispiele gelebter Inklusion

Die Bezirke in Mittel- und Unterfranken haben ihre jährlichen Inklusionspreise verliehen. Die mittelfränkische Auszeichnung, dotiert mit 5.000 Euro, ging an das Rother Inklusionsnetzwerk (RHINK). Fünf Initiativen dürfen sich dagegen in Unterfranken freuen. Mit jeweils 2.500 Euro wurden die Berufsfachschule für Ernährung in Schweinfurt, das inklusive Fußballteam Veitshöchheim, die Blaskapelle Augsfeld, das „In-Hotel“ Mainfranken in Marktbreit und die Integrativ-Musikgruppe „Freudentöne“ aus Karlstein am Main bedacht.

Das ehrenamtlich arbeitende Rother Inklusionsnetzwerk setzt sich seit sechs Jahren für die Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum ein. Dafür wollen die knapp 70 Mitglieder das Bewusstsein für vorhandene Barrieren schärfen und so die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen voranbringen. Viele der RHINK-Mitglieder sind Experten in eigener Sache, da sie selbst ein Leben mit Behinderung führen. Das Inklusionsnetzwerk hat außerdem die Projektleitung über die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung, kurz EUTB, im Landkreis Roth inne.

Unter dem Motto „Gemeinsam mehr erreichen“ arbeitet das RHINK daran, verschiedene Menschen mit und ohne Behinderung aus den unterschiedlichsten Bereichen wie Verwaltung, Politik, Bildung, Kultur, Selbsthilfe oder Gesundheit zusammenzubringen. Angehörige und Interessierte erhalten kompetente Beratung rund um das Thema Teilhabe am öffentlichen Leben. Mit regelmäßigen Aktionen, beispielsweise am „Tag der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“, Aufklärungsarbeit und Sensibili-

sierung zum Thema Inklusion in Schulen und Bildungseinrichtungen oder mit Projekten wie der „WEGWEISER“ oder die Wanderausstellung „Ich bin m/eine Erfahrung“ will das Rother Inklusionsnetzwerk wachrütteln.

### Gesunde Ernährung

In Unterfranken überzeugte die Berufsfachschule für Ernährung und Versorgung Maria Theresie der Gemeinnützigen Gesellschaft in Schweinfurt mit ihrem Bildungsprojekt „Gesunde Ernährung“ die Jury. Im Vordergrund des Projekts stand, gesunde Gerichte anhand von Rezepten in leichter Sprache gemeinsam zu kochen und zu verzehren.

Miteinander lernen, gemeinsam musizieren und anderen Menschen eine Freude machen, ist seit über 40 Jahren das Ziel der Blaskapelle Augsfeld. Einmal in der Woche trifft sich die Blaskapelle, die aus 15 Musikern, einem Dirigenten einer Betreuerin und dem Ausbilder besteht, zum gemeinsamen Musizieren. Die Musikerinnen und Musiker arbeiten alle in der Werkstatt für behinderte Menschen in Augsfeld. Mittlerweile kommen auch

mehr Musiker aus den umliegenden Ortschaften dazu. Laut Konrad Schneider von der Blaskapelle Augsfeld „fördert das Musizieren die Solidarität und den sozialen Zusammenhalt – auch deshalb ist dieses Projekt so wichtig.“

Sport überwindet Grenzen. Das zeigt sich nicht nur im internationalen Sportgeschehen, sondern gilt auch für das „Inklusive Fußballteam Veitshöchheim“. Seit 2004 treffen sich einmal pro Woche Fußballbegeisterte aller Altersgruppen, Nationalitäten und Berufsgruppen, ob mit oder ohne Handicap, auf dem Sportplatz, um ihrer Lust am Ballsport freien Lauf zu lassen. Zu den Fußballern gehören Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder Äthiopien ebenso wie ehemalige Zivildienstleistende bzw. Schüler des Berufsförderwerks oder des Caritas-Don Bosco-BFW. Eine lebendige Truppe, in der der Mannschaftsgeist den Ton angibt.

Im „In-Hotel“ Mainfranken findet der Urlaubs- oder Tagungsgast abseits der Einheitsgastonomie den Komfort, den auch ein „normales“ 3-Sterne-Hotel bietet, und dazu zahlreiche Besonderheiten. In dem AWO-Hotel fühlen sich die schwerbehinderten Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen sehr wohl, weil diese bestmöglich an deren Bedürfnisse und Besonderheiten angepasst werden. Dass dieses „Andersein“ für den Gast von Vorteil ist, beweisen kleine und große Annehmlichkeiten, von frischen hausgemachten Köstlichkeiten bis hin zur fast vollständig bar-

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Stay at home – dieses Motto begleitet uns heuer in der Adventszeit und wir in der Familie nutzen das, um zu kochen, zu backen und wieder bewusster mit Lebensmitteln umzugehen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte die Idee, dass er, sowie einige Dezernenten und Stadträte auf einer stadt-internen Plattform in Anlehnung an den Twitch-, Instagram- oder Tiktok-Stil einen Einblick in das geben, was sie neben Homeoffice zuhause so machen. Quasi als Ersatz für den Ratsch über Persönlich-Privates, den man sonst bei der Weihnachtsfeier oder beim Gang über den Christkindlmarkt mit seinen Mitarbeitern geführt hätte. Denn Feiern und Bummeln fällt dieses Jahr flach.

Zugegeben, das Intro des Bürgermeisters

## Renaissance am heimischen Herd

zu seinem Ausflug in die heimische Küche ist ein bisschen hölzern-staatsmännisch geraten, aber dann war es doch ganz interessant, den Chef und seine Frau an Herd und Backofen wirken zu sehen. Damit meine ich nicht den Schlüsselloch-Moment (so also sieht es in Bürgermeisters Küche aus), sondern tatsächlich die Rezepte, die er präsentierte und die Tricks und Kniffe, die er so auf der Pfanne hat, um etwa Saucen zu strecken oder Fleisch zu retten, das etwas zu schwarz geraten ist.

Wobei ich zugeben muss, dass ich die letzten Wochen und Monate auch genutzt habe, um mehr und aufwändiger zu kochen. Zwar hole ich mir mindestens einmal in der Woche etwas aus einem der geschlossenen Lieblings-Restaurants, um die Wirte zu unterstützen und ihnen zu zeigen, dass man auf bessere Zeiten hofft. Aber da Restaurantbesuche in normalen Zeiten doch eher etwas Besonderes sind, geht das halt mit der Zeit ins Geld. Außerdem geht man ja ins Restaurant, um das Ambiente zu genießen und umsorgt zu werden. Essecke und Abwasch ist da kein richtiger Ersatz.

Aber OK, wenn wir jetzt den Gaststätten nicht helfen, sind sie nicht mehr da, wenn sie uns wieder verwöhnen dürften. Deshalb reuen mich weder die Kosten noch der viele Verpackungsmüll beim meal to go.

Aber es bleibt in diesen Tagen eben auch viel mehr Zeit, selber am Herd etwas zu zaubern.

Mit dem Homeoffice spart man sich Fahrzeiten und bis in die frühen Abendstunden ziehende Sitzungen finden nicht mehr statt, weil man sich bei der Videokonferenz kürzer fasst oder weil ein gnädiges Schicksal in Form eines Netzaussetzers der Veranstaltung ein Ende macht. Kein Konzert, keine Lesung, keine Vereinssitzung zieht einen aus der Küche. Die sozialen Kontakte

beschränkt man aus Vernunft oder weil es einfach fad ist, in entgegengesetzten Ecken des Wohnzimmers zu sitzen und alle halbe Stunde die Fenster sperrangelweit aufzureißen.

Nein, da lobe ich mir mein Reich in der Küche, in dem ich mich so richtig austoben kann. Erst die intensive Lektüre der Kochbücher, die sich über die Jahre und oftmals nach dem ersten Durchblättern unbeachtet angesammelt haben. Dann die Zutaten einkaufen und ein ums andere Mal staunen, welche exotischen Gewürze ein ganz normaler deutscher Supermarkt mittlerweile anbietet – unser Land ist zumindest kulinarisch wirklich weltoffen. Dann der eigentliche Akt: Fleisch oder Fisch schneiden, Gemüse putzen und würfeln, die Gewürze und anderen Zutaten in Reih und Glied in der Reihenfolge der Zugabe zum entstehenden Mahl anordnen, Herd und Ofen an – und los geht es. Kochen ist haptisch ein Vergnügen, spricht mit dem Bruteln des Öls und dem nach und nach verströmenden Duft der Speisen aber auch sonst andere Sinne neben dem Geschmackssinn an. Der wiederum wird ange-regt durch Probieren und Abschmecken sowie durch den obligatorischen Wein, der nicht nur die Speisen begleitet, sondern auch deren Zubereitung. Motto: Der Wein muss in den Koch!

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ganz beglückt, in mir eine Gleichgesinnte erkannt zu haben, was Kochen und Essen angeht. Jetzt hoffen wir nur beide, dass Hefe nicht wieder wie im ersten Lockdown zur Bäckware wird und wir uns auf Plätzchen- und Stollenbacken freuen können. Jedenfalls halten wir es mit dem französischen Gastronom Jean Brillat-Savarin: „Die Kochkunst ist die älteste der Künste, weil Adam mit nüchternem Magen zur Welt kam.“

Ihre Sabrina

## Besonderer Unterricht auf dem Pausenhof der AMA

Einen ganz besonderen Unterrichtsvormittag durfte die Klasse 5c der Aveninus Mittelschule Abensberg mit Klassenleiterin Kathrin Kiermeier im November erleben. Marion Huber-Schallner, Stadträtin und Behindertenbeauftragte der Stadt Abensberg besuchte die Ganztagesklasse. Seit einem schweren Autounfall sitzt sie im Rollstuhl und hat es sich zur Aufgabe gemacht, ihre Mitmenschen für das Thema Inklusion/Integration zu sensibilisieren.

Die 23 Buben und Mädchen konnten das Ereignis kaum mehr abwarten, hatte sich Frau Huber-Schallner doch mit mehreren Leihrollstühlen der Firma Seitz und dem Versprechen an-

riefreien Ausstattung, für die man das „In-Hotel“ Mainfranken schätzt.

Die Integrativmusikgruppe „Freudentöne“ des Club 82, eine Initiative Körperbehinderter, e.V.) blickt auf eine wachsende Erfolgsgeschichte zurück. 2018 feierte die Gruppe ihr 20-jähriges Bestehen. In aufwändiger Vorarbeit werden jedes Jahr ein Musical oder Aufführungen für Feste oder Weihnachtsfeiern geplant und intensiv Lieder und Instrumentalbegleitungen einstudiert. Teilweise müssen Texte in kurze, einfache Sprache umgeschrieben werden und auch Kostüme und die Bühnendekoration wird selbst erarbeitet und hergestellt. Doch dem Namen „Freudentöne“ getreu, steht die Freude beim Singen und Spielen im Vordergrund. **DK**

gekündigt, dass jedes Kind das Fahren mit einem Rollstuhl selbst ausprobieren dürfe. Nach einer kurzen theoretischen Einführung zum Thema Behinderung im Allgemeinen wurde der Aufbau eines Rollstuhls besprochen und Leopold, ein Schüler der 5c, selbst Teilzeit-Rolli-Fahrer, half seinen Mitschülern bei den ersten Fahrversuchen und zeigte, wie man beispielweise eine Kurve mit dem Rollstuhl fahren kann.

### Sensibilisierung durch praktische Erfahrung

Und schon ging es nun auch für die restlichen Schüler an die praktische Umsetzung heran. Immer vier Kinder konnten gleichzeitig die mitgebrachten Rollstühle benutzen und probierten unter der fachkundigen Anleitung von Frau Huber-Schallner und Leopold die verschiedensten Dinge aus: Parcours-Fahren, das Fahren über verschiedene Bodenbeläge wie zum Beispiel Kopfsteinpflaster, eine Rampe hinauf und auch wieder herunterfahren. Dabei traten plötzlich Fragen

zutage wie „Wie komme ich eigentlich eine Bordsteinkante hinauf?“ oder „Was ist zu tun, wenn keine Rampe da ist und ich eine Stufe mit dem Rollstuhl bewältigen muss?“ Mit Feuereifer waren die Schüler bei bestem Wetter mit „ihren“ Rollstühlen auf dem Pausenhof und um das Gelände der Aveninus-Mittelschule herum unterwegs.

Ein besonderes Highlight erlebte dann noch die letzte Schülergruppe: Sie durfte, zum Glück unfallfrei, mit den Rollstühlen einen kleinen Berg beim Parkplatz der Lehrer hinunter (und auch wieder hinauf) fahren. In Windeseile war der schöne und lehrreiche Vormittag vergangen. Rektor Wolfgang Brey: „Die Kinder können sich nun sehr viel besser in die Lage ihres behinderten Mitschülers hineinversetzen!“ Regina Beckstein, Behindertenbeauftragte an der Mittelschule: „Die Kinder wissen jetzt auch, dass man Rollstuhlfahrern nicht einfach ungefragt Hilfe aufdrücken sollte, sondern lieber direkten Augenkontakt herstellen und die Person einfach fragen, ob sie Hilfe braucht.“

Wolfgang Brey und Regina Beckstein bedankten sich abschließend auch bei der Klassenlehrerin für das tolle Projekt und freuten sich über die äußerst gelungene Sensibilisierung der Kinder für das Leben von Behinderten. **□**

# Die Welternährung auf 2.000 Quadratmetern

Bezirk Niederbayern unterstützt den ‚Weltacker Landshut e. V.‘ mit landwirtschaftlicher Fläche

Landshut. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich traf sich vor kurzem mit zwei Gründungsmitgliedern des jungen Vereins ‚Weltacker Landshut‘ an einer landwirtschaftlichen Fläche des Lehrguts für ökologischen Landbau am Agrarbildungszentrum (ABZ) Landshut-Schönbrunn. Markus Roos und Klaus Karg erläuterten dem Bezirkstagspräsidenten und ABZ-Direktor Thomas Schneidawind ihr ambitioniertes Projekt ‚Weltacker Landshut‘, dem es bis dato noch an einer geeigneten landwirtschaftlichen Fläche fehlte.

Vorbild für die Landshuter Initiative ist die ‚Zukunftsstiftung Landwirtschaft‘ in Berlin, die den weltweiten landwirtschaftlichen Anbau durch einen beispielhaften ‚Weltacker‘ begreifbar macht. Eine einfache Rechnung bildet die Basis für das Projekt: Derzeit leben etwa 7,8

Milliarden Menschen auf der Erde – bei 1,4 ha Ackerfläche. Daher muss jeder Mensch rund gerechnet mit 0,2 ha bzw. 2.000 qm Ackerland auskommen – eine Fläche, die im Grunde für die Ernährung eines einzelnen Menschen reicht. Auf ein einziges Nahrungsmittel reduziert,

würde die Fläche beispielsweise für 8.500 Kilogramm Kartoffeln pro Jahr ausreichen. In der Praxis teilt sich die bewirtschaftete Fläche auf viele verschiedene Kulturen wie etwa Getreide- und Gemüsesorten auf. Je häufiger ein einzelner Mensch mit dem Auto fährt und Fleisch isst, desto mehr muss er dafür von ‚seinen‘ 2.000 qm aufwenden. Je weniger regional und saisonal sich der Mensch ernährt, umso mehr ‚persönliche‘ Fläche geht zusätzlich verloren, denn auch die Energie für Lagerung und Lebensmittel-Transporte muss angerechnet werden.

## Zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit

In der Realität ist die deutsche Bevölkerung aber bestens versorgt – allerdings sind dazu deutlich mehr als 2.000 qm

nötig, was auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit geht. Den Menschen in ärmeren Regionen bleibt durch die Ernährungsgewohnheiten in den Industrienationen weniger Fläche für den eigenen Lebensmittelanbau.

„Wir wollen nicht missionieren, sondern den Menschen verdeutlichen, was unsere Ernährungs- und Lebensgewohnheiten bedeuten“, so Karg. Dabei möchten wir die globale Landwirtschaft möglichst maßstabsgetreu auf 2.000 qm Anbaufläche abbilden“, ergänzt Markus Roos, erster Vorsitzender des im Juli dieses Jahres gegründeten Vereins. Knapp die Hälfte der Fläche entfielen zum Beispiel auf Getreide, ungefähr 15 Prozent auf Ölfrüchte und rund sieben Prozent auf Gemüse und Wurzelfrüchte. Naturgemäß ließen sich nicht alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Welt in Niederbayern anbauen.

Ab 2021 sind Führungen, Vorträge, Seminare und ‚Koch-Werkstätten‘ geplant. „Neben

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Wandkalender der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

dem geeigneten Acker brauchen wir noch helfende Hände für den Anbau und die Pflege der Kulturen, Hilfe bei der Bildungsarbeit und Organisation, auch Sachspenden bzw. Leihgaben von Werkzeugen und Maschinen zur Ackerbearbeitung würden uns helfen“, so Roos.

„Mit dem Agrarbildungszentrum und den hier angesiedelten Schulen wird der Bezirk seiner Aufgabe gerecht, für die bestmögliche Ausbildung des Nachwuchses in grünen Berufen zu sorgen“, so Dr. Heinrich. „Schon seit fast dreißig Jahren engagiert sich der Bezirk für den ökologischen Landbau. In den vergangenen Jahren wurde nicht zuletzt durch die klimatischen Veränderungen immer deutlicher, wie wichtig und richtig diese Strategie war. Derzeit verstärken wir unser Engagement für mehr regionale und biologisch erzeugte Lebensmittel – so zum Beispiel mit den Projekten ‚Regio 2030‘ und ‚Genusregion Niederbayern‘. Markus Roos: „Wir haben vor, den künftigen Weltacker biologisch zu bewirtschaften, und zwar nach den strengen Richtlinien von Naturland – so wie es auch das Lehrgut für ökologischen Landbau am Agrarbildungszentrum praktiziert.“

„Das Projekt Weltacker wird vielen Menschen veranschaulichen können, dass jeder etwas zur Nachhaltigkeit der Lebensmittelerzeugung, zu mehr Umweltverträglichkeit und zur sozialen Gerechtigkeit beitragen kann“, so Heinrich.

[www.weltacker-landshut.de](http://www.weltacker-landshut.de) □

## Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 17. Dezember 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk
- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Bau und Ausstattung

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland



### Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

[www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern)

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de

### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah  
[erdgas-schwaben.de](http://erdgas-schwaben.de)

### Erneuerbare Energien

**LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN** **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

**juwi AG** · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

### Fahrenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling  
Tel: 09451 93130 · [www.fahrenn-koessinger.de](http://www.fahrenn-koessinger.de)

Fahren Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung seit 1910

**PP**

**Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen**

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg  
[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

### Gewerbebau

**Fertigteilbau in Holz und Beton**

Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten

Herstellung im eigenen Werk in Massing

**Laumer**  
Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · [www.laumer.de](http://www.laumer.de)

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



### Hydraulik Hochdruckreinigung

**DYNASET** POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrfähigkeitssysteme

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**  
Unteregstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100  
info@pt-dynaset.de · [www.pt-dynaset.de](http://www.pt-dynaset.de)

### Informationssicherheit / Datenschutz

**Daten schützen.**

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO BayDSG ext. DSB ext. ISB ISIS12 Schulungen eLearning

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Kommunale Fachmedien

**Wegweisend bei Wissen.**  
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de) **schweitzer** Fachinformationen

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

### Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

**SEW**

**Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach**

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage (ab 3.000 m³/h Luftleistung)

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

**Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):**  
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

**SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560**  
[www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de)

### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)

### Sitzmöbelhersteller

**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de)  
[www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

**deko-jochum**  
bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **Platts Star**

**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**



# BAYERISCHE GemeindeZeitung 2021

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Fr 1 <small>Neujahr</small>	Mo 1	Mo 1	Do 1	Sa 1 <small>Tag der Arbeit</small>	Di 1	Do 1 <small>Bayerischer Sparkassentag 2021, Augsburg</small>	So 1	Mi 1	Fr 1	Mo 1 <small>Allerheiligen</small>	Mi 1
Sa 2	Di 2	Di 2	Fr 2 <small>Karfreitag</small>	So 2	Mi 2	Fr 2	Mo 2	Do 2	Sa 2	Di 2	Do 2
So 3	Mi 3	Mi 3	Sa 3	Mo 3	Do 3 <small>Fronleichnam</small>	Sa 3	Di 3	Fr 3	So 3 <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	Mi 3	Fr 3
Mo 4	Do 4	Do 4	So 4 <small>Ostersonntag</small>	Di 4	Fr 4	So 4	Mi 4	Sa 4	Mo 4	Do 4	Sa 4
Di 5	Fr 5	Fr 5	Mo 5 <small>Ostermontag</small>	Mi 5	Sa 5	Mo 5	Do 5	So 5	Di 5	Fr 5	So 5
Mi 6 <small>Heilige Drei Könige</small>	Sa 6	Sa 6	Di 6	Do 6	So 6	Di 6	Fr 6	Mo 6	Mi 6	Sa 6	Mo 6
Do 7	So 7	So 7	Mi 7	Fr 7 <small>Grüne</small>	Mo 7	Mi 7	Sa 7	Di 7	Do 7	So 7	Di 7
Fr 8	Mo 8	Mo 8	Do 8	Sa 8 <small>GRÜNER Kommunalkongress – Feuchtwangen</small>	Di 8	Do 8	Mo 9	Mi 8	Fr 8	Mo 8	Mi 8
Sa 9	Di 9	Di 9	Fr 9	So 9	Mi 9	Fr 9	Mo 9	Do 9	Sa 9	Di 9	Do 9
So 10	Mi 10	Mi 10	Sa 10	Mo 10	Do 10	Sa 10	Di 10	Fr 10	So 10	Mi 10	Fr 10
Mo 11	Do 11	Do 11	So 11	Di 11	Fr 11	So 11	Mi 11	Sa 11	Mo 11	Do 11 <small>9. Bayerisches BreitbandForum</small>	Sa 11
Di 12	Fr 12	Fr 12	Mo 12	Mi 12	Sa 12	Mo 12	Do 12	So 12	Di 12	Fr 12	So 12
Mi 13	Sa 13	Sa 13	Di 13	Do 13 <small>Christi Himmelfahrt</small>	So 13	Di 13	Fr 13	Mo 13	Mi 13	Sa 13	Mo 13
Do 14	So 14	So 14	Mi 14	Fr 14	Mo 14	Mi 14	Sa 14	Di 14	Do 14	So 14	Di 14
Fr 15	Mo 15	Mo 15	Do 15	Sa 15	Di 15	Do 15	Mo 16	Mi 15	Fr 15	Mo 15	Mi 15
Sa 16	Di 16	Di 16	Fr 16	So 16	Mi 16	Fr 16	Mo 16	Do 16 <small>8. Bayerisches WasserkraftForum</small>	Sa 16	Di 16	Do 16
So 17	Mi 17	Mi 17	Sa 17	Mo 17	Do 17	Sa 17	Di 17	Fr 17	So 17	Mi 17	Fr 17
Mo 18	Do 18	Do 18 <small>8. Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT</small>	So 18	Di 18	Fr 18	So 18	Mi 18	Sa 18	Mo 18	Do 18	Sa 18
Di 19	Fr 19	Fr 19	Mo 19	Mi 19 <small>Landkreisversammlung, Bayerischer Landkreistag, Landkreis Lindau</small>	Sa 19	Mo 19	Do 19	So 19	Di 19	Fr 19	So 19
Mi 20	Sa 20	Sa 20	Di 20	Do 20	So 20	Di 20	Fr 20	Mo 20	Mi 20 <small>KOMMUNALE</small>	Sa 20	Mo 20
Do 21 <small>NACHHOLTERMIN 2020 8. Bayerisches BreitbandForum</small>	So 21	So 21	Mi 21	Fr 21	Mo 21	Mi 21	Sa 21	Di 21	Do 21 <small>KOMMUNALE 2021, Nürnberg Kommunalen Bedarfs auf den Punkt gebracht</small>	So 21	Di 21
Fr 22	Mo 22	Mo 22	Do 22	Sa 22	Di 22	Do 22	Mo 23	Mi 22	Fr 22	Mo 22 <small>Landesparteitag FDP Bayern, Landshut</small>	Mi 22
Sa 23	Di 23	Di 23	Fr 23	So 23 <small>Pfingstsonntag</small>	Mi 23	Fr 23	So 23	Do 23	Sa 23	Di 23	Do 23
So 24	Mi 24	Mi 24 <small>MÜLLER-BBM 14. Müller-BBM Fachgespräche Immissionsschutz, München</small>	Sa 24	Mo 24 <small>Pfingstmontag</small>	Do 24 <small>13. Bayerisches EnergieForum</small>	Sa 24	Di 24	Fr 24	So 24	Mi 24	Fr 24 <small>Heiliger Abend</small>
Mo 25	Do 25	Do 25	So 25	Di 25	Fr 25	So 25	Mi 25	Sa 25	Mo 25	Do 25	Sa 25 <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>
Di 26	Fr 26	Fr 26	Mo 26	Mi 26	Sa 26	Mo 26	Do 26	So 26	Di 26	Fr 26	So 26 <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>
Mi 27	Sa 27	Sa 27	Di 27	Do 27	So 27	Di 27	Fr 27	Mo 27	Mi 27	Sa 27	Mo 27
Do 28	So 28	So 28	Mi 28	Fr 28	Mo 28	Mi 28	Sa 28	Di 28	Do 28	So 28	Di 28
Fr 29	Mo 29	Mo 29	Do 29	Sa 29	Di 29	Do 29	So 29	Mi 29	Fr 29	Mo 29	Mi 29
Sa 30	Di 30	Di 30	Fr 30	So 30	Mi 30 <small>95. Verbandsversammlung des SVB, Augsburg</small>	Fr 30	Mo 30	Do 30	Sa 30	Di 30	Do 30
So 31	Mi 31	Mi 31	Mo 31	Mo 31	Mo 31	Sa 31	Di 31	So 31	So 31	Fr 31 <small>Silvester</small>	Fr 31

**Sprechen Sie mit den Richtigen über Geld.**  
Weil die Sparkasse nah ist und auf Geldfragen die richtigen Antworten hat.

Ihr Partner für **Ladeinfrastruktur und eCarsharing**

www.e-wald.eu  
info@e-wald.eu  
09923 80108 310

**Themenportal KOMMUNAL-POLITIK**

Hanns Seidel Stiftung  
Institut für Politische Bildung

www.hss.de/kommunalpolitik

**jumbo group**  
Klär- und Abwasser-Service

Klär- und Abwasser-Service final lösen rufen Sie uns an!

Telefon 08274 1001  
Fax 08274 1004  
info@jumbo-group.de

**Zukunft gestalten. Gezielt fördern.**

Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderkredite für Ihre Investitionen. Näheres erfahren Sie unter [www.bayerlabo.de](http://www.bayerlabo.de) oder über die Kommunalkredit-Hotline +49 89 2171-22004

Das Förderinstitut der BayernLB | BayernLabo

**Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit**

breitbandausbau@b-net.de

PLANEN. FERTIGEN. AUSFÜHREN.

**GEWERBEBAU**

Sie planen ein neues Projekt? Wir setzen es für Sie um. Fragen Sie unverbindlich bei uns an.

Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG | www.hoermann-gewerbebau.com

**Zeit für kommunales Engagement**

**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen

www.engagement-global.de

mit Peer **SERVICESTELLE**  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

www.service-elne-welt.de

**Energie für heute und morgen**  
Mein ÖkoGas – 100% CO<sub>2</sub>-neutral

**Echt fair für Ihre Zukunft**  
erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben  
schweben gemeinnützige mbh

**E-Government ist einfach.**

Mit GiroSolution und den Sparkassen vor Ort. Wir bieten Ihnen Lösungen für Online-Bezahlverfahren, elektronische Rechnungen und kommunales Portfoliomanagement.

GIRO SOLUTION